

# TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

171

44. JAHRGANG  
3/2022

## Digitalisierung Aufbruch in die digitale Zukunft

SCHULDENBREMSE

**Vertrauen schaffen**

Reinhold Hilbers

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDfunk

**Die Öffentlichen funken nicht mehr rund**

Ralf Schuler

INFLATION

**Geldpolitischer Scheinwelt ein Ende setzen**

Wolfgang Steiger



VOGELS KLIMACHECK:  
**600 MILLIONEN FÜR NOCH MEHR  
NACHHALTIGKEIT?**

„Genau. Bei Post und DHL geht's weiter: CO<sub>2</sub>-neutrale Gebäude, Photovoltaik-Dächer, Wärmepumpen, Batteriespeicher, Biogas-LKW und noch mehr E-Fahrzeuge – rund 600 Millionen Euro für's Klima. Allein in Deutschland. In diesem Jahr. **Läuft.**“

# GELB IST GRÜN.

Selber checken auf: [VogelCheckt.de](https://www.vogelcheckt.de)

Deutsche Post 





Foto: Neill Killius

### Astrid Hamker

Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

*„Nach der Corona-Krise rutschen wir nach einer kurzen, für fast alle viel zu kurzen Atempause in die nächste existenziell bedrohliche Lage.“*

Immer mehr Nachrichten über Produktionseinstellungen ganzer Produktlinien und Insolvenzen gesunder Unternehmen werden höchstpersönlich von Bundeswirtschaftsminister Habeck kleingeredet. Für seine verhaspelten Sätze über Insolvenzen selbst fehlen mir schlicht die Worte. Unabhängig davon können wir Unternehmer solche Beschwichtigungen nicht mehr ertragen.

Nach der Corona-Krise rutschen wir nach einer kurzen, für fast alle viel zu kurzen Atempause in die nächste existenziell bedrohliche Lage. Nicht nur die Gaspreise, sondern auch die Strompreise schlagen durch bis zum kleinen Bäcker und in den gesamten industriellen Mittelstand. Da steht kein Staat bereit, um als Retter einzu-

*Hebe diejenigen und Freunde des Wirtschaftsrates,*

In diesen Tagen hören wir erneut, dass die Ukrainer das „Glück“ mehr auf ihrer Seite haben, als es viele noch vor einem halben Jahr erwartet hätten, weil sie sich beherzt für ihr Land einsetzen. Die Kraft von Willen und Motivation kann viel bewegen.

Schaue ich gerade auf Deutschland, wird das „Glück“ unserer führenden Industrienation durch kraftlose politische Entscheidungen und auch zuwiderlaufende Motivationen gefährdet. Gottlob sind wir nicht direkt durch Krieg bedroht, aber die Fernwirkungen dieses Krieges auf unser Land bereiten mir tiefe Sorgen.

steigen wie bei Lufthansa oder Uniper. Das war und ist bei beiden sicherlich nötig gewesen. Dennoch bleiben in den Entlastungspaketen weiße Flecken, die dringend gefüllt werden müssen. Die Glättung der Kalten Progression, die letztlich nur ein Verzicht auf kalte Steuererhöhungen ist, reicht keinesfalls aus.

Die Ampel will vor allem nachfrageseitig Geld verteilen. Dass diese Krise auf der Angebotsseite wesentlich wirksamer und für den Bundeshaushalt weniger belastend bekämpft werden kann und muss, scheitert an blanker Ideologie: Die Energiepreise müssen und können gesenkt werden, wenn wir alle verfügbaren Quellen nutzen.

Der befristete Weiterbetrieb aller Kern- und Kohlekraftwerke, die Ausbeutung unserer eigenen Gasfelder und die Nutzung der CO<sub>2</sub>-Abscheidung zur Erreichung der Klimaziele scheitern allein am Widerstand der Grünen. So drohen sie mehr und mehr – und immer weniger Putin – dafür verantwortlich zu sein, dass uns Deutsche das „Glück“ verlässt.

Wir als Wirtschaftsrat werden uns dafür einsetzen, dass unser Land weiterhin als wichtigste Grundlage unseres Wohlstandes eine führende Industrienation und ein intakter Wirtschaftsstandort bleibt. Ich freue mich dabei auf Ihre Unterstützung. □

*Herzlichen  
Ihre Astrid Hamker*

# Inhalt



Foto: AdobeStock/Gerold

## 8 SCHULDENBREMSE

### Vertrauen schaffen

Der Finanzminister des Landes Niedersachsen Reinhold Hilbers schreibt exklusiv in TREND, warum die Schuldenbremse ein gutes Instrument dafür ist, solide Staatsfinanzen zu erreichen und dass sie zudem genug Beinfreiheit für Notsituationen gewährt.



Foto: AdobeStock/pixelnest

## 10 TITEL

### Aufbruch in die digitale Zukunft

Die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft kommt in Deutschland nur schleppend voran. Das liegt an einer Überbetonung des Datenschutzes und an staatlichen Rahmenbedingungen, die den Fortschritt bremsen. Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz müssen jetzt massiv unterstützt werden, um den Aufbruch in die digitale Zukunft zu meistern.

## START

### EDITORIAL

3 ▶ Astrid Hamker

### AUSSENANSICHT

6 Die Öffentlichen funken nicht mehr rund  
▶ Ralf Schuler

## TITEL

### Digitalisierung

10 Aufbruch in die digitale Zukunft  
▶ Peter Hahne

## AKTUELL

### SCHULDENBREMSE

8 Vertrauen schaffen  
▶ Reinhold Hilbers

### WR-POLITPULS – UNTERNEHMERUMFRAGE

18 Bürokratie belastet

### TREND-Grafik

20 Die große Teuerung

### INFLATION

22 Geldpolitischer Scheinwelt ein Ende setzen  
▶ Wolfgang Steiger

### INNOVATION

24 Die sichtbare Hand des Staates  
▶ Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski

### KREISLAUFWIRTSCHAFT

38 Quelle für erstklassige Rohstoffe aus zweiter Hand  
▶ Dr. Anja Weisgerber MdB

### GESUNDHEITSWIRTSCHAFT

40 Der Minister kennt nur Corona und zerstört unser Gesundheitssystem  
▶ Kai Hankeln

### KRISENMANAGEMENT

42 Unternehmen im Krisenmodus  
▶ Jens Greiner, Christian Muth, Jens Paulus

## INDUSTRIE- STANDORT

26 Gestärkt aus der Krise hervorgehen  
▶ Christian Sewing

27 Marsch in den Schuldenstaat stoppen  
▶ Christian Lindner MdB

28 Europa steht zusammen  
▶ Dr. Ursula von der Leyen

29 Deutschland muss Führungsverantwortung übernehmen  
▶ Friedrich Merz MdB

30 Aktive Wirtschaftspolitik stärken  
▶ Dr. Robert Habeck MdB

31 Europa muss in schwierigen Zeiten solidarisch sein  
▶ Jozef Síkela

32 Mut, Souveränität und Allianzen  
▶ Bettina Stark-Watzinger MdB

33 Globale Katastrophe verhindern  
▶ Dr. Rainer Haseloff MdL

33 Politik muss Innovationen fördern  
▶ Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

34 Mehr Pragmatismus in der Energiepolitik  
▶ Patrick Lammers

35 Modernisierung tut not  
▶ Dr. Carsten Linnemann MdB

35 Weniger ist mehr  
▶ Nicola Beer MdEP

36 Über das Ziel hinaus geschossen  
▶ Dr. Peter Tschentscher

36 Wie sich Unternehmen vor Cyber-Angriffen schützen  
▶ Christian Dürr MdB



Foto: Jens Schicke

## 14 WR-POLITPULS

### Bürokratie belastet

Die Mitglieder des Wirtschaftsrates haben in der WR-Politpuls-Umfrage geschrieben, was sie als Unternehmer am dringendsten von der Politik erwarten. Ein Thema sticht klar hervor: Die Bürokratie, die sie Tag für Tag belastet. Auf Platz zwei: bezahlbare, sicher verfügbare Energie. TREND hat die zentralen Forderungen herausgefiltert.

# WIRTSCHAFTSRAT

## INNENANSICHT

44 Neues aus den Kommissionen

## VERLEIHUNG GEDENKMÜNZE

46 Höchste Auszeichnung  
für Dr. Jens Weidmann

## IMPRESSIONEN

48 Wirtschaftstag 2022

## ENGAGEMENT

50 Wirtschaft und Politik:  
Austausch auf Augenhöhe  
Bettina Würth

## STANDPUNKT STEIGER

52 Gerecht ist, was der  
Mittelschicht dient

# SCHLUSS

## AUS DEN LÄNDERN

53 Rückblick | Einblick | Ausblick

56 Impressum

## FORUM

57 Wirtschaftsrat  
im Spiegel der Presse  
58 Zahlen des Quartals  
58 Spindoktor



Foto: AdobeStock/dusanpetkovic1

## 26 INDUSTRIESTANDORT

### Deutschland und Europa müssen gestärkt aus der Krise hervorgehen

Selten war es für Wirtschaft und Politik so wichtig wie heute, entschlossen und in gemeinsamer Verantwortung zu handeln. Das Zusammenspiel von geopolitischen Spannungsfeldern, wachsenden Inflationssorgen und der Transformation der Wirtschaft stellt Deutschland und Europa vor vollkommen neue Herausforderungen: Zentrale Politikfelder wie die Energie- und Klimapolitik, die Geld- und Finanzpolitik und auch die Außen- und Sicherheitspolitik müssen vollkommen neu gedacht und unterlegt werden.



Verband der Privaten  
Krankenversicherung

**Endlich: die Jugend-  
bewegung für jedes Alter.**

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

**Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.**

Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

[www.pkv.de/generationenvertrag](http://www.pkv.de/generationenvertrag)

Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) ist nicht reformierbar. Man kann sich weiter, wie seit Jahren schon, die Malaise schönreden. Man kann, wie jetzt anlässlich der jüngsten Selbstbedienungsskandale, Kommentare im Dutzend schreiben, was der Öffentliche Rundfunk muss und sollte – das bestehende Konstrukt aus Radio- und TV-Sendern wird weiter wie ein erstarrter Block in der deutschen Medienlandschaft stehen.

Reformunfähigkeit sollte in freiheitlichen Demokratien ein Fremdwort sein. Im Falle Deutschlands steht

externen Manager oder einem politischen Lager hinreichenden Zugriff für einen gravierenden Umbau erlaubt. Aus dem Blickwinkel medialer Unabhängigkeit ist das in Ordnung. Aus staatsbürgerlicher Sicht ist es das ganz und gar nicht.

Der neue Medienstaatsvertrag, der in diesen Tagen in der Länderabstimmung zirkuliert, ist das beste Beispiel für diese Reformunfähigkeit. Als Beispiel mag das Thema teure Unterhaltungsshow und Sportrechte dienen. Hier sind Medienpolitiker sehr stolz darauf, eine Formulierung gefunden zu haben, nach der Unter-

*Der neue Medienstaatsvertrag zeigt die Reformunfähigkeit des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.*

# Die Öffentlichen funk

der ÖRR allerdings exemplarisch für eine in Teilen nach dem Krieg durchaus gewollte Wandlungsunfähigkeit. Mit einem per Zwangsabgabe finanzierten Etat von derzeit rund 8,5 Milliarden Euro – etwa die Größenordnung der Grundsicherung im Alter –, einer föderalen Kollektiv-Aufsicht und tief durchsetzt von politischen Interessen, sind ARD, ZDF und Deutschlandfunk zu einer erratischen Bundesbehörde geworden, die keinem internen oder

haltung im Lichte der „Grundversorgung“ zu den Aufgaben des ÖRR gehört. Tapfer, tapfer! Darüber, was Grundversorgung ist und was Luxus – jenseits von Massagesesseln und Limousinen-Fuhrpark – wird seit Jahren gestritten, und es ist nicht erkennbar, dass auch nur eine millio-nenteure Großproduktion auf Grund dieser Passage künftig unterbleibt. Mit anderen Worten: Die Autoren des Vertrags haben das Problem erkannt und in einen deutschlandtypischen, föderalen, folgenlosen Kompromiss gegossen.

Und mit dieser scheinriesenhaf-ten Entschlossenheit geht es weiter. Die CDU schreibt in ihrem Antrag zur Reform des ÖRR für den Bundesparteitag Anfang September, die Anstalten sollten ihre Top-Gehälter

offenlegen und auf das Gendern verzichten. Ersteres wäre ein löblicher Schritt zu mehr Transparenz, dürfte an der Höhe der Bezüge aber nichts ändern, solange kein fester Deckel eingezogen wird. Letzteres wird ignoriert werden.

Der SPD-Medienexperte Helge Lindh forderte im „Spiegel“: „Die Sender müssen in die Offensive kommen und sich an die Spitze des Neustarts stellen, statt verdreckt-defensive Debatten zu führen“. Wer daran glaubt, hält vermutlich auch die Teletubbies für norddeutsche Windkraftfreunde. Und die Chefin des ebenfalls skandalgebeutelten Mitteldeutschen Rundfunks, Karola Wille, greift gar auf einen Topos zurück, der in größter Argumentnot immer geht: Rechts. Es bestehe die Gefahr, so Wille, dass die Diskussion „besonders von populistischen Kräften genutzt“ werde, die „in ganz Europa Instanzen angreifen, die der Wahrheit verpflichtet sind“. Wenn man dabei ist, sich gerade selbst zu demontieren, kann man es mit

Foto: Ralf Schuler



**Ralf Schuler**

Leiter  
BILD Parlamentsbüro

*„ARD, ZDF und Deutschlandfunk sind zu einer erratischen Bundesbehörde geworden, die keinem Manager oder politischen Lager Zugriff für einen gravierenden Umbau erlaubt.“*

Foto: AbbeStock/Wirestock; ©Achim Wagner





# en nicht mehr rund

Rechts und Populisten immer noch als Ausrede probieren.

Kurz: Der Blick auf dieses Panorama macht keine Hoffnung auf wirklich tiefgreifende Reformen, wie sie als nahezu einziger prominenter Rufer in der öffentlichen Wüste der langjährige Staatskanzleichef von Sachsen-Anhalt, Rainer Robra, gefordert hat. Etwa, das ZDF als bundesweites TV-Programm zu etablieren und die ARD auf dritte, d.h. Regionalprogramme zu spezialisieren. Ein Vorstoß, der erwartbar auf massiven Widerstand der ARD stieß und selbstverständlich folgenlos blieb.

Dabei ist die Finanzstruktur des ÖRR nur eines der zwei unlösbaren Rätsel: Wer regelmäßig per Gebühreneinzug das Geld vom Bürger kurzerhand abbuchen lassen kann, das er vermeintlich benötigt, hat über das Vermeiden von Etat-Überschreitungen hinaus kaum Anlass zu Effizienz und Sparen. Außerdem gibt es im System des ÖRR keine marktwirtschaftlichen Anreize oder Maßzahlen, an denen man Erfolg und zum Beispiel Top-Ge-

hälter messen könnte. Die Quote allein kann es nicht sein, weil ARD und ZDF ja gerade jene Grundversorgung etwa mit Nachrichten liefern sollen, die die Privaten wegen mangelnder Nachfrage und Ertragsstärke nicht bringen.

Das andere ungelöste Problem ist das mitunter stark einseitig nach links-grün verschobene politische Meinungsspektrum der Anstalten, das sich oft von der Auslandsberichterstattung bis zur Comedy penetrant durchzieht und mit den parteipolitischen Präferenzen der Menschen im Lande – ausweislich Wahlen und Umfragen – oft nichts zu tun hat. Erst kürzlich wurden Klagen von NDR-Mitarbeitern über die politische Monokultur im eigenen Hause öffentlich. Eine Zwangsgebühr für ein Produkt zu entrichten, das die eigene Realitätswahrnehmung nicht widerspiegelt, führt unweigerlich zu Verdross und Boykott-Gedanken.

Eine Lösung ist auch hier nicht in Sicht, weil politische Einflussnah-

me zu Recht als Mittel zur Behebung ausscheidet und eine interne Gesinnungsquotierung nach parteipolitischen Lagern ebenfalls eine abwegige Vorstellung ist. Eine offene, liberale Meinungskultur im Innern der Sender lässt sich kaum vorschreiben, zumal, wenn die Mehrheiten in den Redaktionen linkslastig sind. Vielleicht ist diese Misere aber Anlass, weniger herablassend über Polen oder Ungarn herzufallen, die mit problematischen Methoden einen Schiefstand zu korrigieren versuchen, den wir durchaus teilen.

Es tut mir leid, wenn ich keinen hoffnungsvolleren Ausblick liefern kann. Auf Analogien zum Renten- und Sozialsystem sei an dieser Stelle verzichtet. Wenn ich mich irren sollte, umso besser! Das föderale Verfassungsgefüge der Nachkriegszeit war aus guten Gründen nach den finsternen Erfahrungen der NS-Zeit auf Stabilität ausgerichtet. Der Grat zur gesellschaftlichen Erstarrung ist sehr, sehr schmal. □

# Vertrauen schaffen

*Die Schuldenbremse ist ein gutes Instrument, um solide Staatsfinanzen zu erreichen und gewährt für Notsituationen genug Beinfreiheit.*

**A**nfang des Jahres war der Optimismus groß, die Pandemie bald wirtschaftlich durchgestanden zu haben. Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland waren zwar mit Risiken verbunden, aber die Werte aufsteigend. Sie sollten das Vorkrisenniveau überschreiten. Es gab ein hohes Maß an Aufholpotenzial, gerade im Dienstleistungssektor. In Europa wurden über vier Prozent Wachstum für 2022 erwartet – ein außergewöhnlich hoher Wert.

Ein paar Monate später ist ernüchternd festzustellen, dass steigende Fallzahlen und Krankenschreibungen für den Herbst erwartet werden, auch wenn Quarantäne-Regeln gelockert sind und das öffentliche Leben wieder möglich ist. Neben den Belastungen durch Corona schockiert der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Heute ist es traurige Realität, dass der Krieg ohne Aussicht auf ein Ende fortgeführt wird. Beide Ereignisse prägen die Entwicklung der öffentlichen Haushalte durch steigende Unsicherheit und belasten wirtschaftliche Prognosen. Waren bereits mit Corona teils erhebliche Liefer-

kettenprobleme zu beobachten, verschärften sich diese mit dem Krieg in der Ukraine. Die Inflation in Deutschland stieg im Juli auf 7,4 Prozent – ähnlich hoch war sie zuletzt im Herbst 1981 als Folge des ersten Golfkriegs. Für das Gesamtjahr wird die Inflationsrate auf über sechs Prozent geschätzt. Wurde die Wachstumsrate im November 2021 noch auf 4,1 Prozent geschätzt, senkte die Bundesregierung sie im Frühjahr auf 2,2 Prozent.

Mit den Entlastungspaketen des Bundes soll die gesamtwirtschaftliche Situation für Bürger und Unternehmen abgefedert werden. Dazu zählen etwa Maßnahmen wie das Vorziehen der beschlossenen Erhöhung der Pendlerpauschale, die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschetrags und des Grundfreibetrags, der einmalige Kinderbonus und auch die Einführung einer einkommensteuerpflichtigen Energiepreispauschale 2022. Zudem hat der Bund zugesagt, Länder und Kommunen in diesem Jahr pauschal mit insgesamt zwei Milliarden Euro bei ihren Mehraufwendungen für Geflüchtete aus der Ukraine zu unterstützen. Diese Ausgaben belasten die öffentlichen Haushalte. Die finanz- und haushaltspolitischen Herausforderungen für 2022 und die nächsten Jahre sind damit sehr groß, aber im Einklang mit der Schuldenbremse durchaus zu bewältigen.

Die grundgesetzlich verankerte Schuldenregel sieht vor, dass Bund und Länder einen im Grundsatz ausgeglichenen Haushalt ausweisen

müssen. Für den Bund bedeutet dies, dass die strukturelle Nettokreditaufnahme auf maximal 0,35 Prozent im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt beschränkt ist, während die Länder Haushalte grundsätzlich ohne Kreditaufnahme aufstellen müssen. Für sie gilt seither grundsätzlich die Vorgabe strukturell ausgeglichener Haushalte, sie haben länderspezifische Regelungen zur Umsetzung der Schuldenbremse getroffen. Die Konjunkturbereinigung ist Teil der Schuldenbremse – sie ermöglicht eine konjunkturgerechte Finanzpolitik und soll so sicherstellen, dass die automatischen Stabilisatoren im Auf- und Ab-schwung wirken können.

Die Regelung der Schuldenbremse sieht explizit Ausnahmeregelungen vor „für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“. Wird die Ausnahmeklausel in Anspruch genommen, sind dafür aufgenommene Kredite, die die zulässige Obergrenze übersteigen, nach einem verbindlichen Tilgungsplan zurückzuführen. In der Notsituation ist es durch die Ausnahme für öffentliche Haushalte möglich, notwendige Maßnahmen zu ergreifen und zugleich die „regulären“ Aufgaben auf angemessenem Niveau weiter zu erfüllen. Der Stabilitätsrat, der als zentrale Aufgabe die regelmäßige Überwachung der Haushalte des Bundes und der Länder hat, vertritt die Ansicht, dass für 2022 eine außergewöhnliche Notsituation je nach landesspezifischen Gegebenheiten festgestellt werden kann. Für Niedersachsen ist das nicht nötig.

Die niedersächsische Schuldenbremse, die auch in der Landesver-



**Reinhold Hilbers**  
Niedersächsischer  
Finanzminister

*„Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck. Der Blick über den Tellerrand zeigt, dass Länder mit einem entsprechenden Regelwerk über stabilere Finanzen verfügen.“*

fassung verankert ist, hat sich in der Pandemie bewährt. Durch die Anerkennung einer Notsituation konnte zielgerichtet, schnell und zügig auf die Herausforderungen durch Corona reagiert werden und gleichzeitig die bestehenden Aufgaben gemeistert, Investitionen getätigt und politische Akzente gesetzt werden. Dies war möglich, weil Niedersachsen im Rahmen der Schuldenbremse notlagenbedingte Kredite aufgenommen hat, für die gleichzeitig ein Tilgungsplan beschlossen wurde. Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck. Sie führt zu soliden Staatsfinanzen, stärkt das Vertrauen in das Staatswesen, schafft Vertrauen bei Investoren und dient so auch der Geldwertstabilität. Der Blick über den Tellerrand zeigt, dass Länder mit einem entsprechenden Regelwerk über stabilere Finanzen verfügen.

Seit dem Angriff Putins auf die Ukraine ist unsere Friedensdividende aufgebraucht, mit der wir nach Ende des Kalten Krieges gut lebten. Gelder, die bis Anfang der 90er Jahre in Rüstung, Verteidigung und Katastrophenschutz geflossen sind, konnten seitdem in oft produktivere Projekte investiert werden und sorgten so für zusätzliche Wohlstandsgewinne, mit tendenziell positiven

Auswirkungen auf Unternehmensgewinne und Aktienkurse.

In Deutschland, das mit Blick auf die eigene Vergangenheit aus gutem Grund eine eher zurückhaltende Außenpolitik verfolgt, gab es aufgrund von Putins Krieg in der Ukraine mit der Bedrohung unserer Freiheit und Energiesicherheit richtigerweise eine Kehrtwende. Diese darf jedoch nicht auf Kosten künftiger Generationen finanziert werden. Diese Kosten sind jetzt zu tragen und die Verschuldung in absehbarer Zukunft abzubauen. Der Staat kann Maßnahmen ergreifen, um Menschen und Wirtschaft in Deutschland zielgerichtet und wirtschaftlich ausgestaltet zu unterstützen. Aber er kann nicht alle Folgen von Inflation und wirtschaftlichem Einbruch kompensieren. Vielmehr sollte er diejenigen unterstützen, die die Lasten nicht tragen können. Er kann die Belastungen nicht beheben, sondern nur umverteilen zwischen Leistungsstarken, weniger Leistungsstarken oder den Generationen. Wenn jetzt mehr für Verteidigung und Schutz ausgegeben werden muss, darf das nicht auf die nächste Generation verlagert werden. Deshalb sind Prioritäten neu zu definieren und zu ordnen. Durch die Beschränkung des Bundes auf die Finanzierung seiner originären Aufgaben sind Ausgabespielräume zu erarbeiten und Maßnahmen zu priorisieren. Der Unabhängige Beirat des Stabilitätsrats hält es für notwendig,

Maßnahmen zu ergreifen, die den jährlichen Schuldenabbau verstärken.

Eine nachhaltige staatliche Haushaltspolitik dämpft gleichzeitig die Inflation. Die Schuldenbremse ist daher zentraler Bestandteil zur Bekämpfung der Inflation. Damit der Staat nicht allein die großen Herausforderungen schultert, muss die Bundesregierung andere Wege finden, etwa durch bessere Investitionsmöglichkeiten für Private und den Abbau regulatorischer Hemmnisse.

Die Schuldenbremse ist die verfassungsrechtlich verankerte Regel, wie eine nachhaltige Finanzpolitik zu erreichen ist. Diese ist in Krisenzeiten zwingend notwendig. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte ist kein Selbstzweck. Versuche, die Schuldenbremse zu umgehen, enden wieder in einer Verschuldungspolitik, die zu steigenden Zinsausgaben und finanzieller Instabilität führt und Verteilungskonflikte auf die nächste Generation verlagert. Die Schuldenbremse ist die Grundlage, um krisenresilient aufgestellt zu sein und gleichzeitig aktiv gestalterisch agieren zu können. Es ist daher ausdrücklich zu begrüßen, dass die Bundesregierung trotz der großen Herausforderungen plant, die Schuldenbremse ab 2023 wieder ohne Ausnahmeregel einzuhalten. □



# Aufbruch in die digitale Zukunft

*Die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft kommt in Deutschland nur schleppend voran. Das liegt an einer Überbetonung des Datenschutzes und an staatlichen Rahmenbedingungen, die den Fortschritt bremsen. Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz (KI) müssen jetzt massiv unterstützt werden, um den Aufbruch in die digitale Zukunft zu meistern.*



Text: **Peter Hahne**

Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Die Folgen der Pandemie müssen finanziert, die Wirtschaft dekarbonisiert und die Erschütterungen der russischen Aggression in der Ukraine für die globale Sicherheitsordnung bewältigt werden. Dabei darf indes nicht aus dem Blick geraten, dass sich die Welt bereits seit Jahren in der größten Transformation seit der Industrialisierung befindet. „Die Digitalisierung verändert Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig“, stellt Oliver Falck, Leiter des ifo Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien, fest. „Wir sollten die Regeln der Sozialen Marktwirtschaft so weiterentwickeln, dass möglichst viele von dieser Veränderung profitieren.“



Foto: AdobeStock/Oliver Sved

### Digitalisierung ist die Zukunft

Das hört sich einfacher an, als es ist. Die Digitalisierung durchdringt nahezu alle Gesellschaftsbereiche, insbesondere natürlich auch die Wirtschaft. „Das Geschäft von morgen wird für die große Mehrheit der deutschen Unternehmen ein digitales Geschäft sein“, stellt Achim Berg fest. Der Bitkom-Präsident ruft alle Unternehmen dazu auf, „umfassend und unverzüglich“ auf digitale Lösungen zu

setzen. Mehr als die Hälfte der in einer Bitkom-Studie befragten Unternehmen gab kürzlich an, dass Wettbewerber aus der eigenen Branche, die frühzeitig auf digitale Prozesse setzten, ihnen inzwischen voraus seien. Das ist ein deutlicher Warnschuss für Firmen, die ihre digitale Ertüchtigung auf die lange Bank schieben. Es ist aber auch ein Weckruf an Politik und Verwaltung, die Rahmenbedingungen für

digitale Geschäftsmodelle und Sicherheitslösungen zu modernisieren. „Der Verbleib im Analogen kann nicht die Lösung sein“, warnt Barbara Engels, Digitalisierungsexpertin beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

### Deutschland und Europa verlieren weiter an Boden

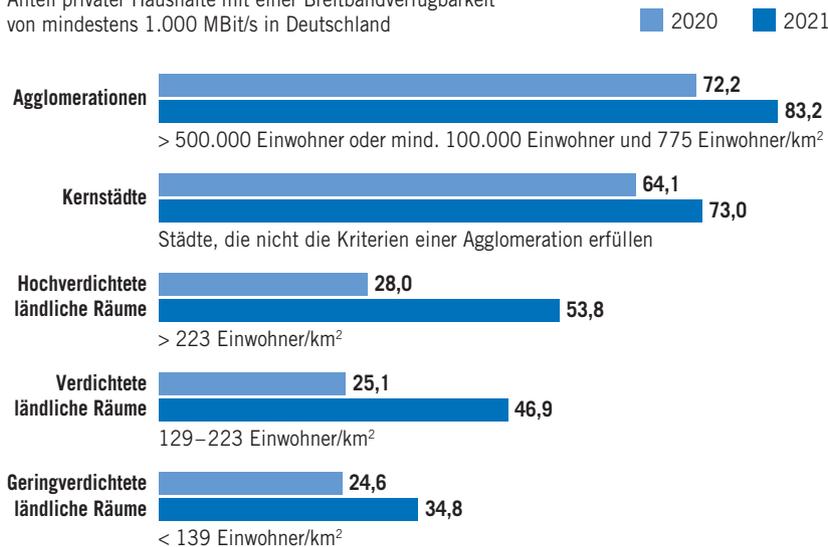
Ein behäbiger Aufbruch ins digitale Zeitalter bedroht die Zukunftsfähigkeit und damit die Grundlagen für Wohlstand und Beschäftigung. Der Befund zum digitalen Status quo fällt wenig schmeichelhaft aus. „Deutschlands Abstand zu den internationalen digitalen first movern ist eher größer als kleiner geworden“, hält der IW-Forscher Hans-Peter Klös in einer aktuellen Studie fest. In diversen Rankings zum Stand der Digitalisierung belegt Deutschland nur mittlere oder hintere Plätze (vgl. Grafik „Position Deutschlands im Digitalisierungswettbewerb“, IW Köln). Laut einer jüngst veröffentlichten Studie des Instituts fallen große Unterschiede zwischen einzelnen Branchen auf. Im B2B-Segment rund um Industrie 4.0 weist Deutschland noch einen kleinen Vorsprung auf, der nicht verspielt werden sollte.

Es zeichnet sich ein deutlicher Trend ab, dass Firmen aus Deutsch-

### Versorgung mit schnellem Internet kommt in Fahrt

in Prozent

Anteil privater Haushalte mit einer Breitbandverfügbarkeit von mindestens 1.000 MBit/s in Deutschland



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

land und Europa in der Aufholjagd der Digitalunternehmen im Vergleich zu Unternehmen der traditionellen Industrien seit mehr als 15 Jahren zunehmend an Boden verlieren: Zwar gibt es mit dem niederländischen Halbleiterhersteller ASML – im Ranking auf Platz 29 – und dem wertvollsten deutschen Unternehmen, dem Softwarehersteller SAP mit einem Börsenwert von 112 Milliarden Euro – auf Platz 113 – zwei Weltunternehmen im jährlichen Vergleichsranking der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY. Im internationalen Vergleich spielen jedoch insbesondere US-amerikanische und chinesische Digitalunternehmen mit ihren innovativen Geschäftsmodellen in einer ganz anderen Liga. So weisen etwa Amazon, Alphabet, Microsoft und Apple einen Börsenwert von einer Billion bis 2,2 Billionen Euro auf. Im Jahr 2007 kamen noch 46 der wertvollsten 100 Unternehmen der Welt aus Europa, heute sind es nur noch 16. Unter den Top 100 befindet sich derzeit kein einziges deutsches Unternehmen mehr.

### KI als Schlüsseltechnologie

Große Hoffnungen verbinden sich mit KI. Selbstlernende Software kann nicht nur Produkte entwickeln oder Prozesse effizienter gestalten, ihr wird durch ihre Fähigkeit, enorme Datenmengen zu verarbeiten, auch ein Beitrag zur Lösung der großen Gegenwartsprobleme wie dem Klimawandel und Pandemien zugetraut. Die deutsche Wirtschaft hat die Potenziale erkannt. So zeigt der KI-Monitor des IW Köln, dass in den letzten drei Jahren nahezu sämtlicher Fortschritt im Bereich der KI-gestützten Anwendungen auf das Konto von Unternehmen geht. Die staatlichen Rahmenbedingungen hingegen haben sich im Erhebungsjahr 2021 verschlechtert, das gesellschaftliche Interesse an der Schlüsseltechnologie ging ebenfalls zurück (vgl. IW-Grafik). „Unter dem Strich erweisen sich die Rahmenbedingungen als Bremse“, kritisiert das Institut. „Insbesondere die Politik sollte vorangehen, indem der Staat selbst als Nachfrager und Nutzer von KI-Anwendungen auftritt und entsprechen-



Foto: European Union, 2022

de Signale sendet.“ Doch auch damit ist es bislang nicht weit her. Im europaweiten E-Government-Vergleich liegt die Bundesrepublik auf Platz 21, bei E-Health-Diensten sogar auf dem vorletzten Platz (DESI 2019).

### Daten sind der wichtigste Rohstoff

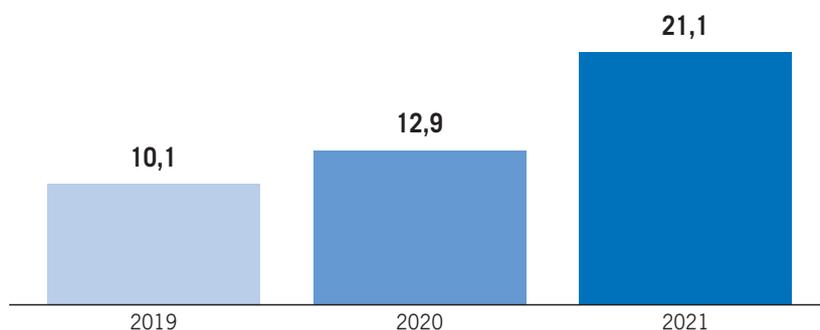
Weniger Regulierung und mehr Rechtssicherheit halten die Forscher ebenfalls für hilfreich, um KI zu

einem breiten Durchbruch zu verhelfen. Denn der ist dringend nötig. Maschinen können nur lernen, wenn sie genügend Daten zur Verfügung haben. „Wenn Deutschland künftig zu den führenden Ländern im Bereich KI gehören möchte, muss sichergestellt werden, dass genug Daten erhoben und verarbeitet werden können“, betont der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger. Hier

### Entwicklung des Einsatzes von KI in Unternehmen

in Prozent

Anteil der befragten Unternehmen der Industrie und der industrienahen Dienstleistungen, die Verfahren der Künstlichen Intelligenz einsetzen, im Frühjahr 2019, 2020 und 2021; N = 681 (2019), N = 893 (2020) beziehungsweise N = 983 (2021)



In der Befragung wurde KI wie folgt definiert: „Es handelt sich [bei KI] um Techniken der Informationsverarbeitung zur eigenständigen Lösung von Problemen durch Computer, z. B. mit Verfahren zum Sprachverstehen, zur Bilderkennung, dem maschinellen Lernen oder wissensbasierten Systemen.“

Quelle: IW-Zukunftspanel 2019, 33. Befragungswelle; 2020, 35. Befragungswelle; 2021, 38. Befragungswelle; eigene Berechnungen

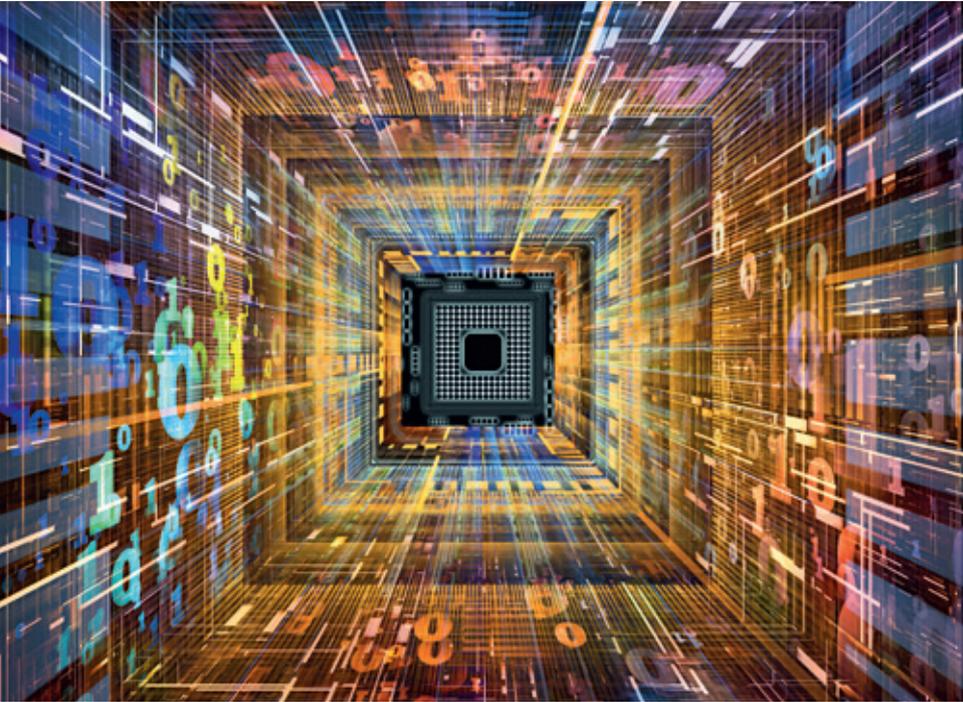


Foto: AdobeStock@mixmagiC

kommt der Systemwettbewerb ins Spiel. China dürfte bis 2030 auf rund einem Drittel der weltweit verfügbaren Daten sitzen, die Amerikaner auf einer ähnlichen Größenordnung. Deutschland allein ist zu klein für diesen Wettbewerb, es geht deshalb – wie so oft im globalen Kontext – nur mit einer europäischen Lösung. Und mit viel mehr Investitionen: Bislang in-

vestiert Europa zusammen nur rund drei bis vier Milliarden Dollar pro Jahr in KI, die Amerikaner 23 Milliarden Dollar. Deshalb fordert der Wirtschaftsrat, KI-Forschung steuerlich besser zu fördern, KI-Kompetenzzentren zu etablieren, die Mittelstandsförderung mehr an KI auszurichten und die Gründerkultur für ein innovatives Marktumfeld zu stärken. Das

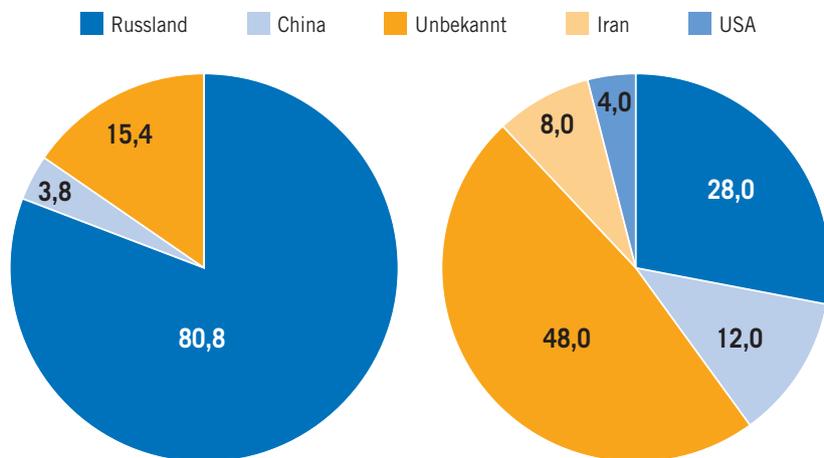
stärkt private Investitionen. Denn beim Gründungsgeschehen kann sich Deutschland auch nicht gerade auf die Schulter klopfen. Besonders bei KI-Startups rangiert die Bundesrepublik nur im Mittelfeld, die großen Metropolregionen machen da keine Ausnahme. Branchenweite Leuchtturmprojekte könnten deshalb ein Signal setzen, dass Deutschland einen Führungsanspruch im Bereich der KI erhebt und sich so als interessanter Standort präsentiert. Die Voraussetzungen dafür sind da: Eine exzellente Forschungslandschaft, innovative Mittelständler und agile Großkonzerne verbinden sich zu einem weltweit einzigartigen Ökosystem, das auch als Arbeitgeber für kluge Köpfe anziehend sein kann.

Zu einer umfassenden KI-Initiative gehört natürlich noch viel mehr: eine Bildungsoffensive, die alle gesellschaftlichen Gruppen umfasst; faire Wettbewerbsbedingungen auf globaler Ebene; eine europäische KI-Strategie, die innerhalb eines digitalen Binnenmarktes rechtlich und ethisch harmonisierte Standards entwickelt. Letzteres wurde in Brüssel zuletzt aufs Gleis gesetzt. Mit einer europäischen Datenstrategie setzt die EU neue Standards. Teil des Regelwerks sind unter anderem der Data Act und der Data Governance Act, mit denen die Erhebung und Weitergabe von Daten in der EU geregelt werden sollen, sowohl privat erhobener Daten als auch jenes, die staatliche Stellen sammeln. Ergänzt werden sie durch ein KI-Gesetz, welches vier Risikoklassen für KI-Anwendungen unterscheidet. Hochrisiko-Systeme finden sich demnach etwa in der kritischen Infrastruktur, Chatbots zum Beispiel müssen weniger Vorschriften erfüllen. Fest steht: Die EU setzt ein umfassendes Regelwerk für den europäischen Digitalmarkt ins Werk, der die Wirtschaft, insbesondere kleinere mittelständische Unternehmen, vor große Herausforderungen stellt.

**Cyberattacken auf die Ukraine und auf Deutschland**

in Prozent der Angriffe

Bedeutende Cyberangriffe auf Regierungsbehörden, Verteidigungs- und High-Tech-Unternehmen oder mit einem Schaden von mehr als einer Million Dollar, seit 2011



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Center for Strategic and International Studies, 2022; Stand: Januar 2022

**Datenschutz bleibt eine Herausforderung**

Denn die neuen Gesetze setzen auf der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) auf, bei der nicht die Daten-

# »» DER BESTE SERVICE? INTELLIGENTE LÖSUNGEN!

SATURN Business Solutions vereint intelligente Lösungen mit passendem Equipment und dem besten Service für Ihr Unternehmen. Damit Sie sich auf Ihren Erfolg konzentrieren können.

**SATURN Business Solutions**  
Einfach naheliegend.

[www.saturn.de/businesssolutions](http://www.saturn.de/businesssolutions)



Jetzt als  
Geschäftskunde  
registrieren



**SATURN**

Du kannst mehr!



Foto: AdobeStock@VanderWolf Images

se und geistiges Eigentum wirksam zu schützen und Wettbewerbsnachteile gegenüber chinesischen und US-Unternehmen zu begrenzen.

**Cyberattacken nehmen zu**

Während die digitale Transformation riesige Chancen für Wachstum und Wohlstand eröffnet, entstehen zugleich neue Risiken durch Cyberangriffe. „Mangelndes Risikobewusstsein gefährdet zunehmend die deutsche Wirtschaft und ihre Wettbewerbsfähigkeit“, hat Generalsekretär Steiger beobachtet. Besonders mittelständische Unternehmen unterschätzten die Gefahren einer schlecht gesicherten IT-Infrastruktur. Der Branchenverband Bitkom bezifferte die jährlichen Schäden durch Cyberattacken für die deutsche Wirtschaft zuletzt mit 223,5 Milliarden Euro, ein rapider Anstieg gegenüber den Vorjahren. Dabei melden viele Unternehmen Angriffe gar nicht, die Dunkelziffer ist hoch. Firmen fürchten Reputationsschäden und Umsatzausfälle. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) meldet, nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine hätten sich die Bedrohungen für Deutschland noch einmal verschärft. Microsoft bilanzierte Ende Juni 128 Organisationen außerhalb der Ukraine, die von russischen Hackern angegriffen wurden. Ihre Erfolgsquote liegt bei fast 30 Prozent, ein

nutzung, sondern Datenschutz und Datensparsamkeit im Mittelpunkt stehen. Es geht dem europäischen Gesetzgeber mit dem Gesamtwerk also darum, Big Data und Datenschutz zu versöhnen. Ob das gelingt, wird sich zeigen. Der Wirtschaftsrat fordert ebenfalls einen angemessenen Ausgleich zwischen Datenverfügbarkeit und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung, weist zugleich aber

auf die restriktive Wirkung der Datenschutzgrundverordnung hin. „Die DSGVO hat mit einer Vielzahl von unbestimmten Rechtsbegriffen und hohen Bürokratiehürden eher zu negativen Wirkungen auf Innovationen und digitale Geschäftsmodelle beigetragen“, kritisiert Wolfgang Steiger. Im Hinblick auf den europäischen Data Act fordert der DIHK zudem, bei der Datenweitergabe Geschäftsgeheimnis-

**Position Deutschlands im Digitalisierungswettbewerb**

Ranking in 2020	DESI Connectivity	DESI Use of Internet Services	DESI Integration of Digital Technology	DESI Digital Public Services	World Digital Competitiveness Ranking	Digital Riser Report	Digital Intelligence Index ***
Quelle	European Commission*	European Commission*	European Commission*	European Commission*	IMD World Competitiveness Center	European Center for Digital Competitiveness**	Tufts University
Best in Class	Dänemark	Finnland	Irland	Estland	USA	Saudi-Arabien	Singapur
Rang Deutschland	8	9	19	21	18	16	18
Veränderung ggü. Vorjahr							

\*nur EU; \*\*nur G-20; \*\*\* Teilindex Digital Evolution (DESI: Digital Economy and Society Index; IMD: Institute for Management Development) European Center for Digital Competitiveness (2020); IMD – Institute for Management Development (2020); TUFTS University (2020)

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Viertel der Attacken geht mit Datenverlusten einher. Hauptangriffsziele sind NATO-Länder, dort besonders IT-Firmen, Energieversorger oder andere Unternehmen der kritischen Infrastruktur. Die gute Nachricht: „Das Bewusstsein für die Gefahren im Netz steigt“, sagt IW-Expertin Engels. Eine IW-Befragung zeigt, dass die IT-Sicherheit inzwischen ganz oben auf der Agenda vieler Unternehmen steht. Allerdings sind hohe Investitionen in Sicherheitssysteme nötig, um die Lage zu verbessern. Der Wirtschaftsrat empfiehlt, solche Investitionen steuerlich zu begünstigen.

### Exportmarkt Cybersicherheit

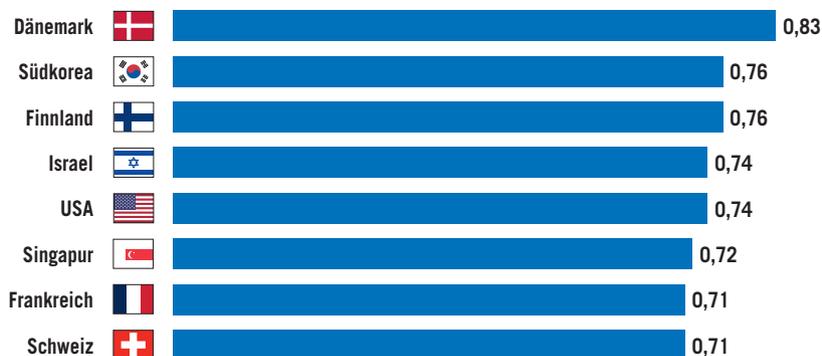
„Wir sind davon überzeugt, dass IT-Sicherheit kein Angst-Thema sein muss, sondern ein Chancen-Thema sein kann“, betont Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates. Bereits heute ist Deutschland, im Gegensatz zu vielen anderen Digitalbranchen,

### Dänemark hat die höchste digitale Lebensqualität

(Bestmöglicher Wert = 1\*)

Top-8-Länder auf dem Digital Quality of Life Index 2021 nach Indexpunkten

\*Bewertet nach Erschwinglichkeit und Qualität von Internetverbindungen, E-Infrastruktur, E-Sicherheit, E-Government



Quelle: Surfshark

bei der digitalen Sicherheitstechnik sehr gut aufgestellt. Warum also nicht aus der Not eine Tugend machen und einen wachsenden Markt zu einem internationalen Referenzmarkt für Cybersicherheit entwickeln? „IT-Si-

cherheit made in Germany“ könnte zu einem weltweit anerkannten Qualitätssiegel werden – und so zu einem wichtigen neuen Exportmarkt, der ein wichtiger Bestandteil eines digitalen Aufschwungs werden kann. □



» **FÜNF**  
**REGELN, 100 %**  
**FASZINATION.** «

Simona, 26, Auszubildende Automatenfachfrau

WIR KÄMPFEN FÜR EIN LEGALES SPIEL MIT **FÜNF REGELN** FÜR SPIELHALLEN:

Zutritt nur ab 18 • Kein Alkohol • Geschultes Personal • Spielerschutz • Geprüfte Qualität

[automatenwirtschaft.de](http://automatenwirtschaft.de)



Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst. Darum halten wir uns an strenge Grundsätze. Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel. BZgA unter 01801-372700 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus deutschen Mobilfunknetzen).

# Bürokratie belastet

Die Mitglieder des Wirtschaftsrates haben in der WR-Politpuls-Umfrage geschrieben, was sie als Unternehmer am dringendsten von der Politik erwarten. Ein Thema sticht klar hervor: Die Bürokratie, die sie Tag für Tag belastet. Auf Platz zwei: bezahlbare, sicher verfügbare Energie. TREND hat die zentralen Forderungen herausgefiltert.

## KLIMAPOLITIK

„Man sollte früh einsehen, dass die überambitionierten Klimaziele – insbesondere das 2030er-Ziel – nicht erreichbar sind und auf keinen Fall schwerwiegende Kurzschlussentscheidungen treffen, sie doch zu erreichen. Das würde dem Industriestandort Deutschland massiv schaden.“

## STEUERN

„Nach 16 Jahren sozialpolitisch geprägter Steuerpolitik ist es an der Zeit, dass das Finanzministerium die Themen angeht, die in Oppositionsjahren an erster Stelle genannt wurden: Abbau der Steuerbürokratie und die Anpassung der deutschen Steuersätze. Der Höchststeuersatz darf nicht mehr bereits ab 52.000 Euro Jahresgehalt greifen.“

## INFLATION

„Die Bekämpfung der Inflation und die Wiederausrichtung der Europäischen Zentralbank auf ihren ursprünglichen, einzig legalen Auftrag sind entscheidend. Gelingt dies nicht, scheidet der Euro und mit ihm Europa.“

## ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

„Die Nachbarländer setzen auf Atomstrom. Wir sollten diese Technik schnell weiter entwickeln und auch einsetzen, das ist die umweltfreundlichste Art Strom zu erzeugen.“

## SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

„Deutschland braucht weniger Staat und mehr Vertrauen in die Bürger und die Soziale Marktwirtschaft.“

## BÜROKRATIE

„Es kann nur ein wirtschaftlich stärkeres Deutschland geben, wenn wir endlich Bürokratie reduzieren. Negative Beispiele: Mietpreisbremse, Datenschutzgrundverordnung, Mindestlohn, Einschränkung der Arbeitnehmerüberlassung oder das Baurecht.“

## BAURECHT

„Genehmigungsverfahren dauern in Deutschland zu lange und der Umfang an zu beachtenden Vorschriften ist zu groß. Die Niederlande zeigen, wieviel einfacher gebaut werden kann.“

## BILDUNG

„Deutschland hat es versäumt Bildung und Ausbildung positiv zu besetzen und zu fördern. Leistung muss wieder als erstrebenswertes Lebensziel positioniert werden.“

## SOZIALE SICHERUNG

„Eine aufeinander abgestimmte Sozialpolitik wäre wichtig. Die Themen Gesundheit, Pflege und Rente müssen zusammengedacht werden.“

## DIGITALISIERUNG

„Deutschland braucht eine Digitalisierungsinitiative, die die Prozesse der ministeriellen Ressorts vernetzt sowie die Prozesse der Bundes-, Landes- und Regionalbehörden. Zugleich ein deutlich schnelleres e-Government und vor dem Erlass von Gesetzen sollte eine digitale Simulation der Wechselwirkungen stattfinden, also politische Reallabore, mit denen flexibel Zuständigkeiten und Budgets optimiert werden können.“

## BÜROKRATIE

„Wir müssen bürokratische Prozesse dringend konsequent entschlacken, denn die behördlichen Prozesse sind Innovationskiller. Das hat die Diskussion um die LNG-Terminals gezeigt.“

## LANDWIRTSCHAFT

„Für die Landwirtschaft braucht Deutschland einen hohen Eigenversorgungsanteil, dazu bedarf es der Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln und ein Ende von Flächenstilllegungen und Düngeverboten. Wir müssen die ländlichen Bereiche in Deutschland stärker fördern und das Leben dort attraktiver machen.“

## ENERGIEPOLITIK

„Für die Energiewende fehlt bis heute ein Gesamtplan, der die Ziele priorisiert und zu einem erreichbaren Ganzen zusammenführt.“

## SCHIENE

„Alles wäre erträglich gut, wenn die Trennung von Schiene und Schienenbeförderungsleistung käme. Wenn der Staat die Infrastruktur macht, Gemeinden und Länder unattraktive Strecken bei Bedarf mittragen und die Deutsche Bahn auf Personen- und Güterbeförderung unter gleichen Trassen-Mietbedingungen reduziert würde. Ansonsten ist ein fort-dauerndes Milliardengrab wahrscheinlich.“

## EUROPA

„Deutschland sollte sich gegen immer weitere bürokratische EU-Auflagen für kleine und mittlere Unternehmen wehren wie etwa gegen das geplante strikte EU-Lieferketten-gesetz oder die Ausweitung der Whistleblowerregelung.“

## FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

„Wir brauchen eine langfristige Förderung industrieller Forschung und Entwicklung.“

## HAUSHALTPOLITIK

„Man hat das Gefühl, vielen Politikern ist nicht klar, wessen Geld sie ausgeben: Eine sinnvollere Investitions- und Haushaltspolitik ist mehr als wünschenswert. Nachfolgende Generationen werden an der Schuldenlast ersticken.“

## CYBERSICHERHEIT

„Die Cyberabwehr in Deutschland muss dringend verbessert werden, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, aber auch für kritische Infrastrukturen.“

## ARBEITSKRÄFTE

„Die Bereitstellung eines ausreichenden, wieder qualifizier-teren Arbeitskräftepotentials ist eine ganz besonders dringende Aufgabe der Bundesregierung. Ebenso wie die Lösung der Energiefrage wird dies über den Wohlstand entscheiden, in dem unsere Kinder leben.“

## STEUERN

„Wir müssen die ständigen Diskussionen um weitere Umverteilungen beenden. In Deutschland wird bereits sehr stark umverteilt!“

## CHANCENGLEICHHEIT

„Statt mehr Umverteilung brauchen wir in Deutschland mehr Chancengleichheit für junge Menschen.“

## DEUTSCHLAND 2.0

„Wuchernde Bürokratie bremsen, Behörden digitalisieren, höhere Investitionen in Bildung beschleunigen.“

# Die große Teuerung



AdobeStock©Nuthawut

Text und Grafiken: Jan Strache

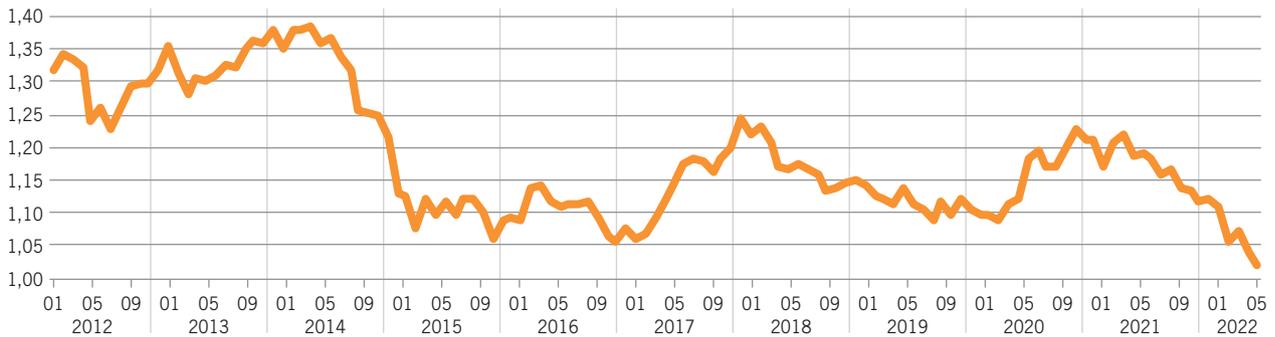
Nach mehr als einem Jahrzehnt der Niedrigzinspolitik hat die Europäische Zentralbank (EZB) im Juli die Zinswende vollzogen. Doch die Geldschwemme der vergangenen Jahre hat ihre Spuren hinterlassen. Neben den weiterhin gestörten Lieferketten und dem andauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sehen Ökonomen in ihr eine der Hauptursachen der derzeitigen inflationären Lage. Seit dem Amtsantritt Christine Lagardes im November 2019 ist die Bilanz der EZB um über vier Billionen Euro gestiegen. Gleichzeitig ist die Kaufkraft des Euros eingebrochen, was die Inflation über steigende Importpreise weiter anheizt. Inzwischen hat die EZB ihre Anleihenkäufe zwar eingestellt. Mit dem Transmission Protection Instrument (TPI) behält sie sich aber weiterhin das Recht vor, Staatsanleihen einzelner Mitgliedsstaaten in unbegrenzter Höhe zu kaufen, und sendet damit gemischte geldpolitische Signale.

Zuletzt ist die Inflationsrate wieder deutlich gestiegen. Dennoch errechnet die EZB rechnet ab dem dritten Quartal dieses Jahres mit einer allmählichen Rückkehr zur angestrebten Zielmarke von zwei Prozent. Doch diese Einschätzung teilen nicht alle Ökonomen. Laut einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) haben die staatlichen Hilfsmaßnahmen die Inflationsrate um rund zwei Prozentpunkte gedrückt. Mit dem Auslaufen dieser Hilfsmaßnahmen sei daher wieder mit einer deutlichen Zunahme der Teuerung zu rechnen, möglicherweise auf über 10 Prozent.

## Tiefster Stand seit 20 Jahren

Monatlicher Euro/Dollar-Referenzkurs in Mengennotierung

Infolge der energisch vollzogenen Zinswende der Fed verlor der Euro in den letzten Monaten stark an Wert. Anfang Juli erreichten die Gemeinschaftswährung und der US-Dollar erstmals seit 2002 Parität.



Quelle: EZB

## Zaghafte Zinserhöhung

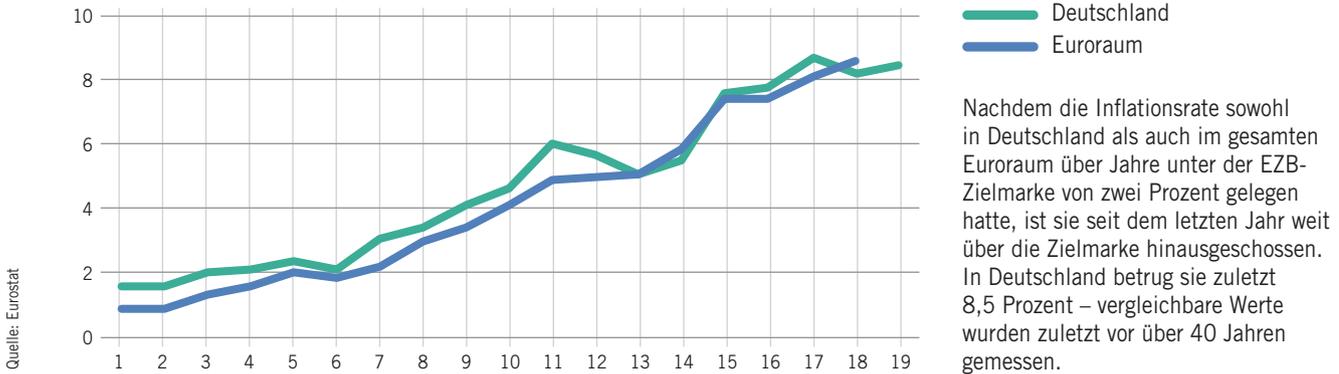
Während die Federal Reserve und die Bank of England die Zinsen bereits kräftig anhoben, zögerte die Europäische Zentralbank (EZB) noch mit einer Abkehr von ihrer Nullzinspolitik. Erst im Juli erhöhte sie ihren Hauptrefinanzierungssatz auf 0,5 Prozent.



Quelle: finanzen.net

## Die Inflation ist auf dem Vormarsch

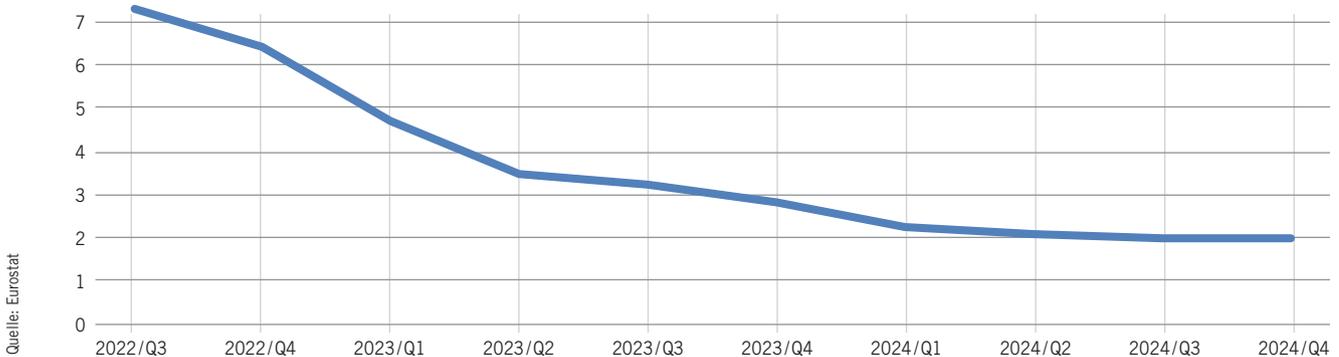
Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) zum Vorjahresmonat in Prozent



## Die EZB rechnet mit einem baldigen Rückgang der Inflation

Erwartete Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent

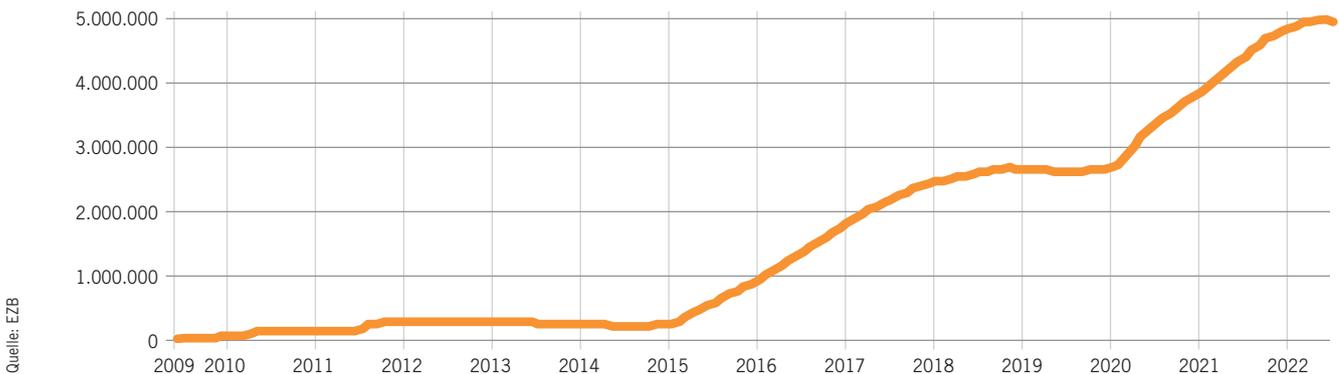
In ihrer Gesamtwirtschaftlichen Projektion prognostiziert die EZB einen Rückgang der Inflationsrate ab dem dritten Quartal 2022. Eine Rückkehr zur angestrebten Inflationsrate von zwei Prozent sei aber erst 2024 zu erwarten.



## Die Bilanz des Eurosystems hat sich über Jahre aufgebläht

Zu geldpolitischen Zwecken gehaltene Wertpapiere des Eurosystems (in Millionen Euro)

Seit Beginn der Anleihekäufe im Jahr 2009 haben die EZB und die nationalen Zentralbanken fast 5 Billionen Euro in Wertpapiere investiert. Der Großteil der Käufe erfolgte im Rahmen des Asset Purchase Programme (APP) und des Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP). Im März dieses Jahres stellte die EZB die Käufe ein. Einnahmen aus auslaufenden Wertpapieren werden jedoch noch bis mindestens Ende 2024 reinvestiert.



# Geldpolitischer Scheinwelt ein Ende setzen

*Die Europäische Zentralbank hat viel zu lange gewartet mit geldpolitischen Maßnahmen und setzt sie jetzt auch nur halbherzig um. Das verspielt Vertrauen.*

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Rekorddefizite der Euro-Länder während der Corona-Pandemie vollständig abgedeckt. Das war ganz offensichtlich eine Anomalie, die enorme Fehlanreize gesetzt hat. Steigende Zinsen bei wachsenden Staatsschulden sind das normalste auf der Welt – und ein wichtiges Disziplinierungsinstrument. In der Eurozone konnten sich jedoch Länder, die so hoch verschuldet waren wie nie zuvor,

zur günstigsten Rate in der Geschichte verschulden. Jedes einzelne Euro-Land konnte sich zeitweise über einen negativen Zinssatz freuen.

Klar ist: Solche massiven Interventionen konnten nicht folgenlos bleiben: Nullzins schafft den Eindruck von Wohlstandsmehrung, ohne dass dafür in der Gegenwart eine Beschränkung oder Ersparnisbildung möglich ist. Die niedrigen Zinsen haben eine wahnwitzige Rekordverschuldung ermöglicht. Die hohe Verschuldung ist jedoch nichts anderes als eine riskante und fahrlässige Wette darauf, dass die Zinsen ewig niedrig bleiben, denn die gewaltige Staatsschuld ist in einem anderen Zinsumfeld gar nicht mehr tragbar.

Es ist deshalb kein Wunder, dass in derselben Woche, in der die EZB angekündigt hat, deutlich verspätet endlich auf einen Zinserhöhungspfad einzuschwenken, in einer Notfallsitzung auch die Einführung eines Anti-Fragmentierungsprogramms beschließt. Das neu geschaffene Kriseninstrument TPI soll verhindern,

dass hoch verschuldete Länder wie etwa Italien deutlich höhere Zinsen als Deutschland zahlen müssen. Sollten die Risikoaufschläge nach EZB-Sicht zu weit auseinandergehen, will sie unbegrenzt Staatsanleihen des betroffenen Euro-Landes kaufen. Damit setzt die Zentralbank ein janusköpfiges Signal, das die eigene Ernsthaftigkeit, aus der Scheinwelt der Null- und Negativzinsen auszusteigen, in Frage stellt. Es ist zudem das Eingeständnis, dass der Kapitalschlüssel, der bei den ohnehin fragwürdigen Anleihekäufen ein wichtiger Bezugspunkt war, nun endgültig keine Rolle mehr spielt.

Schon die ersten wenigen Wochen zeigen, dass die Nettobestände an deutschen, französischen und niederländischen Anleihen um knapp 19 Milliarden Euro gesunken sind. Die Nettoankäufe von Anleihen aus Italien, Spanien, Portugal und Griechenland steigerten sich dagegen um 17,3 Milliarden Euro. Mit den Reinvestitionen der verschiedenen Anleihekäufprogramme können hochverschuldete Länder zwar noch einige

Foto: Jens Schlicke



**Wolfgang Steiger**

Generalsekretär  
Wirtschaftsrat der CDU e.V.

*„Steigende Zinsen bei wachsenden Staatsschulden sind das normalste auf der Welt – und ein wichtiges Disziplinierungsinstrument.“*



Foto: AdobeStock/Tobias

Zeit vom Marktdruck befreit werden, die künstliche Reduktion der Zinsunterschiede verhindert jedoch, dass Risiken richtig bepreist werden und setzt damit den zentralen marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismus weiterhin außer Kraft. Es ist die Subventionierung der Kreditaufnahme hochverschuldeter Euroländer zu Lasten der weniger verschuldeten Euroländer. Das ist angesichts der Rekordinflation unverantwortlich.

Mit diesem Kurs droht die EZB weiter an Vertrauen zu verlieren. Dabei ist Vertrauen die kostbarste Währung der Notenbank und die EZB hat hier bereits eine beängstigende Abwärtsdynamik eingeschlagen. Nachdem sie die Inflation erst nicht hat kommen sehen, dann irrtümlich als vorübergehendes Phänomen unterschätzt hat, darf sie nun keinesfalls Zweifel an ihrer Entschlossenheit aufkommen lassen, die hartnäckige Teuerung zu bekämpfen. Das wäre Wasser auf die Mühlen der Kritiker, die befürchten, dass die EZB viel stärker die Schuldenfähigkeit der Eu-

ro-Schuldenländer im Blick hat, deren Staatsschulden sie monetarisiert, als den dramatischen Kaufkraftverlust der Normalbürger. EZB-Direktionsmitglied Fabio Panetta hat bereits im März 2021 in erstaunlicher Offenheit verkündet, dass die EZB die staatlichen Finanzierungsbedingungen unterhalb der Inflationsrate halten will. Das ist finanzielle Repression in Reinkultur und bedeutet, der Sparer zahlt für die beispiellose Geld- und Fiskalpolitik der letzten Jahre.

Die EZB muss deshalb einen klaren Zinserhöhungspfad aufzeigen und aus den Erfahrungen der letzten Jahre eine Präzisierung ihres Instrumentenkastens ableiten. Dazu gehört ein Verbot von Negativzinsen. Negativzinsen sind ein planwirtschaftliches Konzept und haben rein gar nichts mit Marktwirtschaft zu tun. Zudem sind klare Vorgaben für den Ankauf von Wertpapieren hinsichtlich Art der Papiere, Umfang und Haltedauer erforderlich. Und in aller Deutlichkeit: Die Beeinflussung oder gar Steuerung der Zinsdifferenzen zwischen Staatsanleihen

der Euro-Länder gehört nicht zum Auftrag der Notenbank.

Zur Wahrheit gehört auch: Nur eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik kann dafür sorgen, dass die EZB überhaupt den Spielraum hat, auf die steigende Inflation mit dem Ende der akkommodierenden Geldpolitik, entsprechenden Zinsschritten und Bilanzabbau zu reagieren. Sonst drängen immer höhere Schuldenquoten die EZB dazu, weiterhin die Rolle der Feuerwehr einzunehmen.

Nicht nur die Notenbank hat den Regimewechsel in eine neue Inflationszeit bisher versäumt, sondern auch die Fiskalpolitik. Es ist unverantwortlich weiterhin über die Aufweichung von Schuldenbremsen und Stabilitätspakten zu debattieren. Viel dringender als den vorgesehenen Klimacheck und Digitalisierungsscheck bräuchte etwa die Bundesregierung einen Inflationscheck für alle ihre Maßnahmen. Auch defizitfinanzierte Hilfen gegen hohe Energiepreise wirken inflationär. □

Dieser Beitrag ist ebenfalls in der Börsen-Zeitung vom 7. September 2022 erschienen

# Die sichtbare Hand des Staates

*Märkte gestalten  
statt reparieren*

Von der Ökonomin *Mariana Mazzucato*, die die Europäische Kommission zu Fragen wirtschaftlichen Wachstums berät und im Vorstand des britischen Umwelt-Thinktanks Green Alliance ist, stammt die These, dass der Staat sich nicht auf die Rolle beschränken darf, Marktversagen zu reparieren, sondern der Staat müssen, Ideen und neue Horizonte eröffnen. Nur so sei es der Behörde DARPA des amerikanischen Verteidigungsministeriums gelungen, das Internet zu erfinden und zu kommerzialisieren. Heute erfülle die im amerikanischen Energieministerium angesiedelte Behörde EARPA-E eine ähnliche Funktion. Sie sei führend bei grünen Investitionen der USA und der Forschung nach neuen Energiequellen.<sup>1</sup>

Das staatliche Handeln solle den Mut der privaten Unternehmer stärken. Der Staat dürfe nicht als Eindringling, sondern als wichtiger Partner des privaten Sektors begriffen werden, oft wagemutiger und bereit Risiken einzugehen, die Unternehmen nicht eingehen könnten und nicht

eingehen würden.<sup>2</sup> Ein solcher unternehmerisch aufgestellter Staat betrete Neuland und sei deshalb auch berechtigt, dafür einen angemessenen Lohn abzuschöpfen.<sup>3</sup>

## **Kompetenzzentrum Innovation und Zukunft**

Die daraus resultierende praktische Forderung lautet, ein unabhängiges Kompetenzzentrum für Innovation und Zukunft an der Spitze des Staates neben dem Forschungsministerium zu installieren. In einem solchen Think Tank für nationale und internationale Zukunftsfragen sollten die Themen entdeckt und besetzt werden, die die Zielvorstellungen der Gesellschaft der Zukunft prägen sollten. Da niemand mit der Glaskugel in der Hand in die Zukunft schauen kann, wird es auch einem solchen Kompetenzzentrum nicht gelingen, die Entwicklungen der Zukunft quasi vorherzusagen. Aber klar ist auch, dass Zielsetzungen die Zukunft stark beeinflussen.

Eine Gesellschaft, die die Bildungschancen für Alle deutlich verbessert, schafft die Voraussetzungen für eine sich grundlegend wandelnde Gesellschaft der Zukunft. Eine Gesellschaft, die sich zum Ziel setzt, den Energieverbrauch aus erneuerbaren Energien zu realisieren, wird dieses Ziel erreichen, einfach deshalb, weil sie das will. Eine Gesellschaft, die für eine angemessene Teilhabe der Menschen am Volkseinkommen eintritt, wird

dieses Ziel erreichen und auf diese Weise sehr viel leistungsfähiger und gerechter werden als jede Gesellschaft zuvor. Fragen dieser Art können und müssen in Unternehmen ebenso gestellt werden, wie in universitären Forschungseinrichtungen, aber eben auch in einem übergeordneten Kompetenzzentrum des Staates.

## **Die Risikotransformation als Staatsaufgabe**

Die Hand des Staates als Teil des zukünftigen Wirtschafts- und Wohlstandskonzeptes sollte sichtbarer werden – oder anders formuliert: Der Staat sollte sich als Unternehmer und Innovator für jene Zukunftsfragen rüsten und bereit machen, die mit derart großen Risiken, aber auch Chancen verbunden sind, dass sie ein Privater nicht mehr sinnvoll kalkulieren kann und deshalb auf die Umsetzung verzichtet. Genau besehen führt dies zu einer Risikotransformation. Indem der Staat den Menschen und Unternehmen Risiken in bestimmten Lebensbereichen abnimmt, können diese umgekehrt neue wachstumsfördernde Risiken eingehen.<sup>4</sup>

## **Große Zukunftsfragen – ein Versuch**

### **► 1. Regelwirkungsforschung**

Ganz vorn auf der Agenda müsste die Entwicklung einer Regelwirkungsforschung<sup>5</sup> stehen, weil nur eine solche Forschung es erlauben würde, Aussagen darüber zu machen, welche Regeln in welchen Zusammenhängen aller Wahrscheinlichkeit nach wirken oder eher wirkungslos sind. Es nützt ja nichts, neue Regelungen zu formulieren, wenn man womöglich von



**Prof. Dr.  
Hans-Peter Schwintowski**  
Geschäftsführender Direktor  
des EWeRK Instituts; Professor  
für Wirtschaftsrecht an der  
Humboldt Universität zu Berlin

*„Der Staat sollte sich als Innovator für jene Zukunftsfragen rüsten, die mit derart großen Risiken und Chancen verbunden sind, dass sie Private nicht mehr kalkulieren können.“*

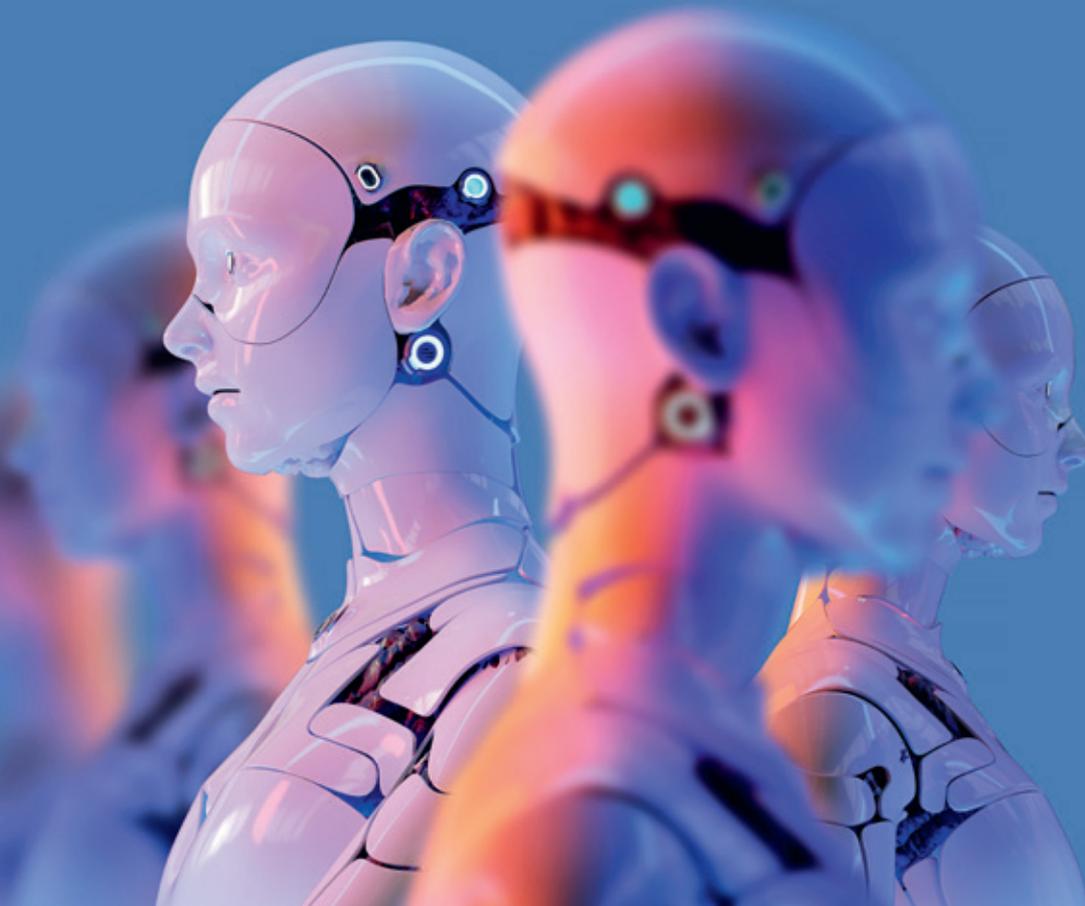


Foto: AdobeStock©Digitallife

vornherein wissen könnte, dass sie nicht die Ziele erreichen, die erreicht werden sollen.

## ► 2. Kriege und Aggression statt Kooperation

Wir alle wissen, nicht nur durch das große Werk des Historikers *Steven Pinker*,<sup>6</sup> dass die Menschheitsgeschichte durch Kriege und physische Aggression geprägt ist. Es wäre eine große und, wie ich meine, auch visionäre Zukunftsaufgabe, die Forschung über die Frage zu verstärken, welche genetischen Grundbedingungen uns Menschen letztlich veranlassen, andere Menschen zu töten und zu zerstören, obwohl wir stattdessen verhandeln und kooperieren könnten. Dieser Frage intensiv nachzugehen, sollte in der Tat weltweit die genetischen Forschungslabore beschäftigen – diese Frage scheint mir eine der absoluten Grundfragen der Menschheit zu sein.

## ► 3. Sprachen verstehen

Viele von uns sprechen nur eine Sprache. Tatsächlich gibt es hunderte von Sprachen und Dialekten, die im Laufe der Evolution weltweit entstanden sind. Problematisch ist es, dass un-

terschiedliche Sprachen dazu führen, dass sich Menschen nur schlecht und manchmal auch gar nicht verständigen können. Viele Ängste und Fremdenhass beruhen darauf, dass Menschen andere Menschen nicht verstehen können.

Nach meiner Meinung wäre es eine große und visionäre Aufgabe, dafür zu sorgen einen Chip zu entwickeln, den wir zum Beispiel im Ohr oder in der Brille tragen, um gegenseitig alle Sprachen verstehen können. Ich weiß nicht, ob es jemals möglich sein wird, einen solchen Chip tatsächlich zum Leben zu erwecken – aber wir sollten es versuchen, denn die Sprachbarriere ist eine der problematischsten Hürden in der Welt.

## ► 4. Körperliches Wohlergehen

Noch ein Chip könnte vielleicht hilfreich sein, nämlich einer, mit dessen Hilfe wir unseren Körper und seine Funktionen nicht nur überwachen und beobachten, sondern ihn veranlassen könnten uns zu signalisieren, wann es zu Fehlentwicklungen kommt. Ein solcher Chip würde Leben retten und die Gesundheitssysteme massiv entlasten. Wir alle würden

zumindest wissen, ob wir uns vernünftig bewegen und angemessen und richtig ernähren.

## ► 5. Forderung: Kompetenzzentrum für Innovation und Zukunft

Sie sehen, es gibt viele Fragen, die man als visionär bezeichnen könnte und die dennoch nicht nur ein reiner Wunschtraum sind. In diesem Sinne möchte ich *Mariana Mazzucato* danken und hoffen, dass die Regierungen der Zukunft den Ball aufgreifen, nämlich ein **Kompetenzzentrum für Innovation und Zukunft** zu schaffen, um rechtzeitig über Fragen nachzudenken, von denen unsere Zukunftsfähigkeit und unser Wohlstand abhängen. □

1 Das Kapital des Staates, Eine andere Geschichte von Innovation und Wohlstand, 2014, S.13.

2 Mazzucato aaO. S. 15, 16.

3 Mazzucato aaO. S. 16.

4 Auf diese Zusammenhänge hat erstmals Hans-Werner Sinn in seiner Schrift: Risiko als Produktionsfaktor; Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 201, 1986 S. 564 ff hingewiesen.

5 Dazu grundlegend Schwintowski; ... denn sie wissen nicht, was sie tun – Ein Plädoyer für die Neue Analytische Regelwirkungsforschung, 2014, Passim.

6 Steven Pinker, Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit, 2011.

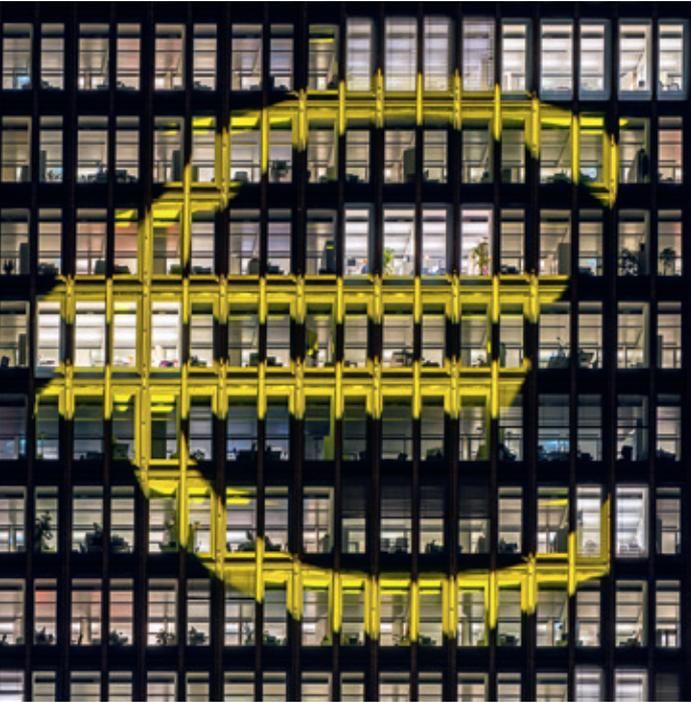


Foto: AdobeStock@heimutvogler

# Gestärkt aus der Krise hervorgehen

*Die Europäische Union muss jetzt ihre Kräfte bündeln.*

Die USA und Asien sind vom russischen Krieg in der Ukraine weniger stark unmittelbar betroffen als Europa. Für die Amerikaner stellt sich die Situation anders da, und sie nutzen sie. Sie sehen zwar auch die ökonomischen Verwerfungen, die hohe Inflation und die drohende Rezession. Aber sie sehen eben auch, dass sich durch die veränderte Weltlage auf Sicht viel gewinnen lässt, weil sich die Märkte jetzt neu sortieren. Und die USA sind entschlossen, die Chancen zu nutzen. Aus Sicht der Banken und des Kapitalmarkts sind die USA jetzt ein Hafen der Sicherheit.

Darauf müssen wir in Europa eine Antwort finden. Auch für uns bieten

sich erhebliche Chancen. Wir können den ökonomischen Wandel gestalten, insbesondere dann, wenn wir verstehen, wieviel Kraft Europa gemeinsam entwickeln kann. Wenn sich Europa jetzt den entscheidenden Ruck gibt, können wir aus dieser Situation gestärkt hervorgehen. Auch das wird indes nicht verhindern können, dass wir Ende 2023 oder Anfang 2024 womöglich in eine Rezession abrutschen. Aber diese Rezession werden wir meistern können. Mir geht es darum, wie wir unsere Wettbewerbsfähigkeit so stärken, dass wir auch in der kommenden Dekade erfolgreich bleiben. Dafür braucht es die richtigen Weichenstellungen. Das bedeutet in manchen Fällen auch ein radikales Umdenken.

Fünf Punkte sind hier für mich zentral:

1. Wir müssen weiterhin unvermindert und klar auf Globalisierung und Multilateralismus setzen. Das ist die Basis unseres Geschäftsmodells und unserer Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt im Besonderen für Deutschland, aber auch für Europa.

2. Wir müssen in Europa investieren. Denn Europa ist unsere Zukunft. Wir brauchen ein starkes Europa mit

einem großen einheitlichen Markt, das für alle Fälle gerüstet ist. Und: Europa muss Machtpolitik lernen. Nur dann werden wir den anderen großen Blöcken etwas entgegensetzen haben.

3. Ein wirklich starkes Europa wird es allerdings nur dann geben, wenn wir der Regulierungsflut in Teilen der Wirtschaft Herr werden. Regulierung und Aufsicht sind wichtig, sie haben viele positive Effekte. Aber Regulierung ist auch ein entscheidender Faktor im Standortwettbewerb, und für uns in Europa wird sie mehr und mehr zu einem Standortnachteil.

4. Wir müssen die Kapitalmarktunion vollenden. Nur leider ist der Fortschritt zu langsam, die Zeit drängt.

5. Den Klimawandel müssen wir rasch in den Griff bekommen, der Weltklimarat hält die nächsten drei Jahre für entscheidend. Dazu brauchen wir Innovationen, Mut und Investitionen.

Wir als Banken stehen bereit, um unseren Teil zur Lösung der großen Herausforderungen der Gegenwart zu leisten. Dafür brauchen wir aber auch politische und regulatorische Unterstützung. □



**Christian Sewing**

Vorsitzender des Vorstands  
Deutsche Bank AG

*„Wir müssen weiterhin unvermindert und klar auf Globalisierung und Multilateralismus setzen.“*



Foto: AdobeStock/Tobias Arthelger

# Marsch in den Schuldenstaat stoppen

*Deutschland braucht eine marktwirtschaftliche Erneuerung mit Rückkehr zur Angebotspolitik.*

Die Corona-Pandemie ist noch nicht abschließend bewältigt. Hinzu kommen der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine und die Inflation. Das ist eine herausfordernde Situation. Aber sie erteilt uns eine Lehre: Frieden, Freiheit, Wohlstand sind nie für alle Zeit errungen. In jeder Generation müssen sie neu erkämpft werden.

Deshalb bin ich stolz, dass den staatstragenden Parteien eine Einigung zum Sondervermögen der Bundeswehr gelungen ist. Die lange Vernachlässigung unserer Streitkräfte wird jetzt überwunden. Eine handlungsfähige Bundeswehr ist die beste Investition in den Frieden. Eine dauerhafte Aufweichung der Schuldenbremse wäre indes eine Einladung gewesen, auch alle anderen wünschenswerten Vorhaben mit neuen Schulden zu finanzieren. Deshalb geht von dem Sondervermögen eine doppelte Botschaft aus: Wir stellen uns der sicherheitspolitischen Zeitenwende, und wir stellen uns zugleich auch der ökonomischen Zeitenwende, der Inflation. 2023 wird die Rückkehr zu soliden Finanzen gelingen.

Die Inflation ist aktuell jedoch die größte Bedrohung für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Denn sie belastet nicht allein die Verbraucher, sondern sie ist auch eine Gefahr für die Investitionssicherheit und die Bereitschaft, unternehmerische Risiken einzugehen. Inflation ist eine Gefahr, weil sie sich selbst nährt, wenn es zu Lohn-Preis-Spiralen kommt. Sie wird am Ende auch eine Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität insgesamt. Bei allen anderen wichtigen Projekten – Klimaschutz, Digitales – muss die Bekämpfung der Inflation jetzt absolute Priorität haben, denn sie bedroht unsere wirtschaftliche Grundlage. Diese aber ist Voraussetzung dafür, dass alle anderen wichtigen Projekte überhaupt gelingen können.

Was wir jetzt brauchen, ist eine marktwirtschaftliche Erneuerung mit einer Rückkehr zur Angebotspolitik.

Wir haben keineswegs zwingend den Höhepunkt des Wachstums überschritten, wie jetzt oft zu hören ist. Was wäre denn das für eine Botschaft an junge Menschen? Es ist heute nicht mehr unsere Aufgabe, erreichtes Wachstum zu verwalten und

vorhandenen Wohlstand zu verteilen. In dieser Situation der Veränderung geht es vielmehr darum, neue Quellen des Wohlstands zu erschließen. Wir haben es in der Hand, neue Quellen von Wachstum und Wohlstand zu erschließen.

**Christian Lindner** MdB  
Bundesminister der Finanzen



Foto: BMF

*„Die Inflation ist aktuell die größte Bedrohung für unsere wirtschaftliche Entwicklung.“*

Und die kommen nicht vom Staat. Niemand kann uns davon befreien, dass wir neuen Erfindergeist brauchen, dass wir neuen Respekt vor unternehmerischem Risiko brauchen, dass wir den Menschen auch wieder Lust auf die Überstunde machen müssen. Niemand kann uns davon befreien, dass Wohlstand und Leistungsbereitschaft zusammengehören. □



Foto: AdobeStock@mann77

*Die Krisen der Gegenwart erwarten von uns neue und mutige Antworten.*

**D**ie Klimakrise bedroht unsere Lebensgrundlagen. Wir müssen die Erderwärmung stoppen. Sie wartet nicht, bis der Krieg in der Ukraine bewältigt ist. Die Pandemie hat Schwachstellen unserer Gesundheitssysteme offengelegt. Viele Unternehmen in Europa spüren, dass sie ihre Lieferketten umstellen und festigen müssen. Aber vor allem ist da Putins brutaler Krieg, der unsere europäische Friedensarchitektur infrage stellt. Wir werden nicht zulassen, dass Russland die europäische Ordnung zerstört. Europa steht eng zusammen. Putin versucht nicht nur, die

Ukraine zu zerstören. Er zerstört sein eigenes Land.

Europa reagiert schnell und entschlossen. Wir können stolz darauf sein. Wir Europäer werden nicht zulassen, dass sich Gewalt als Mittel der Politik wieder auf unserem Kontinent etabliert, dass ein Einzelner eine Ordnung zerstört, die unserem Kontinent Jahrzehnte der Stabilität und des Wohlstands gebracht hat. Putins Angriff bedeutet einen tiefen Einschnitt für Europa, auch wirtschaftlich. Der Kreml opfert das Leben zehntausender Zivilisten. Putin nutzt unverhohlen unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Wir müssen unsere Energieversorgung breiter aufstellen mit Repower EU. Damit werden wir den Übergang auf erneuerbare Energien beschleunigen und bis 2030 praktisch verdoppeln. Die Kosten für fossile Brennstoffe steigen, die Kosten für Erneuerbare sinken. Jede Kilowattstunde aus erneuerbaren Energien senkt unsere Abhängigkeit. Das braucht Zeit. Für die Übergangszeit müssen wir deshalb andere Lieferquellen jenseits von Russland suchen. Wir kaufen mehr Flüssiggas aus den USA

und dem Mittleren Osten. Repower Europe stärkt nicht nur die Umwelt, sondern auch die Widerstandskraft unserer europäischen Wirtschaft.

Wir wollen einen demokratischen und stabilen Staat an der Grenze Europas. Deshalb müssen wir der Ukraine beim Wiederaufbau helfen. Es geht um Investitionen und Reformen. Wenn sich die Ukraine stabilisiert, sehe ich große Chancen für die deutsche Wirtschaft. Die Ukraine ist zum Beispiel beeindruckend weit vorne bei der Digitalisierung. Das Streben der Ukraine gibt diesem Interesse einen Extra-Schub. Ich merke immer wieder, wie wichtig dem Präsidenten der Ukraine europäische Standards sind.

Wir leben in einer Zeit, in der die Herausforderungen groß sind, unsere Verantwortung ist aber auch groß. Es ist jetzt die Zeit, die Weichen für Europa richtig zu stellen. Putin begeht bewusst einen Zivilisationsbruch. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Die Ukrainer sind bereit, für ihre Freiheit zu kämpfen. Sie haben eine Chance verdient. Wir sollten sie deshalb nach Kräften unterstützen. □

Foto: European Union



**Dr. Ursula von der Leyen**

Präsidentin  
Europäische Kommission

*„Putins Angriff bedeutet einen tiefen Einschnitt für Europa, auch wirtschaftlich.“*

*Politische Herausforderungen gibt es viele: von der Sicherheit unser Daten und Lieferketten bis hin zu unseren Handelsbeziehungen.*



Foto: AdobeStock@chungking

**D**er Krieg ist zurück in Europa. Dieser Angriffskrieg gibt uns einen ersten Hinweis darauf, wie die politische Ordnung auf dieser Welt in den nächsten Jahren aussehen könnte. Es könnte sich herausstellen, dass die freiheitlichen Demokratien zunehmend in die Defensive geraten – gegen hochgerüstete autoritäre Regime, die Krieg gegen ihre Nachbarn und die Unterdrückung ihres eigenen Volkes als legitime Mittel der Politik ansehen.

Wenn diese Beschreibung nur in Ansätzen stimmt, dann müssen wir daraus Konsequenzen ziehen. Erstens: Wir werden die Offenheit unserer Ge-

# Deutschland muss Führungsverantwortung übernehmen

sellschaften, den Rechtsstaat und auch die territoriale Integrität wieder verteidigen müssen. Zweitens gibt es heute einen viel größeren Raum für politische Herausforderungen. Wir müssen über Datensicherheit, Energieversorgung, Infrastruktur, die Sicherheit von Lieferketten, die sozialen Sicherungssysteme und vieles mehr reden.

Auch werden wir vor allem auch über unsere Handelsbeziehungen sprechen müssen. Wir hätten TTIP damals mit den USA abschließen sollen, als es dafür ein Zeitfenster gab. Denn wenn wir einer neuen Konfrontation zwischen offenen Gesellschaften und autoritären politischen Systemen gegenüberstehen, dann sind die USA und Kanada unsere wichtigsten Handelspartner, mit denen wir solche strategischen Fragen auch in Zukunft gemeinsam beantworten können. Es steht ein Elefant im Raum.

Dieser Elefant heißt China. Wie geht eigentlich Europa, wie geht Deutschland mit dieser Volksrepublik China um? Die Kommunistische Partei plant, bis spätestens zum 1. Oktober 2049, zum hundertjährigen Bestehen der Volksrepublik, die vollständige Autarkie erreicht zu haben und zur beherrschenden politischen und ökonomischen Macht der Welt aufzusteigen. Wir wissen das, das kann man nachlesen. Niemand kann sagen, wir hätten das nicht gewusst. Wir werden uns darauf vorbereiten müssen, von China unabhängiger zu werden. Die Abhängigkeiten von China sind nicht einseitig. Auch China ist von uns abhängig. Aber diese Abhängigkeiten geraten zunehmend in ein Ungleichgewicht. Deshalb richte ich einen dringenden Appell an die deutsche Wirtschaft, sich bei der strategischen Unternehmensplanung darauf

einzurichten, die Abhängigkeiten von China Schritt für Schritt abzubauen.

Deutschland muss bereit sein, Führungsverantwortung in Europa und in der Welt zu übernehmen. Wir haben die Wahl. Und diese Wahl heißt: Handeln oder behandelt werden, Akteur zu sein im Spiel der großen politischen Mächte dieser Welt oder aber zum Spielball dieser großen Mächte zu werden. Zwei werden es ganz sicher

## Friedrich Merz MdB

Bundesvorsitzender  
der CDU Deutschlands  
und Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Foto: Tobias Koch

*„Abhängigkeiten von  
China Schritt für Schritt abbauen.“*

sein, die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten von Amerika. Ob Europa dabei ist und mit Europa Deutschland, das liegt ganz allein in unserer Hand. □



Foto: AdobeStock/Naypong Studio

tive Politik. Durch Wirtschaftspolitik, mit der wir die Dinge besser machen können als früher. Ich will nicht verhehlen, dass es für einen Politiker wie mich so gesehen eine gute Nachricht ist, wenn das Wirtschaftsministerium nicht mehr nur ein Wirtschaftsförderbescheid-Ministerium ist und sich aus allem raushält. Ich denke aber auch, dass es für den Wirtschaftsrat eine gute Nachricht ist, wenn Nachdenken, Streiten über Wirtschaftspolitik und eine Debatte über die richtige Organisation von Marktwirtschaft wieder einen höheren Stellenwert bekommt. So lösen wir Probleme. Die Zeit des Abwartens ist vorbei. Wir haben heute eine viel größere Motivation, uns in die Bresche zu werfen, die Probleme zu durchdringen und richtige Antworten zu geben. Es ist eine motivierende Zeit. Je größer die Krisen wer-

# Aktive Wirtschaftspolitik stärken

*Im nächsten Jahr gilt es vor allem, das Wachstum zu stärken. Das ist eine zentrale Aufgabe des Wirtschaftsministeriums.*

**G**egenwärtig hat man bisweilen das Gefühl, die Krisen nehmen einfach kein Ende mehr. Immer dichter scheinen die Einschläge zu kommen. Aber vielleicht ist es gar nicht so, dass wir in besonders bedrängten Zeiten leben. Kriege gab es immer in Europa. Auch Pandemien gab es immer. Die

Globalisierung hat sich ebenfalls stetig verändert. Soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeiten gab es auch schon immer, genauso wie Fortschritt, Wettbewerb und Innovationen.

Vielleicht ist es also eher umgekehrt so, dass wir uns in Deutschland und der ganzen westlichen Welt in den letzten 30 Jahren nur eingeredet haben, die Zeit der Krisen sei vorbei. Dass wir uns dazu nicht mehr verhalten müssen, dass wir denkfaul geworden sind, vielleicht auch politisch betulich. Wenn es Probleme gab, so dachten wir, lösen wir sie mit Geld und Technik. Das war eine Fehleinschätzung, die den aktuellen Moment des Schreckens ein Stück weit erklärt.

Wenn es aber zutrifft, dass wir uns politisch nicht hinreichend aufgestellt haben, dann wissen wir auch, wie wir die unbestreitbar großen Herausforderungen bewältigen können. Durch ak-

den, umso mehr ist Politik gefordert, eine gestaltende Wirtschaftspolitik im ursprünglichen Sinne notwendig.

In den kommenden zwölf Monaten müssen wir vor allem das Wachstum stärken. Das ist eine zentrale Aufgabe des Wirtschaftsministeriums. Dabei tun wir gut daran, Wirtschaft wieder politisch zu denken. Das heißt, sich die Prinzipien Marktwirtschaft, Wettbewerb und Innovationsfähigkeit klar vor Augen zu führen. Das hat unser Land stark gemacht und sehr weit nach vorne gebracht. Diese Prinzipien müssen allerdings immer neu auf die Gegenwart justiert werden. Also: Wettbewerb hochhalten, Marktwirtschaft weiterentwickeln, neue Märkte erschließen, überlebte Förderung zurückbauen und dort Gelder einsetzen, wo sich Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft in Zukunft entfalten soll. So wollen wir es halten in den nächsten dreieinhalb Jahren. □

Foto: Dominik Butzmann



**Dr. Robert Habeck MdB**

Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

*„Wir tun gut daran, uns die Prinzipien Marktwirtschaft, Wettbewerb und Innovationsfähigkeit klar vor Augen zu führen.“*



Foto: European Union 2014 - Source EP

**W**ir stecken in einem Krieg zwischen der zivilisierten und der nicht zivilisierten Welt. Jeder, der glaubt, die Invasion Russlands in die Ukraine sei nicht sein Krieg, muss sich die Frage stellen, wohin er gehören will. Russland setzt Energie als Waffe gegen den Westen ein. Die gesamte EU befasst sich nun mit Fragen der Energiesicherheit und der Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, die aus der russischen Föderation importiert werden. In diesem Zusam-

# Europa muss in schwierigen Zeiten solidarisch sein

*Hohe und volatile Energiepreise sind ein großes Problem und könnten die hohen Investitionen in die Transformation der Volkswirtschaft gefährden.*

menhang sehen wir die Bedeutung einer gemeinsamen EU-Position und der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Den gemeinsamen Einkauf von Erdgas auf der EU-Ebene und die gerechte Umverteilung betrachten wir als sehr wichtiges Instrument. Fragen der Solidarität sind für uns als Binnenland von großer Bedeutung.

Im Sport heißt es, jede Mannschaft ist nur so gut wie ihr schwächster Spieler. Der Rest der Mannschaft muss ihn unterstützen und helfen besser zu werden. Die EU ist jetzt in einer ähnlichen Situation. Im Bereich Erdgas ist Tschechien sehr eng mit Deutschland verflochten, der größte Teil unseres Erdgases kommt aus Deutschland zu uns. Allerdings haben wir keine Möglichkeit für direkte Flüssiggas-Lieferungen. Daher ist es für uns sehr wichtig, diese Lieferungen indirekt zu sichern, entweder durch den Besitz eigener Kapazitäten von LNG-Terminals oder alternativ durch die Umverteilung von Gas innerhalb einer gemeinsamen Einkaufsplattform.

Hohe und volatile Energiepreise sind ein großes Problem. Besonders für einkommensschwache Haushalte und energieintensiv produzierende Unternehmen. In dieser Hinsicht bemühen wir uns um gezielte Lösungen. Für den Green Deal sind relativ große Investitionen in die Transformation unserer Volkswirtschaft erforderlich. Deshalb machen wir uns in der derzeitigen Situation ein bisschen Sorgen, wie viele Unternehmen und Haushalte über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um diese Investitionen zu stemmen.

In Tschechien sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine in vielen Sektoren des verarbeitenden Gewerbes spürbar. Die Automobilindustrie, die Luft- und Raumfahrt sind ebenfalls betroffen. Was die künftige wirtschaftliche Entwicklung angeht, sehe ich einige Risiken. Diese Risiken ergeben sich vor allem aus der unsicheren politischen Entwicklung in der Ukraine, den hohen Preisen, der angespannten Lage auf dem Arbeits-

markt und aus den Problemen in den globalen Lieferketten. Nicht zu vergessen, dass Covid 19 im Herbst wieder stärker zurückkommen könnte. Diese neuen Bedrohungen machen es erforder-

## Jozef Síkela

Minister für  
Industrie und Handel  
Tschechische Republik



Foto: European Commission, 2022

*„Den gemeinsamen Einkauf von Erdgas auf EU-Ebene und die gerechte Umverteilung betrachten wir als sehr wichtiges Instrument.“*

derlich, dass sich die Volkswirtschaften darauf einstellen. Deutschland und Tschechien sind wirtschaftlich eng miteinander verbunden. Diese enge Verbindung kann für unsere beiden Länder in schwierigen Zeiten von Vorteil sein. □



Foto: AdobeStock@arathan

# Mut, Souveränität und Allianzen

*Die Krise kann Triebfeder sein, für einen neuen Schulterchluss von Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft und ein Zusammenrücken in der EU.*

**W**ir brauchen Mut. Wir brauchen Souveränität. Und wir brauchen Allianzen. Als deutsche Nation sind wir jedoch eher bekannt für eine gewisse Zurückhaltung, für Abwarten und das sehr genaue Prüfen. Zwei Facetten für Mut will ich ansprechen. Die wunderbare Forscherin Marie Curie hat gesagt: „Man braucht im Leben nichts zu fürchten. Man muss

In einer Welt des unbegrenzten Zugangs zu Information und Daten geht es darum, den Menschen einen verlässlichen Kompass und die Fähigkeit zu geben, sich sicher zu bewegen. Lernerfolg definiert sich heute nicht über die Reproduktion von Wissen, sondern darüber, wie wir unser Wissen erweitern und auf neue Situationen anwenden. Deswegen ist eines klar: Wenn wir ein digitales Mindset haben wollen, dann brauchen wir auch einen Wandel in der Bildung. Und das bedeutet Mut, wenn man ein Bildungssystem auch ein Stück weit verändert.

Zweiter Punkt: Wir brauchen Souveränität. Damit meine ich technologische Souveränität und natürlich auch die digitale Souveränität. In der Mikroelektronik, der Kommunikationstechnologie und bei der künstlichen Intelligenz müssen Deutschland und die EU selbst in der Lage sein, Schlüsseltechnologien zu verstehen, zu entwickeln und zu produzieren. Wenn wir Bedeutung und damit auch Verhandlungsmacht haben wollen im internationalen Geschehen, dann müssen wir uns selbst stark machen. Wir müssen auf Augenhöhe mitge-

stalten. Das reduziert Abhängigkeiten. Das schafft wertvolle Arbeitsplätze. Und es sichert unsere Standards etwa beim Datenschutz oder auch der Nachhaltigkeit. Und es erlaubt uns, selbst die Wahl zu haben, welche Technologien wir unter welchen Rahmenbedingungen einsetzen wollen.

Dritter und letzter Punkt: Neue Allianzen. Dass technologische Souveränität die Partnersuche vor neue Herausforderungen stellt, ist offenkundig. Interessen und Werte dürfen kein Entweder-Oder in der Politik sein. Das galt schon immer. Aber die jüngste Vergangenheit hat uns gezeigt, wie viel intensiver wir die Dimension in den Blick nehmen müssen, mit all ihrer Komplexität und auch mit all ihren Widersprüchen. Der Aufwand ist groß, das ist keine Frage. Trotzdem bin ich zuversichtlich, dass dieser Kraftakt gelingen wird. Wir müssen nämlich die Allianzen mit Partnern stärken, die unsere Werte teilen. Die aktuelle Krise kann auch eine Triebfeder sein, eine Chance für einen neuen Schulterchluss von Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft – und auch für ein Zusammenrücken in der EU. □

Foto: FDP/Laurence Chaperon



**Bettina Stark-Watzinger MdB**

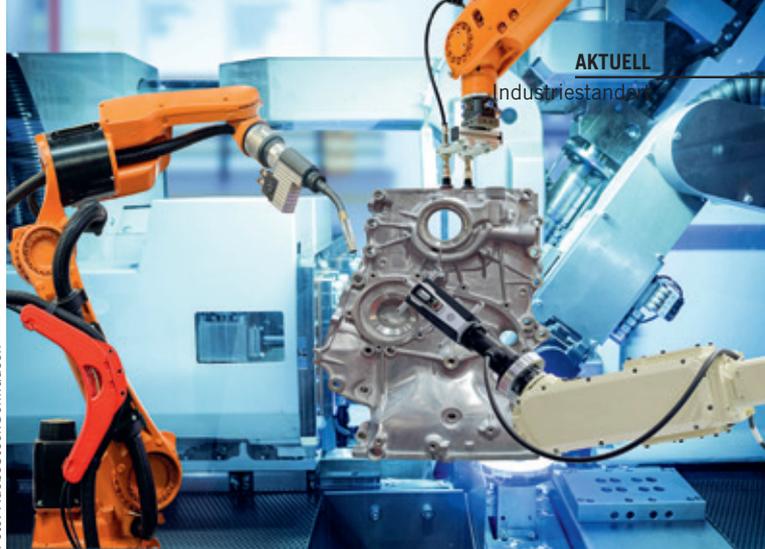
Bundesministerin  
für Bildung und Forschung

*„Wir müssen  
auf Augenhöhe  
mitgestalten.“*

es nur verstehen.“ Jetzt ist es an der Zeit, mehr zu verstehen, damit wir weniger fürchten. Verstehen fällt uns aber nicht in die Wiege. Das ist nicht gottgegeben. Unsere Kinder und Jugendlichen müssen deshalb heute auf die Zukunft vorbereitet werden.

# Globale Katastrophe verhindern

Foto: AdobeStock@chiradtech



*Deutschland braucht mehr Zeit.*

Um es klar zu sagen: Nach dem Völkerrechtsbruch Russlands bin ich für ein klares Reaktionsschema der freiheitlichen Welt. Aber wir haben schon nach der Besetzung der Krim gesehen, dass sich Putin in einer akuten Phase wenig beeindrucken lässt. Deshalb ist die Entscheidung der NATO und der Bundesregierung, sich immer unterhalb der Grenze eines unmittelbaren Beitritts ins kriegerische Geschäft zu halten, auf jeden Fall richtig, um eine Eskalation in Richtung einer globalen Katastrophe zu verhindern.

Zugleich müssen wir verhindern, dass unsere Volkswirtschaft kollabiert.

Deutschland bezieht rund 70 Prozent seiner benötigten Energie – über alle Träger hinweg – aus dem Ausland. Für eine wirkungsvolle Reaktion gegen Putin müssten wir unsere Energieimporte aus Russland nahe Null herunterfahren. Das sind bezüglich der aktuellen politischen Herausforderungen Dimensionen, die schlicht und einfach nicht zu bewältigen sind. Deshalb brauchen wir Zeit. Denn der Kohleausstieg, die Energiewende und zugleich die Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen sind zusammen nicht im Eiltempo zu haben. Dass wir dennoch ein Ergebnis brauchen, ist klar. Trotz allem

**Dr. Reiner Haseloff MdL**

Ministerpräsident  
des Landes Sachsen-Anhalt



Foto: Rayk Weber

*„Ich bin guter Hoffnung, dass wir die Auseinandersetzung mit autokratischen Systemen gewinnen.“*

bin ich guter Hoffnung, dass wir die System-Auseinandersetzung mit autokratischen Systemen gewinnen werden. Dabei geht es letztlich um die Zukunft der ganzen Welt, nicht nur in diesem Jahrhundert. □

# Politik muss Innovationen fördern

*Die Transformation des Wirtschaftsstandorts  
Deutschland wird eine kollektive Kraftanstrengung.*

Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zur Klimaneutralität ist weiterhin eine der wichtigsten Herausforderungen. Es geht darum, Wachstum, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Klimaschutz in Einklang zu bringen. Was wir dafür brauchen, sind klug gesetzte Rahmenbedingungen. Und wir brauchen jetzt vor allen Dingen eine gute Ordnungspolitik.

Um die anstehende Transformation erfolgreich stemmen zu können, müssen Rahmenbedingungen vorherrschen, die Fortschritt erlauben.

Die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine werden zu einer beschleunigten Transformation des Wirtschaftsstandorts Deutschland führen. Dieses wird erneut eine kollektive Kraftanstrengung für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Mein Appell an die Politik ist: Unterstützen Sie Innovation, wo immer Sie uns helfen können auf dem Weg zur Klimaneutralität. Damit meine ich einen umfassenden Blick auf Innovationsleistungen, die sich nicht auf den Umbau industrieller Produktion und Mobilität beschränken – ein wirklich ganzheitliches Energiesystem

**Prof. Dr. Norbert Winkeljohann**

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
Bayer AG



Foto: Bayer AG

*„Wir brauchen klug gesetzte Rahmenbedingungen, um Klimaneutralität zu erreichen.“*

muss letztlich alle Produkte fördern, die auf ihrem gesamten Lebensweg zu weniger Energieerzeugung und CO<sub>2</sub>-Ausstoß führen. □



Foto: AdobeStock@werapong

*Deutschland braucht einen konsistenten Plan für die Energiewende.*

# Mehr Pragmatismus in der Energiepolitik

Im Mittelpunkt der Energiepolitik stehen Dekarbonisierung, Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit. Um diese Ziele umzusetzen, benötigen wir nach meiner Überzeugung mehr Konsistenz und Pragmatismus. Denn die Energiewende geht zu langsam voran. Das war auch vor dem Krieg in der Ukraine schon so. Die Politik hat sich auf die Dekarbonisierung konzentriert und dabei unterstellt, dass Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit als gegeben angenommen werden können.

Mit dem Einmarsch der Russen in die Ukraine sind wir plötzlich alle wach geworden. Wir denken, dass die Bundesregierung das kurzfristige Kri-

senmanagement sehr gut gemacht hat. Die meisten Maßnahmen unterstützen wir. Aber es mangelt an Konsistenz und Pragmatismus; in Deutschland, aber auch in Europa. Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind sehr komplex. Durch endloses Diskutieren werden sie noch komplexer. Nichtsdestotrotz brauchen wir einen Plan, sonst verlieren wir die wichtigsten Ziele aus den Augen. Ein Beispiel: Was bringt Grünstrom, wenn wir keine Verteilernetze dafür haben? Das gilt auch für die Wasserstoffinfrastruktur. Wir brauchen beim Hochlauf von Wasserstoff einen Markt und die dafür benötigte Infrastruktur, beides muss simultan erfolgen.

Wasserstoff darf nicht nur bei den Großkonzernen ankommen, er muss über entsprechende Verteilernetze auch beim Mittelstand ankommen. Der Mittelstand in Deutschland beschäftigt die meisten Menschen und zahlt die meisten Steuern. Dabei müssen wir die Bezahlbarkeit der Energie im Auge behalten. Ohne bezahlbare Energie gibt es keinen Industriestandort in Deutschland. Niemand konnte den Krieg in der Ukraine vorhersehen. Alles was jetzt in der Energiepolitik passiert, hatten wir

uns eigentlich schon vorgenommen. Durch den Krieg muss das nun alles in Hochgeschwindigkeit passieren. Und das geht nur mit einem Schulterchluss von Wirtschaft und Regierung.

Kurzfristig hat die Bundesregierung den richtigen Ansatz. Dennoch wird Energie kurzfristig teuer bleiben. Es geht deshalb jetzt viel um Energieeffizienz und Energiesparen. Da rufe ich alle auf, aktiv mitzumachen. Aus meiner Sicht müssen wir die Bezahlbarkeit der Energieversorgung jetzt noch stärker in den Fokus nehmen. Sie ist genauso wichtig wie die Dekarbonisierung und die Versorgungssicherheit. Im Hinblick auf die Verbraucher wird schon etwas getan für eine Preissenkung. Die EEG-Umlage wurde abgeschafft. Dennoch sollten wir auch über die Mehrwertsteuer auf Strom und eine Absenkung der Energiesteuer auf europäisches Mindestniveau sprechen. Der Krieg in der Ukraine erschüttert uns und macht uns fassungslos. Energiepolitisch kann uns die Zeitenwende aber auch Hoffnung geben. Wir müssen jetzt grüne Energien in allen Lebensbereichen zum Einsatz bringen, so schnell wie möglich. □



**Patrick Lammers**

Mitglied des Vorstands E.ON SE

*„Ohne bezahlbare Energie gibt es keinen Industriestandort in Deutschland.“*

Spätestens 2025 will die CDU mit einer Staatsreform antreten.



# Modernisierung tut not

Die deutsche Forschungslandschaft ist Weltklasse. Wir haben mit Fraunhofer, Max Planck, Helmholtz, den Fachhochschulen und den Mittelständlern im ländlichen Raum ein Ökosystem, das seinesgleichen sucht. Das Problem sind die politischen Rahmenbedingungen.

Der Staatsapparat ist aufgebläht wie im 18. Jahrhundert. Das Wirtschaftsministerium hat beispielsweise 100 Referate, zehn Staatssekretäre, aber es gibt kein Projektdenken, keine Boni, kein Geldbudget, nichts. Wenn man als Unternehmen etwa einen Grafikdesigner aus Vietnam anstellen will, braucht man Monate, bis alle Behörden, das Auswärtige Amt, die deutsche

Botschaft, das Innenministerium, das Bildungsministerium, teils die Länder, die IHK und die Bundesagentur für Arbeit das Thema abgearbeitet haben. Das geht nicht mehr.

Die CDU will eine umfassende Staatsreform. Dafür haben wir jetzt eine Grundsatzkommission gegründet, die in zwei Jahren Ergebnisse vorlegen wird. Wir müssen dabei auf niemanden mehr Rücksicht nehmen; nicht auf den Zeitgeist, nicht auf das Kanzleramt. Das Problem der Politik ist, dass sie immer zu sehr in der Tagespolitik verhaftet ist. Eurokrise, Flüchtlingskrise, Coronakrise, jetzt der Krieg in der Ukraine. Das strategische Denken über den Tag hinaus bleibt dabei auf der Strecke. Deshalb

die Grundsatzkommission. Spätestens 2025 wollen wir mit dieser Staatsreform antreten. Wenn wir davon

## Dr. Carsten Linnemann MdB

Stellvertretender Parteivorsitzender der CDU Deutschlands und Vorsitzender der CDU-Programmkommission



Foto: Tobias Koch

„Der Staatsapparat ist aufgebläht wie im 18. Jahrhundert.“

nur 40 Prozent umsetzen, dann wird Deutschland in den nächsten zehn bis 15 Jahren zu einem der innovativsten Länder der Welt. □

# Weniger ist mehr

Deutschland hat keine Zeit mehr zu verlieren. Wir brauchen jetzt grundlegende Reformen. Und wir brau-

chen die Unternehmerschaft, weil die sagen kann, was sie behindert. Ich möchte gern beflügeln statt zu behindern. Sämtliche Regulatorik gehört auf den Prüfstand. Wir müssen schlicht die Frage stellen: Kann das weg? Den Mut wünsche ich sowohl der Unternehmerschaft als auch der Politik. Gemeinsam können wir das schaffen.

Beim Thema Risikokapital liegen wir zum Beispiel immer noch weit hinter den USA. Wir haben kluge Köpfe, aber die wandern dorthin ab, wo der Kapitalmarkt das Geld zur Verfügung

Sämtliche Regulatorik gehört auf den Prüfstand.

stellt. Das möchte ich ändern. Wir brauchen mehr Mut, damit die klugen Köpfe bei uns bleiben. Der Mittelstand bildet aus, weil er weiß, dass das seine Zukunftsabsicherung ist.

Wir als Politik müssen dafür sorgen, dass wir die Berufsbilder und Studiengänge schneller modernisieren. Sonst ist das unattraktiv für junge Menschen, die an der Spitze der Entwicklung mit dabei sein wollen. Es muss wieder hip sein, hier zu sein. □



## Nicola Beer MdB

Stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP und Vizepräsidentin, Europäisches Parlament

„Es muss wieder hip sein, in Deutschland zu arbeiten.“



Foto: AdobeStock@calado

# Klare Zielvorgaben

Modernisierung erfordert Planung.

Die Modernisierung Deutschlands ist mit massiven Investitionen und einer erheblichen Bautätigkeit verbunden. Das erfordert Planung. Hamburg hat seit 2011 mehr als 120.000 Baugenehmigungen erteilt. Das ist eine massive Erhöhung. Wie ist das gelungen? Wir haben vor allem darauf gesetzt, mehr Personal in der Planung einzusetzen. Denn bei den Baugenehmigungen kommt es auf die Zeit an; wenn ein Investor ein Projekt umsetzen will, ist das Warten auf eine Baugenehmigung projektkritisch.

Zunächst benötigt man klare Zielvorgaben. So erwarten wir von jedem Hamburger Bezirk einen gewissen Anteil von den avisierten 10.000 Baugenehmigungen pro Jahr. Dann braucht man in einer Stadt wie Hamburg ein Controlling, damit wir jederzeit einen Überblick über die Dauer der Baugenehmigungen haben. Weiterhin braucht es Management Attention, damit bei einer komplexen Investition alle Elemente des Genehmigungsverfahrens frühzeitig zur Sprache kommen. So vermeidet man Überraschungen im Laufe des Pla-

## Dr. Peter Tschentscher

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg



Foto: Ronald Sawatzki

„Das Warten auf eine Baugenehmigung ist projektkritisch.“

nungsprozesses. Schließlich muss man Prioritäten setzen. Die Planungskapazitäten sind begrenzt und man muss einen realistischen Blick behalten. □

# Technologieoffenheit leben

Verkehrswende braucht den richtigen Rahmen.

Die Ampel-Koalition hat sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass wir die Rahmenbedingungen setzen, damit die Verkehrswende funktioniert. Dabei geht es zum Beispiel um den Ausbau der Ladeinfrastruktur an

Bundesautobahnen. Wir haben uns gleichzeitig darauf verständigt, dass wir technologieoffen sein wollen. Denn Politiker sind nicht die besseren Ingenieure. Deswegen wollen wir das dem Markt überlassen, aber gleichzeitig die Rahmenbedingungen so setzen, dass das Ganze gelingt. Technologieoffenheit heißt natürlich auch, dass wir darüber nachdenken müssen, wie Flugzeuge in Zukunft CO<sub>2</sub>-neutral fliegen. Das ist eine Frage von synthetischen Kraftstoffen und betrifft auch den Automobil- und LKW-Bereich. Da ist für mich Technologieoffenheit ganz wichtig.

Ferner haben wir uns im Koalitionsvertrag auf den Bau von 400.000

neuen Wohnungen im Jahr verständigt, 100.000 davon sollen öffentlich gefördert sein. Ich wünsche mir, dass wir schneller vorankommen. Derzeit hängt es weniger an begrenzten Planungskapazitäten und langsamen Behörden, sondern an Engpässen in den Lieferketten. Da versuchen wir die steuerlichen Rahmenbedingungen vernünftig zu setzen. Eins müssen wir schaffen: Dass wir den Staat so organisieren, dass er es ermöglicht. Dänemark hat gezeigt, dass man doppelt so schnell planen und genehmigen kann, als es Deutschland derzeit tut. Europarechtlich geht das also. Dafür braucht es aber politische Unterstützung. □



## Christian Dürr MdB

Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

„Politiker sind nicht die besseren Ingenieure.“

Foto: FDP



# Das Zusammenspiel von Mensch und Technologie

Setzen Sie auf ein Team, das Herausforderungen mit frischen Perspektiven angeht und Expertise mit Leidenschaft und wegweisender Technologie vereint. So schaffen wir gemeinsam mit Ihnen nachhaltige Wertschöpfung und Vertrauen – heute und in Zukunft.

It all adds up to The New Equation.

[www.pwc.de/the-new-equation](http://www.pwc.de/the-new-equation)



Wer die Bedeutung der Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft für wirtschaftliche Stabilität und Prosperität noch nicht gesehen hat, der erkennt spätestens jetzt: Wir müssen die Rohstoffe und Materialien, die wir einmal im eigenen Land haben, immer wieder nutzen. Der ohnehin zunehmende globale Mangel an Rohstoffen wird durch die globalen Konflikte weiter zunehmen. Kreislaufwirtschaft unterstützt ein politisch souveränes Handeln. Die Rohstoffpreise schießen durch die Decke. Eine Besserung ist nicht absehbar – im Gegenteil. Der Krieg in der Ukraine zeigt uns, wie abhängig Deutschland immer noch von Rohstoffimporten ist.

Klar ist, dass Deutschland als Industrienation auch künftig nicht ohne Rohstoffimporte auskommen wird. Aber wir müssen diese Importe, soweit es geht, substituieren. Die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft ist nicht nur ökologisch sinnvoll, son-

packungsgesetzes, die Umsetzung der europäischen Einwegplastik-Richtlinie oder das Elektro-Elektronikgerätegesetz sind Beispiel dafür, wie wir dafür sorgen, dass Abfälle umfassender erfasst und aufbereitet werden. Jetzt muss der nächste Schritt folgen

das Abfallaufkommen. Hier wünsche ich mir allerdings weniger Symbolpolitik und mehr Sachlichkeit. Ich kann beispielsweise Produkte nur verbieten, wenn ich einen nachweislich ökologisch besseren Ersatz habe. Eine Kreislaufwirtschaft auf der Grundlage



# Quelle für erstklassige Rohstoffe aus zweiter Hand

*Eine funktionierende Kreislaufwirtschaft schont globale Ressourcen und kann das rohstoffarme Deutschland unabhängiger machen.*

dern wirtschaftlich geboten. Wir sind ein rohstoffarmes Land. Rohstoffe, die wir einmal im Land haben, müssen wir auch im Land behalten, statt sie auf internationalen Märkten teuer einzukaufen.

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode hier wichtige Weichen gestellt. Die Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, die Novelle des Batteriegesetzes, die Novelle des Ver-

– die Wiedernutzung der Abfälle als Sekundärrohstoffe. Nur dann kann die Kreislaufwirtschaft zur tragenden Säule der Rohstoffversorgung unseres Landes entwickelt werden.

Und hier sehe ich fünf zentrale Handlungsfelder: Erstens, ein wichtiger Ansatz ist die Produktpolitik. Mit der Gestaltung, der Reparaturfreundlichkeit und ggf. auch dem Verbot von Produkten entscheiden wir auch über

„gefühlter“ ökologischer Vorteile von Produkten, statt auf wissenschaftlicher Grundlage umzusetzen, führt umweltpolitisch in die Irre und ist wirtschaftlich schädlich. Wir brauchen dazu mehr Ökobilanzen. Sie müssen die wissenschaftliche Grundlage für Entscheidungen sein.

Ein zweiter zentraler Punkt ist die Stärkung des stofflichen Recyclings. Es macht keinen Sinn, mit hohen Kosten



Foto: AdobeStock@monticello

Abfälle zu trennen, zu sammeln und zu sortieren, wenn man die Materialien am Ende nicht in den Markt bringen kann. Aus meiner Sicht sollten wir uns bestimmte Branchen ansehen und dort prüfen, welche Möglichkeiten der Wiedernutzung für Rezyklate möglich sind. Die sind unterschiedlich ausgeprägt. Bei Materialien für den Tiefbau, wie Rohren, sind die Chancen sicherlich größer als bei Lebensmittelverpackungen. Um hier Fortschritte zu erreichen, müssen wir den rechtlichen Rahmen weiterentwickeln und bestehende Hemmnisse abbauen. Chemikalienrecht oder Lebensmittelrecht oder auch Produktnormen und -spezifizierungen müssen so ausgestaltet sein, dass die Nutzung von Sekundärrohstoffen gefördert und nicht, wie jetzt noch zu oft, behindert wird. Wir müssen Schadstoffgrenzwerte für Reststoffe festlegen, die für potenzielle Nutzer von Sekundärrohstoffen Rechtssicherheit dafür schaffen, dass er Sekundärrohstoffe einsetzen darf. Hier legen wir fest, was Abfall und was Rohstoff ist. Und Sekundärrohstoffe sind keine Abfälle.

Zudem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Primärmaterialien häufig preislich immer noch mit Sekundärrohstoffen konkurrieren. Der Wettbewerbsnachteil von Rezyklaten ist also vorhanden. Ein wichtiger und zudem kurzfristig zu realisierender Ansatz ist es, die öffentliche Beschaffung stärker auf die Sekundärroh-

stoffnutzung auszurichten. Hier sollte durch Ausschreibungen der öffentlichen Hand mindestens eine Gleichbehandlung von Rezyklaten erfolgen.

Und natürlich ist die Vorgabe von Mindesteinsatzquoten für Sekundärrohstoffe bei bestimmten Produkten und Materialgruppen zu prüfen. Hier muss allerdings Verfügbarkeit und Qualität der Sekundärrohstoffe verlässlich sein. Ein Beispiel dafür sind die europäischen Vorgaben zur PET-Recyclatnutzung bei der Herstellung von PET-Getränkeflaschen. Hier eignet sich jede Produktgruppe. Voraussetzung ist hier ein enger Austausch zwischen Entsorgungswirtschaft und Herstellern relevanter Produkte.

Drittens, wir brauchen Investitionen und Innovationen im Bereich der Sortier- und Aufbereitungstechniken, hierzu zählt auch die Weiterentwicklung des Chemischen Recycling. Nur so kann die Voraussetzung geschaffen werden, dass die erforderlichen Quantitäten und Qualitäten an Sekundärrohstoffen zeitgerecht verfügbar gemacht werden.

Wir brauchen als vierten Punkt einen einheitlichen Handlungsrahmen im europäischen Binnenmarkt. Es darf in Europa keine Billigentsorgung geben. Deshalb muss sich die Bundesregierung beispielsweise für europäisches Deponieverbot einsetzen. Zudem muss bei der Umsetzung der im „Europäischen Green Deal“ veranker-

ten „Null-Schadstoff-Strategie“ darauf geachtet werden, dass Gesundheitsschutz und Kreislaufwirtschaft sachlich miteinander abgewogen werden.

Fünftens, Deutschland muss internationale Verantwortung übernehmen. Wir unterstützen Entwicklungs- und Schwellenländer beim Aufbau von Abfallmanagement- und Entsorgungsinfrastruktur, aber wir könnten hier noch deutlich besser werden. Das hilft gegen die Meeresvermüllung, hilft den Partnerländern,

#### Dr. Anja Weisgerber MdB

Umweltpolitische Sprecherin  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag



Foto: Tobias Koch

*„Kreislaufwirtschaft unterstützt ein politisch souveränes Handeln.“*

unterstützt unsere Unternehmen und schafft Arbeitsplätze in Deutschland.

In kaum einem anderen Bereich liegen ökologische Notwendigkeiten und ökonomische Chancen so nah beieinander, wie beim Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Die erforderlichen Maßnahmen liegen alle auf dem Tisch. Es ist dringend erforderlich mehr Tempo zu machen. Nutzen wir die Chancen, die die Kreislaufwirtschaft bringt. □

# Der Minister kennt nur Corona und zerstört unser Gesundheitssystem

*Die wahren Probleme des deutschen Gesundheitssystems bleiben ungelöst.*

Jede neue Corona-Regelung begründet Bundesgesundheitsminister Lauterbach damit, deutsche Kliniken vor einer Überlastung bewahren zu wollen. Dabei hat kein Land mehr Krankenhausbetten und mehr Intensiv- und Beatmungskapazitäten je 100.000 Einwohner. Warum haben dann ausgerechnet wir Deutschen, anders als alle anderen Länder mit deutlich weniger Ressourcen, so eine Angst vor fehlenden Kapazitäten und das ohne eine aktuell aggressive Virus-Variante? Da ist sie wieder – die German Angst!

Während abgesehen von China alle Länder wieder weitgehend zur Normalität zurückgekehrt sind, ver-

harrt Lauterbach im Pandemiepanikmodus, beschwört immer neue Corona-Horrorszenarien, heckt neue Einschränkungen für den Herbst aus und versucht die Maske als obligatorisches, deutsches Kleidungsstück zu etablieren. Von seinen fragwürdigen Maßnahmen gehört auch die Impfpflicht für die Kliniken abgeschafft. Vorschriften, die nicht exekutiert werden, ergeben überhaupt keinen Sinn.

Die eigenen Kabinettskollegen flogen kürzlich maskenbefreit nach Kanada und demonstrierten, was sie vom Maskengebot halten. Nebenbei wurde aufgezeigt, dass nicht für alle dieselben Regeln gelten. Wie effektiv seine Schutzmaßnahmen sind, führte Lauterbach unfreiwillig selbst vor, als er trotz maximalem Impfschutz, Kontaktbeschränkungen und Maske an Corona erkrankte. Die Werbung für das Medikament Paxlovid, eigentlich nur für Risikopatienten vorgesehen, aber von ihm in großem Stil eingekauft, machte es nicht besser.

Wenn es dem Minister ernst wäre mit der „Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems“, gäbe es sechs wirkliche Probleme, die er angehen müsste. Das drängendste ist ein Inflationsausgleich für deutsche Kliniken,

den nicht nur die großen Verbände, sondern auch Vertreter unterschiedlichster Trägerschaften unisono fordern. Für Krankenhäuser schlagen Inflation und Energiekosten schwer zu Buche – und die schon legendären Spartipps der Ampel-Politiker lassen sich stationär nicht umsetzen.

Auch die ab Oktober vorgeschriebenen täglichen Massentests für alle Krankenhausmitarbeiter, nicht nur für Pfleger und Ärzte, sondern für Dienstleister, Kioskbetreiber und Reinigungspersonal belasten die Kliniken massiv, während es keinen Beleg für die Wirksamkeit solcher Maßnahmen auf die Pandemie gibt.

Den Bedarf einer Strukturreform der Kliniklandschaft scheint Lauterbach immerhin erkannt zu haben und berief eine Krankenhaus-Kommission ein. Passiert ist noch nichts. Wenn es um Klinikschließungen ging, setzten sich – oft gegen jede ökonomische und medizinische Vernunft – bisher zumeist Bewahrer, Zauderer und lokalpatriotische Landräte durch. Vielleicht erreicht der Minister auf anderem Wege die Schließung vieler Kliniken, durch die Verweigerung des Inflationsausgleichs oder durch immer neue Personalvorgaben bei einem lee-

Foto: Martin Foddanu



**Kai Hankeln**

Konzerngeschäftsführer CEO  
Asklepios Kliniken  
GmbH & Co. KGaA

*„Wann legt der Minister endlich seine Ideologie beiseite?“*



Foto: AdobeStock/spotmatikphoto

ren Arbeitsmarkt. Mit einer solchen kalten Strukturbereinigung durch die Hintertür zerstört er aber das System stationärer Versorgung. Es muss weniger Kliniken und Betten geben, damit die Mittel ausreichen. Es muss ohne Frage ambulantisiert werden. Aber bitte offen und ehrlich und mit Verstand. Das Gegenteil ist der Fall und die Diskussion wird nicht geführt.

Die dritte Baustelle ist ebenfalls ein Megaprojekt: die Finanzierung der Kostenträger. Denen laufen die Ausgaben davon. Zu viele Krankenkassen verteilen zu viel Geld für zu viel Falsches. Als Folge musste der Zusatzbeitrag bereits erhöht werden und es ist keine Entlastung absehbar. Das schlägt sich massiv auf die Lohnnebenkosten nieder und wird für Deutschland immer mehr zum Wettbewerbsnachteil. Bislang sind wir Vizeweltmeister bei der Höhe von Steuern und Lohnnebenkosten. Ohne Eingreifen ist es gut möglich, dass künftig sogar das wenig erstrebenswerte oberste Treppchen des Siegerpodests erreicht wird. Wann legt der Minister endlich seine Ideologie beiseite? Dieses System braucht Produktivität. Ohne Produktivitätsgewinne gibt es nicht nur keinen Wohlstand und wir werden unser Gesund-

heitswesen in Zukunft nicht erhalten können. Es wird schlicht weg unfinanzierbar.

Problemfeld Nummer 4 ist die Pflege, für die sich Politiker nur in Sonntagsreden regelmäßig ins Zeug legen. In der Praxis schafft zum Beispiel die neue Pflegepersonalregelung 2.0 (PPR 2.0) keine neue Stelle, sondern lädt das Problem einfach bei den Kliniken ab. Die sollen Personal einstellen, das es auf dem Markt nicht gibt. Stattdessen bekommt das knappe Personal dank dieser Regulierungswut noch mehr Bürokratie und Dokumentation aufgedrückt.

Die Medizinprodukteverordnung der EU sieht vor, dass alle, auch Bestandprodukte bis Mai 2024 neu zertifiziert sein müssen. Bis dahin müssen 24.000 Zertifikate ausgestellt werden, während bis dato gerade einmal 1.000 Zertifikate vergeben worden sind. Es gibt viel zu wenige staatlich autorisierte Stellen, als dass alle Medizinprodukte bis Mai 2024 den aufwendigen Zertifizierungsprozess durchlaufen könnten. Es ist bereits jetzt absehbar, dass diese dann nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Bei Nischenprodukten wie Stents und Kathetern für Babys lohnt sich der Aufwand für die Hersteller

zudem kaum. Die Gesundheitsminister von Bayern und Baden-Württemberg wiesen schon im Juni auf dieses Problem hin, letztere sogar mit einem Lösungsvorschlag. Auch das Handelsblatt berichtete über das Thema, aber passiert ist nichts Zählbares.

Dass die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein aus dem E-Rezept ausgestiegen ist, sollte eine echte Warnung für alle sein. Ob der Datenschutz nur vorgeschoben oder der wirkliche Grund ist, spielt nur eine untergeordnete Rolle. Fest steht, es gibt keine Linie oder auch nur Idee des Ministers, wie das Gesundheitswesen sinnvoll und ohne Gießkannen-Verschwendung digitalisiert werden kann. Die Beauftragung von Roland Berger zur Meinungserhebung ist wohl ebenfalls allemal Verschwendung. Wie wollen wir mit der Datensicherheit umgehen und trotzdem Lösungen sicherstellen? Welche Standards sollen gelten, damit nicht weiter die Mittel verschwendet werden, Herr Minister?

Noch habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, dass unser Gesundheitsminister von seiner Corona-Obsession ablässt, die wirklichen Prioritäten erkennt und darauf endlich reagiert. □



# Unternehmen im Krisenmodus

*Basis und Katalysator  
für das Krisenmanagement.*

**K**rieg. Pandemie. Extremwetter. Naturkatastrophen. Energiekrise. Hungerkrise. Inflation. Soziale Spannungen. Wasserkrise. Blockbildung. Eiserner Vorhang 2.0. Krisenmodus. Gewiss eine düstere, schräge Sicht auf die Welt. Aber derzeit überwiegen in der Wahrnehmung der Geschehnisse, Entwicklun-

gen und Aussichten die bedrohlichen und negativen Effekte – auch für Unternehmen.

Was ist für die kommenden Herausforderungen wichtig? Was sollten Unternehmen beim Navigieren und Führen im Krisenmodus beherrschen? Fünf Punkte sind jetzt besonders wichtig:

wie lange nicht mehr. In Krisen werden Steuerleute gebraucht, die Unternehmen durch besondere Herausforderungen manövrieren und die dabei auch dem Führungsanspruch gerecht werden müssen. Wenn jetzt keine Zeit für deutliche Führung ist, das heißt die aktive Involvierung der Chefetage und das Vorgehen als Vorbild, wann dann?

## 1. Krisenmanagement ist und bleibt Chefsache

In Krisen von vorne führen. Es geht direkt von einem Krisenhotspot in die nächste Megakrise. Weitere, partielle Krisenherde tun sich auf. Die Gesamtsituation bleibt aktuell angespannt

## 2. Krisenmanagement durch Profis orchestrieren lassen

Den Profis das Zepter geben, um eine richtige Krisenorganisation, eine Task Force oder eine nach dem Mechanismus des Krisenmanage-



**Jens Greiner**  
Security/Resilience Advisor,  
Director,  
PwC Joint Crisis Center

Foto: PwC

*„In Krisen werden Steuerleute gebraucht, die Unternehmen durch besondere Herausforderungen manövrieren und die dabei auch dem Führungsanspruch gerecht werden müssen.“*

ments funktionierende Arbeitsgruppe treiben zu können. In vielen Unternehmen gibt es erfahrene und speziell ausgebildete Personen, die wissen, wie Krisenmanagement professionell betrieben wird. Sie können ein gesamtunternehmerisches Krisenmanagement orchestrieren. Mehr als je zuvor ist Denken in gesamthaften Resilienzfähigkeiten erforderlich; Profis können das und sind genau für diese Zeiten ausgebildet. Lasst sie bitte ran.

### 3. Vernetztes, dynamisches Krisen-Lagebild betreiben

Ein Vollzeit-Radar zur Krisenlage muss scharf geschaltet sein. Es gilt, die „Großwetterlage“ permanent zu beobachten und auszuwerten. Dieser Radar soll kein Selbstzweck sein, sondern als Führungsinstrument den Steuerleuten zum Entscheiden dienlich sein. Es ist nun wichtig, noch mehr „außerhalb der Kiste“ zu denken und (Über-)Sprungeffekte beziehungsweise Auswirkungen von Krisen auf andere Entwicklungen, die dann ebenso krisenhaft werden, zu berücksichtigen. Krisenmanagement braucht eine systemische Denkweise und Superforecasting, also die Betrachtung kombinierter, komplexer Krisenszenarien und die Ableitung erforderlicher Maßnahmen.

### 4. Resilienz als Gesamtfähigkeit einer Organisation weiterentwickeln

Organisationale Resilienz ist mehr als zuvor als Gesamtfähigkeit zu verstehen, aber auch weiterzuentwickeln. Dazu kann ein sogenanntes „Resilien-

ce Fusion Center“ und möglicherweise die Funktion eines „Chief Resilience Officers“ helfen. Die Zeit ist mehr als reif, hierzu noch stärkere Entwicklungsschritte zu machen. Für die kommenden Wochen und Monate wird viel bedeutsamer werden, Abhängigkeiten und Vulnerabilitäten zu erforschen, um die Widerstandsfähigkeit gezielt zu stärken. Das bedeutet, einen umfassenden Abhängigkeitscheck zu machen, um schwierige Abhängigkeiten im Sinne von Vulnerabilitäten zu entdecken und um sich robuster aufzustellen. Insbesondere Lieferketten- und Lieferantenbeziehungen sind und bleiben relevant, aber auch Abhängigkeiten von Energieversorgung oder auch die Robustheit von physischen wie digitalen Infrastrukturen.

### 5. Geopolitik als Managementfeld in Unternehmen befördern

Wie durch ein Brennglas lässt der Krieg in der Ukraine die bereits bestehende Tendenz zur Deglobalisierung ansteigen und beschleunigt so eine Spaltung der Welt in zwei ökonomische Machtblöcke. Handelsströme und Wirtschaftsbeziehungen werden sich entlang dieser ideologischen Feldlinien ausrichten. Dabei beschleunigt sich der Übergang von einer regelorientierten zu einer machtorientierten Weltordnung. Bereits vor dem Ukraine-Krieg zeigten Handelskonflikte zwischen den USA und China, dass der freie Fluss von Waren immer stärker von geopolitischen Macht- und Einflussphären abhängt. Bisherige Regeln, Normen und Prinzipien, auf deren Grundlage Unterneh-

#### Jens Paulus

Geopolitical Advisor,  
Partner,  
PwC Joint Crisis Center



Foto: PwC

men tätig waren, werden sich ändern. Kurz- bis mittelfristig berührt dieser Wandel betroffene Länder und Regionen, langfristig steht möglicherweise das internationale Wirtschafts- und Handelssystem infrage. Wenn sich der Energiehandel verlagert, Lieferketten umgestaltet und Zahlungsnetze fragmentiert und neu zusammengesetzt werden, dann wird der Krieg in Europa die globale wirtschaftliche und geopolitische Ordnung grundlegend verändern. Die Welt von heute und morgen sollten Unternehmen intensiver hinterfragen und Ableitungen aus

#### Christian Muth

Crisis Management  
& Forensic Partner,  
PwC Joint Crisis Center



Foto: PwC

der Analyse der geopolitischen Szenarien treffen. Geopolitik wird als Managementfeld stärker aufzubauen und in geschäftsstrategische Überlegungen einzubeziehen sein.

Vieles hört sich im ersten Moment selbstverständlich oder gar leicht an, aber die Praxis im Krisenmanagement beweist immer wieder, dass gerade die vermeintlichen Basics nicht gelebt werden und stark verbesserungswürdig und zu stärken sind. Zudem sollten Unternehmen vermehrt die Fähigkeit ausprägen, einen dynamischen anstatt eines statischen Krisenmodus proaktiv zu betreiben und sich darauf fokussieren, eine gesamthaft orchestrierte Resilienz auszubilden. □

# 95 %

der Führungskräfte halten die Krisenmanagementfähigkeiten ihres Unternehmens für verbesserungswürdig.

# 69 %

von ihnen gehen davon aus, dass sie das aus dem Umgang mit der Krise Gelernte künftig nutzen und die Resilienz ihrer Organisation stärken können.

# ■ ■ ■ NEUES AUS DEN KOMMISSIONEN ■ ■ ■

## DIGITAL FINANCE

### Wettbewerbssicherheit im Finanzbereich sichern



Die Blockchain-Technologie hat durch Krypto-Einheiten wie Bitcoin das Währungsmonopol der Zentralbanken aufgebrochen, wodurch sich die Logik des Währungswettbewerbs ändert. Diese Grundsatzdebatte über Zukunftstechnologien brachte die klare politische Forderung für einen neuen ordnungspolitischen Rahmen hervor. Nur wenige Währungen haben ein hohes Rating, weswegen entsprechend nur eine Minderheit der

Menschheit in Gebieten mit eben solchen Währungen lebt. Durch Krypto-Einheiten können Menschen in Entwicklungsländern mit schwacher Währung einen Stabilitätsanker erwirtschaften.

Doch auch bei Vermögenswerten spielen Blockchain-Lösungen eine immer größere Rolle. Diese können durch Tokenisierung digital zwischen mehreren Eigentümern aufgeteilt werden. Das zöge veränderte Wirtschafts- und Marktprozesse nach sich. Diesen Prozess muss die Politik durch eine frühzeitige Neuregulierung ordnungspolitisch begleiten. Auch wenn es bei diesem Entwicklungswettbewerb zunächst viele unwirtschaftliche Pilotprojekte gibt, darf der Entdeckungsprozess für innovative Produktivitätsgewinne nicht durch Verwaltung, Bürokratie und falsche Regulierung gehemmt werden. □

Foto: AdobeStock@peterschreiber.media

## INTERNATIONALER KREIS

### Freihandel schafft Wohlstand

Der irische Botschafter S.E. Dr. Nicholas O'Brien gab dem Internationalen Kreis einen Einblick zum Zollstreit zwischen Irland und Großbritannien. Er zeigte die konkrete Gefahr eines Handelskrieges auf. Sowohl Irland als auch die EU betrachten einen Handelskrieg als Ultima Ratio und setzen weiter auf eine Entspannung des Konfliktes. Das britische Unterhaus hat dem umstrittenen Gesetzentwurf zum Nordirland-Protokoll inzwischen jedoch zugestimmt. Dieser beinhaltet eine einseitige Außerkraftsetzung der Brexit-Vereinbarungen. Die Zustimmung des Oberhauses steht jedoch noch aus. Als Reaktion hat die EU-Kommission vier weitere Verfahren gegen Großbritannien eingeleitet.

Über den Stand neuer Freihandelsabkommen berichtete Carl-Julius Cronenberg MdB, Sprecher für Freihandel und Mittelstand der FDP-Bundestagsfraktion.

Der Abschluss jahrelanger Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen der EU mit Neuseeland und die Ratifizierung des CETA-Abkommens mit Kanada ließen ihn hoffen, dass sich die



## ENERGIE FÜR MOBILITÄT

### Versorgungssicherheit im Visier

Wie lässt sich die Energielandschaft von morgen nachhaltig, wirtschaftlich und bedarfsgerecht gestalten? Als ein Instrument der Krisenvorsorge gilt der Erdölbevorratungsverband (EBV), dem seit 1978 die gesetzliche Regelung zur Mineralölbevorratung zugrunde liegt. Die Organisation erfolgt auf regionaler Ebene, die Tanklager sind Teil der kritischen Infrastruktur. Perspektivisch geht die Bedeutung des EBV mit Blick auf das Verbot des Verbrennungsmotors jedoch ab 2035 zurück. Daneben spielt der „Notfallplan Gas“ eine zentrale Rolle, um Deutschlands Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Da die Versorgung der Privathaushalte gesetzlich geschützt ist, betreffen Versorgungsengpässe vor allem die Industrie. Das angestrebte Ziel, zu 90 Prozent gefüllte Gasspeicher bis November bei gleichbleibenden Gasimporten aus Russland, ist kaum mehr zu erreichen.

Das Konzept der E-Mobilität wird aktuell als defizitär bezeichnet, Ladesäulen-Infrastruktur und die benötigte Strommenge sind nicht ausreichend vorhanden. Wasserstoff als Energieträger ist zwar positiv zu bewerten, in grüner Form jedoch absehbar nicht in ausreichender Menge zu erzielen. Als Alternative kann Flüssigerdgas (LNG) dienen, für dessen Import gerade zwei Terminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel gebaut werden, weitere sind in Planung. Die Nutzung von Biogas bewertete die Bundesarbeitsgruppe als ausbaufähig und adressierte an die Politik, die Einspeisung von Biogas in öffentliche Erdgasnetze zu erleichtern. □



Foto: AdobeStock@Wellhofer Designs

Bundesregierung für mehr Freihandel einsetze: „Mehr Freihandel, führt zu mehr Handel. Mehr Handel sorgt für mehr Wohlstand.“ CETA soll den Handel erleichtern und Zölle sowie nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigen. Seit 2017 wird das Abkommen vorläufig angewandt. Gegen die vollständige Ratifizierung hatten sich insbesondere die Grünen eingesetzt. Der wirtschaftliche Einbruch zwingt jedoch dazu, der Realität ins Auge zu schauen und CETA im Eilverfahren zu ratifizieren.

Offen bleibt, ob weitere Freihandelsabkommen folgen werden. Deutschland weist seit 14 Jahren erstmals eine negative Handelsbilanz auf. Neben den hohen Energiepreisen wird die deutsche Wirtschaft durch Angebotsengpässe geplagt. Ursächlich hierfür ist auch die Sperrung chinesischer Häfen aufgrund der Null-Covid-Strategie Chinas. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat die Lieferengpässe zusätzlich verschärft. Auffallend ist, dass der negative Saldo auf den Handel mit Staaten außerhalb der EU zurückzuführen ist. Die meisten Waren exportierte Deutschland in die USA. Der Abschluss eines transatlantischen Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten ist eine Kernforderung des Wirtschaftsrates. □

Foto: AdobeStock@aerial-drone

## STARTUPS

### Startup-Strategie zügig umsetzen



Die neue Startup-Strategie der Bundesregierung soll die Rahmenbedingungen für Startup-Gründungen in Deutschland verbessern und ihre Wettbewerbsfähigkeit sowie die Ökosysteme für neue Unternehmen in Deutschland und Europa stärken. Ein Thema, das auch der Wirtschaftstag der Innovationen am 9. November 2022 in Berlin ins Visier nimmt. „Mit der Startup-Strategie

legt die Bundesregierung die Grundlage für einen Richtungswechsel in der deutschen Wirtschaftspolitik hin zu einer digitalen, datengetriebenen Wirtschaft“, sagt Stephanie Renda, Vorsitzende der Bundesarbeitsgruppe Startups. Mehr messbare Ziele, vor allem aber klare Zeitleisten für die zehn Handlungsfelder in der laufenden Legislaturperiode, bleiben auf der Forderungsliste.

#### So bewertet das Gremium die fünf Punkte:

**1. Finanzierung:** Der zentrale Aspekt, einen Kapitalstock in der gesetzlichen und privaten Rentenversicherung aufzubauen und Investitionen in diversifizierte Anlageklassen, insbesondere Venture Capital (VC), steht in der Ampel-Koalition erneut zur Diskussion. Die Bundesarbeitsgruppe setzt sich für die Stärkung des deutschen Kapitalmarktstandortes ein. Dazu muss dieser – vielfach erfolgreich praktizierte Ansatz – Teil der Startup-Strategie werden. „Wir lassen durch die ‚Mündelsicherheit‘ viel Potenzial liegen“, betont Dominik Burziwoda, stellvertretender Vorsitzender der Bundesarbeitsgruppe.

**2. Fachkräftemangel bekämpfen:** Neben einem Tech-Visum sowie einem Standortmarketing- und Willkommensprogramm soll es auch sozialversicherungs- und steuerrechtliche Erleichterungen geben. Der Wirtschaftsrat unterstützt diese Ansätze, fordert darüber hinaus jedoch eine Modernisierung des Arbeitsrechts mit flexiblen Arbeitszeitmodellen rund um den Globus.

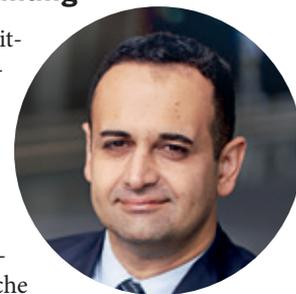
**3. Datenzugänge erleichtern:** Der Fokus auf rechtssichere Datenzugänge ist erfolgskritisch für viele Geschäftsmodelle innovativer Start-ups. Gerade an der Schnittstelle Startups und andere Unternehmen sowie öffentliche Hand müssen konkrete Maßnahmen diese Kooperationen branchenunabhängig fördern.

**4. Startupfreundliches Vergaberecht:** Insbesondere für Startups sind erste Referenzkunden oft der entscheidende Schritt bei der Unternehmensentwicklung. Der Wirtschaftsrat hält die Initiative für richtig, öffentliche Aufträge startupfreundlich zu vergeben.

**5. Ausgründungen fördern:** Deutschlands Forschungsinstitutionen zählen zu den Führenden weltweit. Bei der Umsetzung von Ergebnissen aus der Forschung in die Praxis hat Deutschland noch enormes Potenzial. Damit dies gehoben werden kann, braucht es eine leichtere IP-Übertragung, den Ausbau des EXIST-Gründerstipendiums und den Aufbau von Entrepreneurship-Zentren. „Aus Spitzenforschung können innovative Startups entstehen – das zeigt die Praxis“, betont Stefan Drüssler, stellvertretender Vorsitzender der Bundesarbeitsgruppe. □

## HIGHLIGHT-TALK MIT BIJAN DJIR-SARAI

### Schutz der liberalen Weltordnung



Der Generalsekretär der FDP stand Mitgliedern Rede und Antwort zur deutschen Außenpolitik, geopolitischen Verschiebungen auf der Weltkarte sowie innenpolitischen Herausforderungen. Bijan Djir-Sarai MdB appellierte, die deutsche Außenpolitik wieder stärker interessenorientiert auszurichten. Mit Sorge blickt er auf afrikanische Staaten, deren ökonomische Verflechtungen mit China stark zunehmen, während der Einfluss Europas in der Region schwindet. Eine Entflechtung globaler Lieferketten und wirtschaftlicher Beziehungen, wie teils gefordert – sei der falsche Weg. Nur das Gegenteil davon sei richtig und wichtig. Tatsächlich sollte mehr Globalisierung passieren, um etwaigen Abhängigkeiten von Russland oder China besser begegnen und notwendige Ressourcen aus anderen Teilen der Welt beziehen zu können.

Vor dem Hintergrund, dass die USA ihr Augenmerk auf den indopazifischen Raum richten, ist es umso wichtiger, dass die EU politisch mit einer Stimme spricht und militärisch Eigenverantwortung übernimmt. Die Zeit, in der man sich auf die USA verlassen konnte, gehöre der Vergangenheit an. „Wir brauchen die europäische Außen- und Sicherheitspolitik, wir brauchen die eine Stimme“, betonte Bijan Djir-Sarai. In Bezug auf die Versorgungssicherheit mit Energie in Deutschland empfiehlt er, alle Möglichkeiten zur Schadensminimierung ideologiefrei und faktenbasiert zu prüfen. Dazu zähle auch eine mögliche Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. □

Foto: fdp\_bt

## HIGHLIGHT-TALK MIT MINISTER PETER BEUTH

### Cyberkriminalität und Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz

IT-Sicherheitsexperten warnen vor Cyberangriffen auf alle Sektoren in Deutschland und Europa. Als potenzielle Angriffsziele werden insbesondere Einrichtungen der kritischen Infrastruktur, wie staatliche Institutionen, Einrichtungen zur Wasser- und Stromversorgung, das Gesundheitssystem oder Banken genannt. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine könne zu möglichen Vergeltungsaktionen für die Sanktionen führen. Mit Peter Beuth MdL, dem hessischen Staatsminister des Innern und für Sport, tauschten sich Unternehmer in einem Highlight-Webtalk deshalb zum Thema Cybersecurity aus. Obwohl viele Unternehmen bereits hohe Standards umgesetzt hätten, gäbe es noch „Luft nach oben“. Der Zustand in Wirtschaft und Verwaltung sei nach wie vor sehr heterogen, erläuterte Staatsminister Beuth.

Die dominanten Formen seien etwa Ransomware-Angriffe auf Lieferketten oder auch Desinformation in Form von technisch manipulierten politischen Statements und potentiellen „Deep Fakes“ in Regierungsbeziehungen. „Wir benötigen eine höhere Sensibilisierung in Unternehmen“, sagte der Staatsminister. □



Foto: Hessischer Landtag

Foto: AdobeStock/Who is Danny

# Höchste Auszeichnung

*Auf Beschluss von Präsidium und Bundesvorstand des Wirtschaftsrates wurde der frühere Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann für seine Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft mit der Ludwig-Erhard-Gedenkmünze in Gold ausgezeichnet.*

Die Gremien des Wirtschaftsrates haben 2022 mit ihrem Votum für den früheren Präsidenten der Deutschen Bundesbank Dr. Jens Weidmann *weise entschieden*“, sagte **Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates**, auf dem Wirtschaftstag zur Verleihung der Gedenkmünze Ludwig Erhard in Gold, der höchsten Auszeichnung des Wirtschaftsrates für herausragende Verdienste um die Soziale Marktwirtschaft.

Eine stabilitätsorientierte Geldpolitik und eine solide Haushaltspolitik bilden das Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Deutschland steht vor enormen Herausforderungen. Die Zeitenwende ist das Wort der Stunde – und gilt auch in der Fiskal- und Geldpolitik. Die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und die daraus resultierende Schuldenpolitik der EU-Staaten haben den Nährboden für die Inflation bereitet. Der

Ukraine-Krieg ist hier nicht Brandursache, sondern Brandbeschleuniger, betonte Astrid Hamker.

Zu lange hat sich die Politik der Versuchung hingegeben, ihre Vorhaben über neue Schulden zu finanzieren. Dass Schulden nichts kosten, erweist sich als historischer Irrtum. Wir bezahlen die Geldflut mit einem Verlust der Kaufkraft und schwindenden finanziellen Spielräumen. „Mein Appell an die Politik: Wir müssen unverzüglich zurück zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik und wachstumsfördernde Strukturreformen umsetzen. Dazu gehören vor allem steuerrechtliche Rahmenbedingungen“, forderte die Präsidentin des Wirtschaftsrates.

Jens Weidmann wurde 2011 der jüngste Präsident in der Geschichte der Bundesbank. Zuvor war er wirtschaftspolitischer Berater der Bundeskanzlerin und zusammen mit Jörg Asmussen bei der Bewältigung der Finanzkrise ein starkes Team. Als Präsident der Bundesbank hat er vom ersten Tag an das Wächteramt für die Stabilität unserer Währung kraftvoll wahrgenommen, eröffnete **Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Bundestagspräsident a.D.** seine Laudatio.

Forderungen nach einem Verkauf der Gold- und Devisenreserven der

Bundesbank hat sich Jens Weidmann bereits im ersten Amtsjahr entgegen gestellt. Er ließ sich nicht erweichen, nicht durch internationalen Druck zur Vergemeinschaftung von Schulden, nicht durch Wünsche aus dem Kanzleramt. Und das war gut so, sagte Dr. Wolfgang Schäuble. Ludwig Erhard wusste, dass eine Soziale Marktwirtschaft ohne konsequente Politik der Preisstabilität nicht denkbar ist. Manchmal ist die Unabhängigkeit der Notenbanken für Politiker unbequem, aber sie ist unverzichtbar.

Die Begründungen für zu kreative Finanz- und auch Steuerpolitik sind vielfältig. Man macht sich nicht be-



Foto: Christian Kruppa

*„Die Inflation wirkt wie eine Steuer, die nicht vom Parlament beschlossen wurde.“*

# für Dr. Jens Weidmann



Foto: Christan Kruppa

liebt, wenn man widerspricht. Aber das langfristige Vertrauen der Bevölkerung ist etwas sehr Solides und auch weniger volatil als die Gunst der öffentlichen Meinung. Das hohe Ansehen der Bundesbank ist nicht von selbst entstanden. Politiker müssen sich gut überlegen, ob sie sich mit der Bundesbank anlegen wollen, betont Dr. Wolfgang Schäuble.

Ob das Schwungrad der weltweit vernetzten Finanzmärkte durch Übertreibung Schaden anrichtet, darüber mögen sich Jüngere den Kopf zerbrechen. Jedenfalls braucht es Gegenkräfte, um dem Übermaß zu wehren. Das hat Jens Weidmann getan – wieder und wieder. Und so ein hohes Maß an Vertrauen in der Bevölkerung gewonnen. Das ist das kostbarste Gut für die Stabilität unserer Währung und unserer freiheitlichen

Gesellschaftsordnung, sagte Dr. Wolfgang Schäuble.

„Ein ganz besonderes Dankeschön für die Verleihung der Ludwig-Erhard-Gedenkmünze in Gold. Darüber freue ich mich sehr. Die Anerkennung gebührt aber aus meiner Sicht der Institution Bundesbank, ihren Mitarbeitern und ihrem unermüdlichen Einsatz für Preisstabilität und ein stabiles Finanzsystem“, sagte **Dr. Jens Weidmann**.

„Besuche beim Wirtschaftsrat habe ich immer als Heimspiel empfunden, wenn es um Preisstabilität ging. In vielen Veranstaltungen haben wir uns über die Voraussetzungen für eine stabilitätsorientierte Währungsunion ausgetauscht. Mein Eindruck war, dass ich in diesen Diskussionen Eulen nach Athen getragen habe,“ sagte Dr. Jens Weidmann. Stabiles Geld hat in einer

Sozialen Marktwirtschaft Erhard'scher Prägung eine besondere Bedeutung. Die Entscheidung für eine marktwirtschaftliche Ordnung mit ihrem weitgehend freien Spiel der Preise war kein Selbstläufer. Das Primat der Währungspolitik, wie es Walter Eucken nannte, ist eines der konstituierenden Prinzipien. Es geht um den Vorrang stabilen Geldes. Eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung setzt stabiles Geld voraus. Denn nur dann können die Preise Knappheiten richtig anzeigen und dazu beitragen, dass die begrenzten Ressourcen dort zum Einsatz kommen, wo sie den höchsten Ertrag haben und den meisten Wohlstand schaffen.

Stabiles Geld ist auch Voraussetzung für den sozialen Aspekt der Sozialen Marktwirtschaft. Gerade Menschen mit geringem Einkommen können sich schlechter gegen Inflation schützen. Sie wirkt wie eine Steuer, die jedoch nicht vom Parlament beschlossen wurde“, warnte der frühere Bundesbankpräsident.

„Es gibt deshalb viele Regeln für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik. Dazu zählen unabhängige Notenbanken und ein enges Mandat, um die Preisstabilität zu wahren. Aber auch solide Staatsfinanzen sind eine wichtige Basis für Geldwertstabilität. Die Bekämpfung der Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen sowie der schreckliche russische Krieg haben die Verschuldung in vielen Ländern in Höhen schnellen lassen, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr beobachtet haben. Aufgrund der umfangreichen Staatsanleihekäufe der Notenbanken sind Geld- und Fiskalpolitik enger verwoben als je zuvor“, betonte Dr. Jens Weidmann. In einem solchen Kontext ausgeprägter Unsicherheit ist es besonders wichtig, das Vertrauen der Menschen in die Notenbank zu stärken, ihr Primärziel Preisstabilität ohne Abstriche zu verfolgen. □

## Impressionen

# Wirtschaftstag 2022: Wer

*Der Wirtschaftstag ist seit Jahren die zentrale Plattform, um die drängenden Handlungsnotwendigkeiten in Deutschland und Europa mit Spitzenkräften aus Politik und Wirtschaft zu diskutieren und gemeinsame Lösungsvorschläge zu entwickeln.*

Selten war es für Wirtschaft und Politik so wichtig wie in diesen Tagen, entschlossen in gemeinsamer Verantwortung zu handeln. Das Zusammenspiel von geopolitischen Spannungsfeldern, wachsenden Inflationsorgen und der Transformation der Wirtschaft stellt uns vor vollkommen neue Herausforderungen. Schonungslos wird uns vor Augen geführt, dass wesentliche Politikfelder wie die Energie- und Klimapolitik, die Geld- und Finanzpolitik und ja, auch die Außen- und Sicherheitspolitik, vollkommen neu gedacht und ausformuliert werden müssen. Hierfür haben wir auf dem Wirtschaftstag 2022 kraftvolle Impulse ausgesendet.

Meinungsstarke Vordenker und maßgebliche Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft nutzten den Wirtschaftstag 2022 als Plattform zur wirtschaftspolitischen Standortbestimmung und setzten wieder einmal ein starkes Signal für die Soziale Marktwirtschaft. □

*„Wir werden unsere Freiheit, unsere Demokratie, die Offenheit unserer Gesellschaften, unseren Rechtsstaat und auch unsere territoriale Integrität wieder verteidigen müssen.“ (s. S. 29)*

### Friedrich Merz

Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands,  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

*„Die wichtigste Aufgabe der nächsten Monate: Das Wachstum stärken. Wir dürfen nicht zulassen, dass hohe Inflation und hohe Energiepreise eine Rezession auslösen. Das müssen wir gezielt angehen und Investitionen stärken.“ (s. S. 30)*

### Dr. Robert Habeck

Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

*„Im nächsten Jahr müssen wir die Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland neu vermessen. Mit der Neuverschuldung muss dann Schluss sein, die Schuldenbremse wird dann wieder gelten.“ (s. S. 27)*

### Christian Lindner MdB

Bundesminister der Finanzen



Fotos: Jens Schlicke, Christian Kruppa, Hans Christian Plambeck

# te, Wachstum, Wettbewerb



„Wir befinden uns in einer Stagflation aus hohen Inflationsraten und flacher Konjunktur. Es hilft nur eine restriktive Geldpolitik und die Erhöhung der Schonvermögen.“

**Prof. Dr. Lars P. Feld**

Persönl. Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung



„Wir müssen unverändert auf Globalisierung und Multilateralismus setzen. Der weltweite Austausch von Waren ist das, was Wachstum und Wohlstand beschert.“ (s. S. 26)

**Christian Sewing**

Vorsitzender des Vorstands, Deutsche Bank AG



„Wir stehen vor einem Umbruch, in dem wesentliche Politikfelder vollkommen neu gedacht und ausformuliert werden müssen: die Energie- und Klimapolitik, unsere Außenhandelspolitik und ja, auch unsere Geldpolitik!“

**Astrid Hamker**

Präsidentin des Wirtschaftsrates



„Deutschland bleibt heute noch unter seinen Möglichkeiten. Wir haben uns zu lange auf dem Erreichten ausgeruht. Wir brauchen Mut, wir brauchen Souveränität und wir brauchen Allianzen.“ (s. S. 32)

**Bettina Stark-Watzinger**

Bundesministerin für Bildung und Forschung



„Wir haben 2022 eine einmalige Chance, Europas Streitkräfte, unsere Verteidigungsindustrie und unsere technologische Basis zu stärken.“

**Guillaume Faury**

CEO, Airbus SE

„In der Energiepolitik mangelt es an Konsistenz und Pragmatismus. Was bringt Grün-Strom, wenn wir ihn nicht über Netze verteilen können? Das gilt für Strom, Verteilernetze brauchen wir aber genauso auch für Wasserstoff.“ (s. S. 34)

**Patrick Lammers**

COO, E.ON

Text: **Lena-Luisa Berger**

**W**er im Jahr 2022 ein Amt an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft antritt, der scheut die Herausforderung nicht. Im Gegenteil, man könnte sogar sagen, der sucht sie. „Gerade in Zeiten von Unsicherheit und Volatilität ist es wichtig, Haltung zu zeigen und einen Beitrag zu leisten, diesen Tendenzen entgegenzuwirken“, findet Bettina Würth. Die Vorsitzende des Beirats der Würth-Gruppe ist seit Beginn des Jahres Vizepräsidentin des Wirtschaftsrats und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen, zuvor war sie seit 2007 kooptiertes, seit 2015 gewähltes Mitglied im Präsidium. Was sie sich als oberstes Ziel für ihr Amt gesetzt hat? „Ich möchte einen Austausch auf Augenhöhe fördern

zwischen der Wirtschaft und der Politik, um die Wirtschaftsleistung in unserem Land langfristig zu sichern“, erklärt Bettina Würth und ergänzt weiter: „Die Stimme der Familienunternehmen muss im politischen Kontext wieder mehr Gehör finden.“

Das erste halbe Jahr ihrer Amtszeit konnte Bettina Würth der Pandemie und aller Unruhen auf der politischen Weltbühne zum Trotz in dem Wissen gestalten, dass das heimatische Schiff, die Würth-Gruppe mit ihren über 84.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weltweit, souverän durch die letzten beiden Krisenjahre navigiert ist. Bei einem Umsatzanstieg um 18,4 Prozent auf 9,9 Milliarden Euro und einem Betriebsergebnis von 720 Millionen Euro stehen die Zeichen im baden-württembergischen Künzelsau nach dem ersten Halbjahr 2022 auch weiterhin auf Wachstum, wenn-

gleich die gesamtwirtschaftliche und -politische Lage die Erwartungen für den weiteren Jahresverlauf dämpfen.

Nicht zuletzt deshalb haben Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Familienunternehmens, das Prof. Dr. h. c. mult. Reinhold Würth, der heutige Vorsitzende des Stiftungsaufsichtsrats der Würth-Gruppe und Sohn des Unternehmensgründers Adolf Würth, in den vergangenen sieben Jahrzehnten zum Weltmarktführer für die Entwicklung, die Herstellung und den Vertrieb von Montage- und Befestigungsmaterial gemacht hat, oberste Priorität. Hierzu gehört direkt am Hauptsitz der Würth-Gruppe neben der Erweiterung des Lager- und Logistikzentrums – der größten Logistikinvestition in der Geschichte des Konzerns – der Bau eines neuen Innovationszentrums, mit dem die Herstellerkompetenz gestärkt

# Wirtschaft und Politik: Austausch auf Augenhöhe



Foto: Jens Schicke

und Innovationen vorangebracht werden sollen.

Längst halten neue Technologien Einzug in das Geschäftsmodell der Würth-Gruppe. So wird der Vertrieb in der Muttergesellschaft, der Adolf Würth GmbH & Co. KG, schon heute durch Künstliche Intelligenz unterstützt und optimiert. Dabei kommen beispielsweise Dashboards zum Einsatz, die Empfehlungen geben, welche Produkte, Services und Systeme für den jeweiligen Kunden interessant sein könnten, oder Sprachbots, bei denen Informationen zu ausstehenden Lieferungen oder zur Verfügbarkeit von Waren erfragt werden können. Auch eine Produkterkennung über die Fotofunktion des Smartphones ist bereits in der Pipeline.

Die Beschleunigung von Digitalisierungsprozessen und die Etablierung neuer Formen der Zusammenarbeit gehören zu den positiven Aspekten, die die Corona-Pandemie in der deutschen Unternehmenslandschaft angestoßen hat. Damit einher gehen jedoch auch Anforderungen, denen insbesondere der Mittelstand langfristig nur mit Unterstützung der Politik gerecht werden kann. Umso verständlicher wird da, dass der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik zu den Kernthemen zählt, die sich Bettina Würth für ihre Zeit im Amt der Vorsitzenden des Beirats Familienunternehmen vorgenommen hat. Erste Projekte, wie ein Wirtschaftspraxisprogramm für Mitglieder des Deutschen Bundestages, wurden bereits mit dem Gremium diskutiert. Die Idee: Politikerinnen und Politiker sollen die Möglichkeit bekommen, im Rahmen einer Kurzhospitation die Strukturen und Prozesse eines Unternehmens kennenzulernen und Einblicke in den Arbeitsalltag verschiedener Fachbereiche zu erhalten.

Branchenverbänden zufolge zählen in Deutschland aktuell rund 3,5 Millionen Unternehmen zum Mittelstand, was sechs von zehn sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und vier von fünf Auszubildenden entspricht. Auszubildende, die in den kommenden Jahren fehlen werden, wenn keine zielführenden Gegenmaßnahmen

Foto: Frank Blümmer



## Bettina Würth

ist Vizepräsidentin des Wirtschaftsrats und Vorsitzende des Beirats Familienunternehmen, zuvor war sie seit 2007 kooptiertes, seit 2015 gewähltes Mitglied im Präsidium. Die Vorsitzende des Beirats der Würth-Gruppe möchte einen Austausch auf Augenhöhe fördern zwischen der Wirtschaft und der Politik und der Stimme von Familienunternehmen im politischen Kontext wieder mehr Gehör verschaffen, um die Wirtschaftsleistung Deutschlands langfristig zu sichern.

eingeleitet werden. „Der Fachkräftemangel ist auch bei uns im Unternehmen ein Thema und uns ist bewusst, dass wir kontinuierlich daran arbeiten müssen, ein zeitgemäßer und attraktiver Arbeitgeber zu bleiben, um gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten“, so Bettina Würth. Mit Initiativen wie einem Handwerkswettbewerb für Schulen versucht das Unternehmen darüber hinaus, auch die Kundenseite bei der Gewinnung von Nachwuchskräften zu unterstützen.

eigenen Interessen schwer. Bettina Würth vertritt hier eine klare Haltung: „Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass man seinen Kindern die Freiheit lassen sollte, ihren eigenen Weg zu finden.“ Über die Nachfolge in der Würth-Gruppe muss sie sich keine Sorgen machen, wie auch ihr Vater Prof. Dr. h. c. mult. Reinhold Würth immer wieder bekräftigt. Bereits heute sind die Söhne ihrer Schwester Marion, Benjamin und Sebastian Würth, Mitglieder des Stiftungsaufsichtsrats und des Beirats der

*„Der Fachkräftemangel ist auch bei Würth ein Thema. Uns ist bewusst, dass wir kontinuierlich daran arbeiten müssen, ein zeitgemäßer und attraktiver Arbeitgeber zu bleiben, um gute Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten.“*

Die Regelung der Nachfolge stellt im Mittelstand nicht selten eine große Herausforderung dar. Für Familienunternehmen tut sich hier ein zusätzlicher Schwierigkeitsgrad auf, denn häufig fällt Nachkommen der Unternehmerfamilie das Wandeln auf dem Mittelweg zwischen familiärem Verpflichtungsgefühl und

Würth-Gruppe, ihre Tochter Maria wird perspektivisch die Leitung des Geschäftsbereichs Kunst und Kultur übernehmen. Um im Mittelstand zukunftsfähig zu sein, bedarf es vorausschauender Innovationen, verbesserter Standortbedingungen in Deutschland und einer Kommunikation auf Augenhöhe. □

„Wir sind an einem Punkt in der Neiddebatte angekommen, an dem die Bekämpfung von ungeplanten Mehrbelastungen der Bürger im Land gegen schwere Widerstände durchgesetzt werden muss.“

**Wolfgang Steiger**

Generalsekretär des  
Wirtschaftsrates der CDU e.V.

# Gerecht ist, was der Mittelschicht dient

Wer am 28. Juli einen Blick in die Zeitungen geworfen hat, staunte nicht schlecht. Die Ampel plane eine Anpassung der Einkommensteuer, die vor allem Top-Verdiener entlaste? Das hätte man der Ampelkoalition nun wirklich nicht zugetraut! Doch war leider schnell klar, dass dies eine Falschmeldung war. Denn alles, was Finanzminister Christian Lindner vorschlagen hatte, war der dringend nötige Abbau der kalten Progression. Und das bedeutet nicht Entlastung, sondern nur keine Mehrbelastung.

Alles, was durch die Pläne des Bundesfinanzministers am Steuertarif geändert werden soll, ist die Anpassung der Steuerprogression an das erhöhte Inflationsniveau. Lohnerhöhungen haben nämlich aktuell nur den Effekt, dass zwar eine größere Zahl auf dem Konto landet, mehr kaufen können sich die Bürger wegen der hohen Geldentwertung aber nicht. Da ein höheres Brutto im Steuertarif aber auch höhere Steuern heißt, landet de facto weniger Geld im Portemonnaie der Arbeitnehmer – und mehr beim Fiskus, wenn die Ampel nicht nachsteuert.

Wir sind in Deutschland an einem Punkt in der Neiddebatte angekommen, an dem schon die Bekämpfung solch ungeplanter Mehrbelastungen von Bürgern und Unternehmen gegen schwere Widerstände durchgesetzt werden muss. Kaum stand Christian Lindners Vorschlag im Raum, polterten die Parteizentralen von SPD und Grünen los. Es war von „Steuergeschenken für Superreiche“ die Rede. „Superreich“ ist in Deutschland schon ein Facharbeiter mit einem Jahreseinkommen von knapp 60.000 Euro, der hierzulande bereits unter den Spitzensteuersatz von 42 Prozent fällt.

Schon heute finanzieren die oberen zehn Prozent der Gesellschaft, das sind Menschen ab gut 3.200 Euro netto, die Hälfte des Gemeinwohls. Für Teile der Bundesregierung sind die vernünftig bezahlten Arbeitnehmer offenbar nur noch Goldesel, die immer neue fixe Ideen der Umverteilung und Gesellschaftsformung auszufinanzieren haben. Hier muss im Geiste der Sozialen Marktwirtschaft gegengehalten werden.

Zuerst darf der Abbau der kalten Progression nicht länger als ein politischer Gnadenakt des Bundesfinanzministers verstanden werden. Sinnvoll wären dabei Mechanismen, die eine Anpassung der Steuerprogression auf die aktuelle Inflationslage entweder automatisieren oder zumindest eine Wertschätzung des Inflationsausgleiches gesetzlich fordern. Ein mögliches Modell unter vielen ist hier der „Steuertarif auf Rädern“ – so wäre unangebrachten Mehreinnahmen des Staates, die das Leistungsprinzip ausbremsen, ein Riegel vorgeschoben.

Darüber hinaus müssen wir ganz grundsätzlich über den Umfang der staatlichen Umverteilung sprechen. Während der Pandemie hat die Staatsquote die Schallmauer von sagenhaften 50 Prozent durchbrochen. Natürlich war es in der Krise richtig, Unterstützung für Bürger und Wirtschaft zu leisten, doch muss sich der Staat mit seinen Hilfen und Programmen nun auch wieder zurückziehen und nicht sogleich neue Hilfsprogramme wegen Inflation und Energie auflegen. Mit den so sinkenden Ausgaben entstehen dann neue Freiräume, um eben jene Gruppe zu entlasten, die uns so verhältnismäßig glimpflich durch die Krise gebracht hat: die arbeitende Mittelschicht – das wäre nur gerecht.

# Rückblick Einblick Ausblick



## Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg Süddeutscher Wirtschaftstag 2022

Der Süddeutsche Wirtschaftstag 2022 „**Dekarbonisierung – Demografie – Digitalisierung**“ der Landesverbände Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg des Wirtschaftsrates, war mit hochkarätigen Referenten ein starkes Signal für die Soziale Marktwirtschaft. Durch den Tag im Kurfürstlichen Schloss zu Mainz führte Moderatorin Corinna Egerer, die die mehr als 300 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft trotz hochsommerlicher Temperaturen bei Laune hielt.

Nach der Eröffnung durch u.a. **Matthias Lammert**, Vizepräsident des Landtags Rheinland-Pfalz, standen die allgemeine wirtschaftliche Lage sowie die politische Stimmung in Deutschland im Mittelpunkt der Diskussion. **Astrid Hamker**, Präsidentin des Wirtschaftsrats und **Prof. Dr. Michael Heise**, Chefvolkswirt der HQ Trust GmbH, tauschen sich hierzu aus.



v.l.n.r. Dr. Kristina Both, Dr. Béla Waldhauser, Prof. Dr. Kristina Sinemus, Nadine Schön MdB, Michael Krämer, Ekkehard Mittelstaedt, Corinna T. Egerer

Ein weiteres Highlight waren die beiden Impulse von **Dr. Werner Götz**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Transnet BW GmbH und **Ralph Danielski**, CEO EPEX Spot (European Power Exchange), die sich mit den europäischen Energiemärkten und den Verdiensten beim Klimaschutz in Europa beschäftigten.

Den Abschluss des Nachmittags bildete die Rede von **Wolfgang Steiger**, Generalsekretär des Wirtschaftsrats: „Nur die Soziale Marktwirtschaft in ihrer reinen Lehre wird uns aus der jetzigen Situation heraushelfen.“

Im Fokus des Süddeutschen Wirtschaftstages standen die drei großen Themen Dekarbonisierung, Demografie und Digitalisierung, die in drei verschiedenen Panels diskutiert wurden. Zu den Diskutanten zählten u.a. der rheinland-pfälzische CDU-Landesvorsitzende **Christian Baldauf**,

die Bundesvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates, **Caroline Bosbach**, Telehouse Deutschland-CEO **Dr. Béla Waldhauser**, die Hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, **Prof. Dr. Kristina Sinemus** sowie House of Energy-Geschäftsführer **Prof. Dr. Peter Birkner**.

Zum Schluss gab es einen spannenden Dialog zwischen Politik und Wirtschaft. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Julia Klöckner** **MdB**, diskutierte mit dem Vorstandsmitglied der Mercedes-Benz-Group, **Renata Jungo Brüngger**, über die drei zentralen Themen des Tages sowie die für die Wirtschaft bedeutenden Komplexe Fachkräftemangel und Außenhandel.



v.l.n.r. Prof. Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der HQ Trust GmbH, Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, Corinna T. Egerer, Moderatorin

Foto: Wirtschaftsrat

## Niedersachsen

### Jahresempfang des Wirtschaftsrates Niedersachsen mit Bundesfinanzminister Christian Lindner



Seinen traditionellen Jahresempfang beging der Wirtschaftsrat Niedersachsen mit mehr als 220 Mitgliedern und Gästen im Seefugium, dem heutigen Firmensitz der Kinder & Fries Holding GmbH. Dirk Abeling, Landesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates Niedersachsen, begrüßte den Bundesfinanzminister und Ehrengast Christian Lindner **MdB**. Der Landesvorsitzende des Wirtschaftsrates beschrieb die Chancen und Herausforderungen für Unternehmen und Unternehmer in Niedersachsen. „Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel sei die Bildung der erste Schritt“, betonte Marius-Quintus Jäger. Der Wirtschaftsrat arbeite an einem „Masterplan“ der Landesfachkommissionen, der als ordnungspolitischer Kompass dienen solle. Dann gab er das Wort an den Ehrengast des Abends, Christian Lindner **MdB**.



v.l.n.r. Marius-Quintus Jäger, Landesvorsitzender Niedersachsen; Ina Bandemer, Mitglied Landesvorstand Niedersachsen; Christian Lindner **MdB**, Bundesminister der Finanzen; Dr. Claudia Ulbrich, stellv. Landesvorsitzende Niedersachsen; Gero Schulze Isfort, Mitglied Landesvorstand Niedersachsen.

Bild: Wirtschaftsrat

Der Bundesfinanzminister bedankte sich dafür, wieder einmal Gast beim Wirtschaftsrat in Niedersachsen sein zu dürfen: „Der Wirtschaftsrat und ich teilen viele gemeinsame Grundüberzeugungen.“ Christian Lindner fand deutliche Worte zu den aktuellen Herausforderungen der Finanzpolitik: „Wir müssen wieder mehr über Entlastungen sprechen und weniger über Belastungen. Unser Steuerrecht kennt keinen Übergewinn und darf nicht zum Objekt von politischen Schwankungen werden. Die Inflation ist in der Lage, unser wirtschaftliches Fundament zu unterspülen. Sie muss wieder auf ein Maß zurückgeführt werden, das verantwortlich ist. Immer mehr Schulden können wir uns nicht leisten. Wir müssen zur Schuldenbremse zurückkehren.“



### Baden-Württemberg Lunch-Talk mit Roderich Kiesewetter MdB

Ob Anne Will, Markus Lanz oder auch Frank Plasberg – aktuell gibt es kaum eine Polit-Talkshow, die auf das Fachwissen von Roderich Kiesewetter MdB, Obmann im Auswärtigen Ausschuss, verzichten möchte. Daher freuten sich die Mitglieder des Wirtschaftsrates über die Chance, mit dem früheren Oberst der Bundeswehr bei einem gemeinsamen Mittagessens über den vieles auch in Deutschland bestimmenden Ukrainekrieg zu debattieren.



Foto: Inga Haar DB

Roderich Kiesewetter MdB

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Sprecher der Sektion Ostalb, Normann Mürdter, klärte Roderich Kiesewetter die Zuhörer zunächst über das bisherige deutsch-russische Verhältnis und die Hintergründe des vom Kreml angeordneten Einmarsches in die Ukraine auf. Er legte dar, dass viele Politiker hierzulande in der Russlandfrage sich der Realität verweigerten oder aus Gründen der Bequemlichkeit massiven Fehleinschätzungen unterlägen. Diese These unterlegte er mit einem Hinweis auf die hierzulande lange vorherrschende Annahme, dass für den Verteidigungsetat vorgesehenes Geld anderweitig verwendet werden könne, da Deutschland nur von Freunden und strategischen Partnern umgeben sei. Die Folge seien kaputtgesparte Streitkräfte, die nun mühsam wieder aufgebaut werden müssten.

Ein weiterer weit verbreiteter Irrtum sei, dass der russische Präsident Wladimir Putin im Laufe seiner Amtszeit seine Sicht auf den Westen und seine eigenen machtpolitischen Ambitionen massiv verändert habe. Für Putin, geprägt durch seine Zeit beim Geheimdienst KGB, sei der Zerfall der Sowjetunion laut Kiesewetter die „größte Schande des 20. Jahrhunderts“. Daher plane er seit seinem Amtsantritt vor rund 23 Jahren, den Vielvölkerstaat unter der Führung Moskaus wiederherzustellen. Zuletzt verwies Kiesewetter auf die wichtige Rolle Deutschlands in diesem Krieg. Wir müssten die Ukraine weiter finanziell und auch durch Waffenlieferungen unterstützen anstatt sie zu einem unvorteilhaften Waffenstillstand zu drängen.



### Bremen Europa in Zeiten des Umbruchs

David McAllister MdEP folgte der Einladung zur Einordnung der europäischen Politik vor dem Hintergrund geänderter geopolitischer Rahmenbedingungen des Wirtschaftsrates in Bremerhaven. Für ihn markierte der 24. Februar 2022 einen „Angriff auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur“, wie es sie seit 1945 nicht mehr gegeben habe. Es stelle sich die Frage, wie eine neue Sicherheitsarchitektur aussehen müsse. Ein Ergebnis müsse außerdem eine „Energieunion“ sein, um sich unabhängiger von russischen Energielieferungen zu machen. Dies erfordere aber europäische Solidarität.



Foto: Wirtschaftsrat

v.l.n.r. Gastgeber Felix Diekmann-Lange, David McAllister MdEP und der stellvertretende Sektionssprecher Bremerhaven, André G. H. Kiwitz

Fest stehe: Das alte Modell der Sicherheits- und Verteidigungsunion funktioniere nicht mehr. Und es gebe ermutigende Anzeichen, dass dies mittlerweile verstanden worden sei. Schweden, Finnland und Dänemark seinen nun vollwertige Mitglieder der NATO. Und Deutschland führe erstmals eine außenpolitische Debatte. Das Zwei-Prozent-Ziel der NATO sei in Deutschland nun allgemeiner Konsens.

All jenen, die die Zeichen der Zeit dennoch nicht sehen könnten oder wollten, riet McAllister: „Lest Putins Reden!“. Rückblickend sei sein Denken bereits 2008 in Georgien und spätestens 2014 mit der Annexion der Krim deutlich sichtbar gewesen. Putin teile die Welt erneut in Interessenssphären auf. Der Kernbegriff der 20er Jahre des 21. Jahrhunderts werde daher die „Strategische Souveränität“ sein. Für Europa werde es darauf ankommen, Entscheidungen selbst zu treffen und Abhängigkeiten abzubauen.



### Nordrhein-Westfalen Nordrhein-Westfalens Industrie braucht Wasserstoff

Wie sieht die Zukunft des Ruhrgebiets als Energiestandort aus? – eine Frage, der die Landesfachkommission Energie- und Umweltpolitik des Wirtschaftsrates Nordrhein-Westfalen an einem Ort mit großer energiepolitischer Bedeutung, der früheren Kohlenwäsche der Zeche Zollverein hoch über Essen nachging.



v.l.n.r. Hausherr Dr. Hans-Peter Noll, Vorsitzender des Vorstandes Stiftung Zollverein, Thomas Kufen, Oberbürgermeister der Stadt Essen, Katherina Reiche, Vorsitzende des nationalen Wasserstoffrates und Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, Dr. Hans-Jürgen Brick, Vorsitzender der Geschäftsführung der Amprion GmbH.

In ihrem Impuls führte Katherina Reiche, Vorsitzende des nationalen Wasserstoffrates und zugleich Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, dass sich Deutschland zu lange auf günstige Gaslieferungen aus Russland verlassen habe. Als Neuansatz machte sie sich für einen Dreiklang aus Diversifizierung der Energieversorgung, Nutzung grüner Gase und den Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur stark.

Seit dem Krieg habe Deutschland den Importanteil an russischem Gas von 55 auf 35 Prozent gesenkt, aber ein

kompletter Lieferausfall würde eine tiefe Spur in der Wirtschaft hinterlassen. Ebenso erteilte die Energiemanagerin dem Credo der „all Electric World“ eine klare Absage. Die alleinige Hinwendung zum Strom würde für ein neues Klumpenrisiko sorgen. Vor allem der Wärmemarkt sei auf gasförmige Energieträger angewiesen. Hierbei gehe es nicht nur um das Heizen, sondern um industrielle Prozesswärme. Ohne eine Dekarbonisierung des Wärmebereiches wäre die Klimaneutralität 2045 nicht erreichbar.

Von der Landespolitik erwartet Katherina Reiche, dass sie einen strukturierten Dialog zum Thema Wasserstoff auf der Grundlage einer geeigneten Governance-Struktur aufsetze, die analog zum nationalen Wasserstoffrat Projekte voranbringe und besser verzahne. Dabei sollte sich das Land auch mit den Niederlanden und Belgien vernetzen.

## Baden-Württemberg

### Notfallplan Gas 2.0 – Auswirkungen und aktuelle Entwicklungen



Über die Herausforderungen der derzeitigen Gasmangellage sprach die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Franziska Brantner MdB, im Rahmen eines Morning Briefings. Vor dem Hintergrund der massiv gestiegenen Energiepreise

# WirtschaftsratExklusiv ist mehr als nur ein Mitgliederausweis.

## Unser Service für Sie:

- ▶ Mindspace
- ▶ Business-Clubs:
  - Airport Club Frankfurt
  - Industrie-Club Düsseldorf
  - ROTONDA Business Club Köln



Foto: Florian Freundt



Dr. Franziska Brantner MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

plädierte die Staatssekretärin für einen verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien, um auf diesem Wege die Grenzkosten bei der Stromerzeugung zu senken. Dies setze aber zwingend einen verstärkten Netzausbau voraus, denn schon heute könne beispielsweise die Windenergie aus Dänemark nicht vollständig in die deutschen Netze aufgenommen werden.

Den Nutzen der Kernkraft schätzte Dr. Franziska Brantner in der derzeitigen Situation als gering ein, da die Problemmursache nicht nur mit der Energiemenge zusammenhänge, sondern vor allem mit ihrem Preis. Ein Abrücken von der

Sanktionspolitik sei ebenfalls keine Option, da die politischen Konsequenzen sowie die Bedrohungslage innerhalb Europas für Deutschland wie auch die übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und NATO zu umfangreich seien.

Auf den Vorwurf, die Bundesregierung kommuniziere nicht klar genug, mit welchen Abstrichen bei der Gasversorgung die Bürger und Unternehmen in den nächsten Monaten rechnen müssen, entgegnete die Staatssekretärin, dass man nicht alle Planungen veröffentlichen könne, da Russland darauf reagieren und jene Pläne nichtig machen könne. Daher habe man sich darauf geeinigt, gewisse Eckpunkte zu kommunizieren, um den Bürgern grundlegende Vorbereitungen zu ermöglichen.



Hessen  
**Medizin-Metropole Marburg**

Das Unternehmernetzwerk Gesundheit des Wirtschaftsrates Hessen lud zu einem Austausch über die Medizin-Metropole Marburg ins Zentrum der Vermögensberatung (ZVB) der

Deutschen Vermögensberatung in Marburg ein. Moderiert wurde die Veranstaltung von Heinrich Mager, Sprecher des Netzwerks Gesundheit.

Der in Marburg geborene Bundestagsabgeordnete Dr. Stefan Heck berichtete, dass jeder vierte Einwohner in Marburg in der Gesundheitswirtschaft arbeite und es in Marburg-Biedenkopf so viele Startup-Gründungen wie in keinem anderen hessischen Landkreis gebe.

Dr. Christian Höftberger, Vorstandsvorsitzender der Rhön-Klinikum AG und Präsident der Hessischen Krankenhausgesellschaft, sorgte für spannende Einblicke in die Welt des Universitätsklinikums Gießen und Marburg (UKGM),



Dr. Stefan Heck MdB

Foto: Wirtschaftsrat

das einer der größten Arbeitgeber der Region sei. Trotzdem sei der Fachkräftemangel in der Pflege auch im UKGM spürbar. Laut Dr. Lutz Bonacker, Geschäftsführer der CSL Behring GmbH, müsse Gesundheit „groß gedacht“ werden. Der Standort Behringwerke bewiese dies eindrucksvoll. In wenigen Wochen werde dort ein neues Forschungszentrum seines Unternehmens mit enger Verknüpfung zur Produktion eröffnet. Damit setze man einen weiteren Meilenstein, um Marburg als Medizin-Metropole zu stärken. □

**Impressum**

**Herausgeber:**  
Astrid Hamker, Präsidentin, für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

**Redaktion:**  
Klaus-Hubert Fugger, Chefredakteur / Katja Sandscheper, Redakteurin

**Wissenschaftliche Beratung:**  
Simon Steinbrück

**Gemeinsame Postanschrift:**  
Redaktion Trend  
Luisenstraße 44, 10117 Berlin  
Telefon 030/24087-300/301, Telefax 030/24087-305  
Internet: www.trend-zeitschrift.de  
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

**Projektleitung:** Information für die Wirtschaft GmbH

**Geschäftsführer:**  
Iris Hund  
Klaus-Hubert Fugger (v.i.S.d.P.)  
Luisenstraße 44, 10117 Berlin  
Telefon 030/24087-401, Telefax 030/24087-405

**Bankverbindung:**  
Deutsche Bank AG/Bonn, 3105590 (BLZ 380 700 59)  
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00, BIC: DEUTDEK380

**Verlag:** Information für die Wirtschaft GmbH

**Anzeigenkontakt:**  
Katja Sandscheper, Telefon 030/24087-301

**Gesamtherstellung:**  
Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG  
Weberstraße 7, 49191 Belm  
Telefon 05406/808-0

**Erscheinungsweise:** quartalsweise

**Anzeigenpreise:** Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

**Bestellungen:** Beim Verlag

**Bezugsbedingungen:**  
Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,- Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.



# Im Spiegel der Presse

Die **WELT am Sonntag** schrieb am 28.05.2022

Die juristischen Argumente der Bundesregierung gegen den befristeten Weiterbetrieb seien „nicht fundiert“, kommentiert Wolfgang Steiger. Jetzt komme es darauf an, „die notwendige Diskussion, ob **Kernkraftwerke** in einer energie-wirtschaftlichen Notlage einen Beitrag leisten können, auf Basis fundierter Argumente zu führen und nicht ideologisch gleich zu beerdigen“.

Das **Handelsblatt** am 31.05.2022

„Nachdem die Regierung durch die Besteuerung von Energie gerade selbst Krisengewinnlerin ist, sollte sie die **Energiesteuern** senken“, fordert die Präsidentin des Wirtschaftsrates, Astrid Hamker. Wir würden jetzt vor allem auf die Energiepreise sehen.“

**Frankfurter Allgemeine Zeitung** am 01.06.2022

Für den Übergang auf dem Weg zu erneuerbaren Energien dürften **Kohle- und Atomkraftwerke** angesichts der sich abzeichnenden Energiekrise kein Tabu sein, sagte Astrid Hamker. „Mit dem zumindest temporären Weiterlaufen unserer sicheren Atomkraftwerke und der sauberen Kohlekraftwerke können wir neue kritische Abhängigkeiten reduzieren.“

Das **Handelsblatt** zitierte am 08.06.2022

Die Forderung nach einer **Übergewinnsteuer** „offenbart wieder einmal, wie schnell linke Politiker Vorwände für neue Steuern finden. Offensichtlich wird dabei sogar die Aushebelung der marktwirtschaftlichen Grundordnung und des Steuersystems in Kauf genommen“. betonte Wolfgang Steiger.

Die **Rheinische Post** veröffentlichte am 14.06.2022

„Christian Lindner verhält sich völlig richtig, wenn er ab 2023 wieder einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren will. Eine weitere Schuldenaufnahme an der **Schuldenbremse** vorbei, wäre ein politischer Irrweg, auch weil defizit-finanzierte Hilfsprogramme inflationär wirken. Dies haben die letzten beiden milliardenschweren Maßnahmenpakete eindrucksvoll bewiesen“, sagte Wolfgang Steiger.

In der **Welt am Sonntag** am 16.07.2022

Es mehren sich Forderungen aus der Wirtschaft, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte **Freihandelsabkommen** zu schließen. Wolfgang Steiger: „Der Absturz im deutschen Außenhandel darf sich nicht perpetuieren. Es ist dringend mehr Nachdruck bei den Verhandlungen für Freihandelsabkommen nötig.“

Die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** schrieb am 29.07.2022

Generalsekretär Wolfgang Steiger findet: „Sind Arbeitskräfte knapp, dann darf **Sozialpolitik** umso weniger in den alten Mustern des Verwaltens von Unterbeschäftigung verharren, die eher auf ein Stilllegen von Arbeitskraft hinauslaufen als auf deren Mobilisierung. Beispiele für Fehlentwicklungen liegen etwa in der Förderung von Kurzarbeit und der geplanten Reform der Grundsicherung Hartz IV hin zu einem neuen ‚Bürgergeld‘“.

In der **WELT** am 19.08.2022

„Durch Steuern oder Pflichtbeiträge finanzierte Behörden, Anstalten oder sonstige Einrichtungen müssen sich politisch neutral verhalten“, erklärte Wolfgang Steiger. „Dies gilt besonders für **politisch motivierte Sprachverzerrungen** und vermeintlich inklusiven ‚Neusprech‘. Wenn Teile der Öffentlich-Rechtlichen nicht bereit sind, Programm für die Mitte der Gesellschaft zu machen, schaffen sie sich selbst ab“.

**DIE NEWS** veröffentlichte am 07.09.2022

Präsidentin Astrid Hamker schrieb in einem Gastbeitrag: „Eine eindimensionale Energiepolitik, die nur auf Importe und wetterabhängige Energieversorgung setzt, ist offensichtlich nicht zukunftsfähig. Ziel der **Energiepolitik** in der „Zeitenwende“ muss es sein, die Importabhängigkeit in den kommenden Jahren zu reduzieren – und zwar bei gleichzeitiger Gewährleistung der Versorgungssicherheit und bezahlbarer Energiepreise für Unternehmen und Verbraucher.“





67

Zwei von drei Deutschen, oder 67 Prozent der Bevölkerung, sind dafür, die verbliebenen **Kernkraftwerke** für weitere fünf Jahre am Netz zu halten. 41 Prozent fordern sogar, Deutschland solle neue Atomkraftwerke bauen.

Quelle: Civey für Der Spiegel



60.000.000.000

Der **Börsengang von Porsche** könnte einer der größten in der deutschen Wirtschaftsgeschichte werden. Das Unternehmen soll mit mindestens 60 Milliarden Euro bewertet werden. Allerdings ist dies wohl auch die Summe, die schon 2018 bei ersten Überlegungen kursierte.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung



122

Laut Kabinettsbeschluss für den Bundeshaushalt 2023 soll die **Nettoschuldenaufnahme** um 122 Milliarden Euro im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr reduziert werden, bei deutlich gestiegenen Zinsausgaben und Investitionen von rund 52 Prozent jährlich.

Quelle: Bundesfinanzministerium



52

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt zu deutlich **höheren Energiepreisen**. Um knapp 52 Prozent ist der Gaspreis für Unternehmen im ersten Halbjahr gestiegen. Für Strom zahlen Betriebe ebenfalls knapp fast zwölf Prozent mehr.

Quelle: Destatis



74

Im zweiten Quartal waren von April bis Juni 74 Prozent mehr **Fahrgäste** mit dem Zug oder der S-Bahn unterwegs als im Vergleichszeitraum 2021. Bei Straßen- und Stadtbahnen lag der Zuwachs bei 48 Prozent.

Quelle: Destatis

# Zahlen des Quartals



0,3

Der durchschnittliche **Zusatzbeitrag** in der gesetzlichen Krankenversicherung soll um 0,3 Prozentpunkte auf 1,6 Prozent des Bruttoeinkommens angehoben werden. Aber es könnte Studien zufolge auch noch mehr werden.

Quelle: Handelsblatt

## Patricia Schlesinger - ein Beispiel linker Selbstgefälligkeit in ARD

Fast 92 Prozent der ARD-Volontäre wählen Grün-Rot-Rot, nur 4,3 Prozent Union und FDP. Ein aufsehenerregendes Ergebnis einer Umfrage des Magazins „Journalist“, Verbandsorgan des Deutschen Journalistenverbandes. Schnell versuchten ARD-Obere und eher linke und linksliberale Medien, diese erschreckende Einseitigkeit der Einstellungspolitik der von uns allen üppig finanzierten Sendergruppe als „unwissenschaftlich“ zu relativieren. Manche Verteidiger sagten, zwischen persönlicher Meinung und der tatsächlichen Berichterstattung gäbe es doch noch die journalistischen Maßstäbe, die alle zu befolgen hätten. Ein Zappen durch die Sender lehrt uns leider anderes. Fast alle Politikmagazine, viele Talksendungen und selbst immer wieder Nachrichtensendungen haben linke Schlagseite.

So hat die ehemalige RBB-Intendantin Patricia Schlesinger in ihrer journalistischen Karriere beim Magazin Panorama und als USA-Korrespondentin gerne ihre persönli-

chen, linken Ansichten mitverbreitet. Nach ihren eigenen Maßstäben als ehemals investigative Journalistin hätte sie jeden Politiker, Wirtschafts- oder auch Medienvertreter mit solchen Beispielen der Fraternisierung, im RBB-Falle auch Sororisierung zwischen Aufsichtsgremien, Geschäftsführung und Berliner „Stadtgesellschaft“ gegeißelt. Dass sie sich bis zuletzt mit immer abstruseren Begründungen verteidigte, dokumentiert eine weiterreichende linke Selbstgefälligkeit in der ARD. Zu ihrer Gehaltserhöhung innerhalb eines Jahres von 16 Prozent war zu lesen, sie hätte „mit männlichen ARD-Kollegen“ gleichziehen müssen, die mehr verdienten. Zur kleinen Ehrenrettung: Zumindest die Flaschen Sancerre für jeweils 25 Euro bei den RBB-finanzierten Abendrunden in Schlesingers Heim waren nicht überteuert.

Ihr Spindoktor



Gut für den Planeten. Gut für den Menschen. Gut für dich:

# Lidl - dein nachhaltiger Frische-Discounter



Lidl lohnt sich

AUF DEM WEG NACH MORGEN

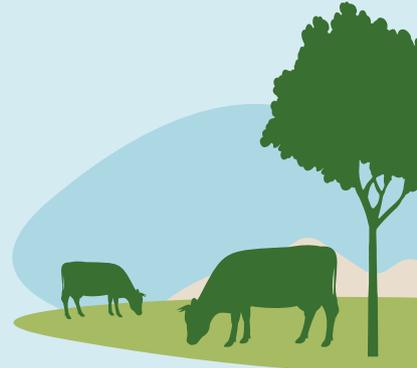
## Wir handeln fair

Mit vielen Fairtrade-zertifizierten Artikeln sind wir Wegbereiter für fairen Handel. Mit dem Lidl-Mindesteinstiegslohn\* stehen wir für faire Löhne. Mit Lebensmittelabgaben und Geldspenden an die Tafeln unterstützen wir eine fairere Gesellschaft.



## Wir fördern Tierwohl

Wir setzen uns für eine tierwohl-gerechtere und zukunftsfähige deutsche Landwirtschaft ein. Wir unterstützen mit Partnern den Schutz der Artenvielfalt.



## Wir achten auf die Umwelt

Wir reduzieren Plastik und verfolgen die Vision, Kreisläufe zu schließen. Wir vermeiden Lebensmittelverluste und bauen Filialen mit hohen Energiestandards.



## Wir sind klimaaktiv

Wir reduzieren unseren betrieblichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 um rund 80% und bieten immer mehr klimaschonende vegane Produkte an.



Abb. ähnlich. Für Druckfehler keine Haftung. **Filial-Angebote:** Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG, Bonfelder Str. 2, 74206 Bad Wimpfen  
Namen und Anschrift der regional tätigen Unternehmen unter [www.lidl.de/filialsuche](http://www.lidl.de/filialsuche) oder 0800 4353361.  
\* Die Einstiegslohn-Spanne von 14 - 18,26 €/Std variiert je nach Tarifgebiet, ist abhängig von Ausbildung sowie Erfahrung und gilt ab 1.6.2022. Gilt nicht für Praktikum, Ausbildung, Abiprogramm sowie Duales Studium. \*\* Klimaneutralität durch Ausgleichsprojekte.

[lidl.de/verantwortung](http://lidl.de/verantwortung)

# Thought Leadership zur **Zukunft des Gesundheitswesens**

Wie kann ein Gesundheitssystem der Zukunft aussehen, in dem alle Menschen in Deutschland die bestmögliche Versorgung erhalten? Dazu teilen Expert:innen aus dem Gesundheitswesen, Patienten- und Ärzteorganisationen, Verbände, Gesundheitspolitiker:innen, aber auch die Wissenschafts- und Forschungscommunity sowie Startups ihre Ideen und Initiativen.

**Gesundheitssystem   Prävention   Digital Health   Fortschritt**



Mehr auf **[www.landdergesundheit.de](http://www.landdergesundheit.de)**

# TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

171 44. JAHRGANG  
3/2022

## Digitalisierung Aufbruch in die digitale Zukunft

SCHULDENBREMSE  
**Vertrauen schaffen**  
Reinhold Hilbers

ÖFFENTLICH-RECHTLICHER  
RUNDfunk  
**Die Öffentlichen funken  
nicht mehr rund**  
Ralf Schuler

INFLATION  
**Geldpolitischer  
Scheinwelt  
ein Ende setzen**  
Wolfgang Steiger

WIRTSCHAFTSRAT  
Deutschland